

Werkstattbericht der
Forschungs- und
Dokumentationsstelle zur
Analyse politischer und
religiöser Extremismen
in Niedersachsen (FoDEx)

10
—
22

Demokratie- Dialog

**Eine polarisierende
Zufriedenheit**

Simon T. Franzmann

**Wenn nicht nur die
Erde sich erhitzt**

Marco Bitschnau

**Zwischen Shoah-
relativierungen und
Verschwörungsmythen**

Helge Regner

Inhalt

Linker Radikalismus

Eine polarisierende Zufriedenheit

Wie die niedersächsische Bevölkerung über die Corona-Maßnahmen denkt

Simon T. Franzmann

2

Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

Ein Kommentar

Marco Bitschnau

10

System Change?

Die Verhandlung der Klimakrise innerhalb der radikalen Linken

Philipp Scharf

17

Radikaler Islam

Antisemitismus unter Muslim*innen oder „muslimischer Antisemitismus“?

Zur Frage der konzeptionellen Fassung eines gesellschaftlichen Problems

Lino Klevesath

26

Fundamentalismus als Grundübel

Rezension von Ruud Koopmans: Das verfallene Haus des Islam – Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt

Suad Alamri/Lino Klevesath

35

Rechtsradikalismus

Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmythen – Antisemitismus im Kontext der Pandemie in Niedersachsen

Helge Regner

44

Corona-Proteste, Verschwörungsmythen und Antisemitismus

Florian Finkbeiner

51

„All das geschieht ...“ – Vorstellung einer szenischen Lesung

Lutz Heinke

60

Ein ambitioniertes Vorhaben

Bericht über die Tagung „Rechtsextremismus als Herausforderung für die Soziologie“

Hauke Bruns

66

Franzmann, Simon T. (2022): „Eine polarisierende Zufriedenheit: Wie die niedersächsische Bevölkerung über die Corona-Maßnahmen denkt.“ In: Demokratie-Dialog 10 (2022), S. 2–8. doi:10.17875/gup2022-1938

Eine polarisierende Zufriedenheit

Wie die niedersächsische Bevölkerung über die Corona-Maßnahmen denkt

Simon T. Franzmann

Seit zwei Jahren hat die Corona-Pandemie nun die Welt im Griff.¹ Zahlreiche Grundrechtseingriffe wurden unter Maßgabe des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems durchgeführt. In vielen europäischen Ländern wurden

weitere Grundrechtseingriffe wie eine Impfpflicht diskutiert und z. B. in Österreich auch umgesetzt, während gleichzeitig in Dänemark und dem Vereinigten Königreich Lockerungen beschlossen wurden. In den vergangenen Monaten gab es immer häufiger quer durch Europa Proteste gegen diese einschränkenden Maßnahmen. In Deutschland äußerten sie sich in „Spaziergängen“ von Personen, die sich – zum Teil ungeimpft und ohne Masken – zu spontanen Protesten zusammenfanden. Da vielerorts das Versammlungsrecht eingeschränkt worden war, sahen die Protestierenden in der Verabredung zu spontanen Spaziergängen ein Mittel, diese Einschränkungen zu umgehen.

1 Die aktuellen Auswertungen und Tabellen sind entnommen aus Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratiemonitor. NDM 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021. Ich danke Julian Schenke und Annemieke Munderloh für die Erstellung derselbigen. Katharina Trittel bin ich für das Lektorat und Viktoria Sochor für die Recherche grundlegender Studien zu Corona- und Impfgegner*innen sehr dankbar.

In Deutschland kam es hierbei nur gelegentlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.² Anders ist und war dies vor allem in Belgien und den Niederlanden. Dort richtete sich der Zorn konkret gegen nationalstaatliche Maßnahmen und entlud sich insbesondere in Rotterdam in Gewalt, wobei hier auch das gesamte Misstrauen der Politik gegenüber zum Ausdruck gebracht wurde.³ In Brüssel kamen am 23. Januar 2022 Protestierende aus ganz Europa zusammen. Unter dem Motto „Frieden – Freiheit – Selbstbestimmung“ wurde hier mobilisiert.⁴ An diesem Motto ist erkennbar, dass die Protestierenden und Impfgegner*innen in ihrer Selbstwahrnehmung nicht diejenigen sind, die polarisieren und den Frieden gefährden. Im Gegenteil, es seien diejenigen, die für Masken- und Impfpflicht votieren. Die Mehrheitsgesellschaft, die die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie immer noch unterstützt⁵, sieht umgekehrt in den Protesten einen Ausdruck der Polarisierung sowie eine Gefährdung des gesellschaftlichen Friedens; hinzu kommt natürlich die potenzielle Gesundheitsgefährdung und mögliche Überlastung der Gesundheitssysteme ausgehend von den Leuten, die ungeimpft und ohne Maskentragen die Gefahren der Pandemie ignorieren.

Bewertung der Corona-Politik in Niedersachsen

Doch wie stellt sich die Situation in Niedersachsen dar? Wie bewertet die niedersächsische Bevölkerung die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie? Wie hoch ist der Anteil derjenigen, die zu Verschwörungsglauben neigen und die Impfung ablehnen? Im Rahmen des Niedersächsischen Demokratiemonitors (NDM), für den turnusmäßig Umfragen zu politischen Einstellungen in Niedersachsen durchgeführt werden, haben wir von April bis Juni 2021 auch zu diesem Themenkomplex Daten erhoben. Trotz der zeitlichen Distanz lassen sich auf Basis dieser Umfrage interessante Muster erkennen, die erklären können, warum sich die Debatte aktuell stellenweise immer weiter erhitzt.

Im Sommer 2021 gaben 86 Prozent der befragten Niedersachsen an, die Schutzimpfung wahrnehmen zu wollen.⁶ Eine bundesländervergleichende Auswertung der Universität Kassel kommt für November zu einem ähnlichen Ergebnis: Ca. 12 Prozent der niedersächsischen Bevölkerung wollen sich nicht impfen lassen. Niedersachsen liegt damit praktisch im Mittelwert der Impfunwilligen in Deutschland. Die Werte im Osten sind bezüglich der Impfbereitschaft – mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns – durchgängig niedriger als in den westdeutschen Bundesländern. Besonders hoch ist die Impfbereitschaft in Hamburg, Hessen, dem Saarland und Schleswig-Holstein – besonders niedrig in Sachsen und Sachsen-Anhalt.⁷ Für Niedersachsen konnten wir keinen stabilen statistischen Zusammenhang bezüglich der

2 So unter anderem Ende Dezember 2021 in Schweinfurt, vgl. Miller, Jonas: Gewaltsame Corona-Proteste in Schweinfurt – Anzeige gegen Mutter, in: BR24, 27.12.2021, URL: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kind-verletzt-bei-corona-protest-in-schweinfurt,SsjJfXS> [eingesehen am 16.02.2022].

3 Kazmierczak, Ludger: Was hinter den Krawallen steckt, in: Tagesschau, 23.11.2021, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/niederlande-corona-gewalt-101.html> [eingesehen am 16.02.2022].

4 O. V.: Großdemonstration gegen Corona-Regeln schlägt in Gewalt um, in: faz.net, 23.01.2022, URL: <https://www.faz.net/aktuell/bruessel-demo-gegen-corona-regeln-schlaegt-in-gewalt-um-17747804.html> [eingesehen am 09.03.2022].

5 Brandt, Mathias: 44 Prozent finden Maßnahmen angemessen, URL: <https://de.statista.com/infografik/23810/umfrage-zur-angemessenheit-der-aktuellen-corona-massnahmen/> [eingesehen am 09.03.2022]. Allerdings zeigt sich im Zeitverlauf eine Abnahme der Zustimmung innerhalb der deutschen Bevölkerung.

6 Vgl. Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2021, S. 43.

7 Groh, Elke D. et al.: Kurzstudie zu Impfstatus und Impfbereitschaft im Herbst 2021, Kassel u. a., URL: <https://www.uni-kassel.de/fb07/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=4044&token=eb6640e200f506ba1c3b-3762b48a4e983dcea0f8> [eingesehen am 08.03.2022]. Für Hamburg wird eine Impfgegnerschaft von 1,82 Prozent als niedrigster Wert berichtet, für Sachsen-Anhalt im Bundesländervergleich der höchste Wert mit 27,42 Prozent.

Zufriedenheit mit der Corona-Politik und einer Impfbereitschaft finden; einzig mit der Demokratiezufriedenheit zeigt sich ein Zusammenhang: Wer unzufrieden mit dem Zustand der Demokratie ist, der lehnt mit leichter Tendenz die Impfung gegen Corona eher ab.⁸

Grundsätzlich ist – wie an vielen anderen Orten in Deutschland auch – die niedersächsische Bevölkerung zufrieden mit der Pandemiebekämpfung, insbesondere mit der Leistung ihrer Landesregierung. Dagegen steht jedoch ca. ein Viertel der Bevölkerung, das besonders unzufrieden ist und auch jenseits von Fragen der Pandemiebekämpfung zu Verschwörungstheorien neigt.⁹ Interessanterweise haben wir im Sommer 2021 in vielen Bundesländern, z. B. in Thüringen¹⁰, einen Anstieg des Vertrauens in die politischen Institutionen feststellen können; dies gilt auch für Niedersachsen. Gleichzeitig nehmen aber die Proteste zu. Wie lässt sich das erklären?

Schauen wir uns zunächst die grundsätzliche Bewertung der Coronapolitik an. Mit der Politik auf Landesebene waren mehr Befragte zufrieden (55 Prozent) als unzufrieden (44 Prozent). Mit der Politik des Bundes waren 46 Prozent zufrieden, aber 52 Prozent unzufrieden. Im Zusammenhang

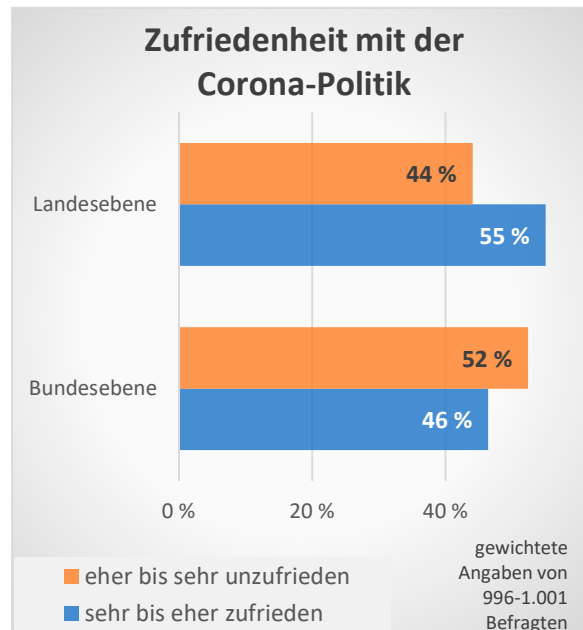


Abbildung 1: Zufriedenheit mit der Corona-Politik. Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratiemonitor, S. 42.

mit der allgemeinen Demokratiezufriedenheit zeigt sich hier ein interessantes Muster: Die mit der Bundesregierung Unzufriedenen sind auch mit der Demokratie unzufrieden. Für die Landesebene zeigt sich dieses Muster hingegen nicht. D.h. Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nicht einverstanden sind, zeigen sich durchaus mit der Demokratie auf Landesebene zufrieden und werden darüber zumindest für dieses spezifische Thema in das politische System integriert. In Anbetracht der in der Öffentlichkeit häufig kritisierten Rolle des Föderalismus als „Bremser“ staatlicher Maßnahmen sowie Ursache der Verantwortungsdiffusion in der Pandemiebekämpfung, nimmt der Föderalismus zumindest in Niedersachsen eine systemstabilisierende Funktion ein. Diese hohe Loyalität zur niedersächsischen Landespolitik zeigte sich auch schon in unserer qualitativen Vertiefungsstudie 2020 und scheint ein kontinuierliches Merkmal der niedersächsischen Bevölkerung zu sein.¹¹

8 Eigene Auswertung auf Basis der Daten des NDM 2021. Die Korrelation zwischen Demokratiezufriedenheit und Impfbereitschaft beträgt schwache 0,12 (signifikant auf dem 5%-Niveau).

9 Vgl. Grande, Edgar et al.: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Discussion Paper, ZZ, 2021-601, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> [eingesehen am 08.03.2022]. Der NDM 2021 enthält zwar keine eigenständige Erhebung zu Verschwörungsglauben bei Gegner*innen der Corona-Maßnahmen; jedoch wurde 2019 und 2021 allgemein die Neigung zu Verschwörungsglauben erhoben. Dieser Wert liegt praktisch konstant bei 27 Prozent, vgl. Schenk et al.: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2021, S. 28.

10 Vgl. Reiser, Marion et al.: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020, Jena 2020.

11 Vgl. Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), Göttingen 2020, S. 89 f.

Zufriedenheit mit der Demokratie

Die Demokratiezufriedenheit hat sich jedoch nicht linear entwickelt: Im Mittelwert ist sie zwar im Vergleich zu 2019 gestiegen; tatsächlich gibt es mehr Personen, die 2021 angaben, mit der Demokratie eher zufrieden zu sein. Es gibt allerdings auch mehr Personen, die eher unzufrieden sind. Wir haben hier also eine Polarisierung bezüglich der Demokratiezufriedenheit.¹² Über die Gründe für den Anstieg der Zufriedenheit können wir nur spekulieren. Wir sehen aber im Sommer 2021 auch einen grundsätzlichen Anstieg der Vertrauenswerte in die politischen Institutionen.¹³ Offenkundig hatte sich der Staat in der Coronapandemie bis zum Sommer 2021 in den Augen vieler – aber nicht aller – Bürger*innen als leistungsfähig erwiesen. Dabei zeigt sich in Niedersachsen, dass ein Großteil der Bevölkerung (54 Prozent) eher

oder voll auf staatliche Maßnahmen denn auf Eigenverantwortung setzt.

Gleichwohl sorgt sich die niedersächsische Bevölkerung mehrheitlich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt infolge der Pandemie.¹⁴ Individuell gaben sie zu 70 Prozent an, insbesondere von den Einschränkungen der Freiheitsrechte und Kontaktmöglichkeiten betroffen zu sein.¹⁵

Polarisierende Zufriedenheit

Wird berücksichtigt, dass sich 2019 in der ersten Erhebung des Demokratiemonitors zeigte, dass insbesondere diese Freiheitsrechte für die Bevölkerung den Kern der Demokratie ausmachen¹⁶, dann ergibt sich ein etwas paradoxes Bild: Das für

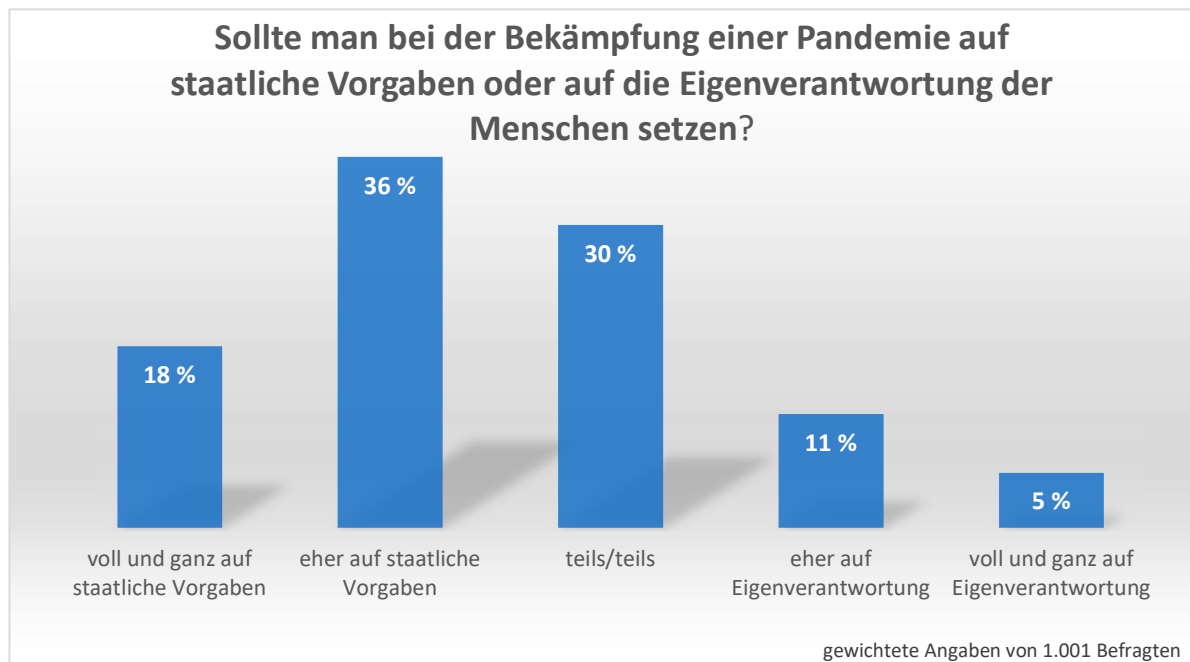


Abbildung 2: Staatliche Vorgaben vs. Eigenverantwortung in der Corona-Politik; Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratiemonitor, S. 43.

12 Vgl. Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2021, S. 25 f.

13 Ausführlicher in Schenke et al.: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2021, S. 22–25.

14 Ebd., S. 44.

15 Ebd., S. 47.

16 Vgl. Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efraxia: Niedersächsischer Demokratiemonitor 2019, Göttingen 2019.

die Bevölkerung wichtigste Element der Demokratie wird eingeschränkt – und dennoch steigt bei vielen trotzdem die Demokratiezufriedenheit. Dies kann damit erklärt werden, dass ein Großteil der niedersächsischen Bevölkerung die Maßnahmen im Rahmen der Pandemiebekämpfung für notwendig erachtete. Wir müssen uns aber vergegenwärtigen, dass es doch eine engagierte Minderheit gibt, die anders denkt und deren Protest sich auch an dieser Widersprüchlichkeit festmacht. Entsprechend kommen wir zu dem Schluss, dass wir im Rahmen der Corona-Pandemie das Phänomen einer *polarisierenden Zufriedenheit* sehen: Eben weil die Unzufriedenen bemerken, dass sie mit ihren Bedenken immer stärker in die Minderheitenposition geraten, äußern sie ihren Unmut immer lauter und radikalisieren sich. Und tatsächlich liegt ja, wie ausgeführt, in Bezug auf die Zufriedeneren auf den ersten Blick eine Widersprüchlichkeit vor, da sie *trotz* Freiheits Einschränkungen eine höhere Zufriedenheit zeigen. Der Unterschied zwischen beiden Gruppen scheint darin zu liegen, dass beide einen anderen Referenzpunkt haben: Die Zufriedeneren vergleichen Deutschland mutmaßlich mit anderen Ländern und sehen hierzulande ihrer Wahrnehmung nach ein sehr hohes Maß an Freiheit – selbst wenn andere Länder wie die Niederlande und Dänemark möglicherweise weniger restriktiv sind. Die Unzufriedenen wiederum vergleichen den aktuellen Zustand mit dem vor der Pandemie und haben die nicht so restriktiven Länder im Blick.¹⁷

Auch auf internationaler Ebene sind die Skeptiker*innen der Corona-Maßnahmen nicht vor Widersprüchlichkeiten gefeit. Tatsächlich gibt es Staaten, in denen die Corona-Maßnahmen zu einer weiteren Zentralisierung von Kompetenzen auf nationalstaatlicher Ebene genutzt wurden, wie etwa im Vereinigten Königreich Großbritannien.¹⁸ Dies ist umso bemerkenswerter, weil die Administration Johnson schnell Lockerung ansprach – und sich der Premierminister bekanntermaßen selbst nicht an seine vorherigen Vorgaben hielt. Aufgrund der Lockerung genießt er einen gewissen Rückhalt bei den Pandemieskeptiker*innen – und ist vermutlich doch der Politiker, der *de facto* in einer ohnehin schon stark machtkonzentrierten Mehrheitsdemokratie Machtdiffusion verhindert hat. Somit sind die Sorgen der Skeptiker*innen nicht ganz unbegründet; nur werden sie falsch adressiert.

Fazit

Für Niedersachsen können wir die Befunde wie folgt zusammenfassen: Es scheint gerade die mehrheitliche Zufriedenheit mit der Corona-Politik zu sein, die bei den Skeptiker*innen der Pandemiebekämpfung zu einer weiteren Verhärtung geführt hat. Daher sprechen wir von einer *polarisierenden Zufriedenheit*: Es sind (auch) die inhärenten Widersprüche der zufriedenen Mehrheitsgesellschaft, die zur Polarisierung führen. Obwohl die an der Demokratie hochgeschätzten Freiheitsrechte eingeschränkt werden, zeigen sich diese zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie. Zugleich finden wir betreffend den Föderalismus einen demokratietheoretisch spannenden Befund: Da (nicht ganz zu Unrecht) eine zunehmende Zentralisierung und Verlagerung

17 Zu den Restriktionen durch die Corona-Maßnahmen zum Erhebungszeitpunkt siehe, URL: <https://ourworldindata.org/grapher/covid-stringency-index?time=2021-07-15>. Die visualisierten Daten dort sind folgender Quelle entnommen: Hale, Thomas/ Angrist, Noam/ Goldszmidt, Rafael/ Kira, Beatriz/ Petherick, Anna/ Phillips, Toby/ Webster, Samuel/ Cameron-Blake, Emily/ Hallas, Laura/ Majumdar, Saptarshi/Tatlow, Helen: A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker), in: Nature Human Behaviour, H.5/2021, S. 529–538, online unter: <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>. Diesen Hinweis verdanke ich Philipp Heimann.

18 Ward, Joseph/Ward, Bradley: From Brexit to COVID-19: The Johnson Government, Executive Centralisation and Authoritarian Populism, in: Political Studies, online first, 28.12.2021, doi: 10.1177/00323217211063730, URL: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/00323217211063730> [eingesehen am 06.03.2022].

von Kompetenzen hin zur Exekutive befürchtet wird, steigt die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Bezug auf die zentralstaatliche Ebene, nicht aber gegenüber der Landesregierung. Die – seit dem Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine nur noch vereinzelt stattfindenden – Proteste gegen die Corona-Politik sollten entsprechend ernst genommen und nicht *per se* als Ausdruck von Verschwörungsglauben und Demokratiefeindlichkeit angesehen werden. Zwar gibt es bei einigen Gruppen Schnittmengen und ein entsprechendes Radikalisierungspotential¹⁹; aber zentral ist bei der Mehrheit der Protestierenden das Motiv der Freiheit und Verteidigung ihrer Vorstellungen von Demokratie. Sie mögen situativ unzufrieden sein, sind aber grundsätzlich für die repräsentative Demokratie erreichbar.

Die gesamten Ergebnisse des Niedersächsischen Demokratiemonitors stehen unter <https://www.fodex-online.de/fodex-data/akten/pdf/2022/Fodex-Studie-8-NDM-2021-aktuell.pdf> als Download zur Verfügung.



Literatur:

Brandt, Mathias: 44 Prozent finden Maßnahmen angemessen, URL: <https://de.statista.com/infografik/23810/umfrage-zur-angemessenheit-der-aktuellen-corona-massnahmen/> [eingesehen am 09.03.2022].

Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Eylem: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Discussion Paper, ZZ, 2021-601, URL: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2021/zz21-601.pdf> [eingesehen am 08.03.2022].

Groh, Elke D./Habla, Wolfgang/Löfgen, Åsa/Ziegler, Andreas: Kurzstudie zu Impfstatus und Impfbereitschaft im Herbst 2021, Kassel u. a., URL: <https://www.uni-kassel.de/fb07/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=4044&token=eb6640e200f506ba1c3b3762b48a4e983dcea0f8> [eingesehen am 08.03.2022].

COVID-19 Stringency Index, Jul 15, 2021, URL: <https://ourworldindata.org/grapher/covid-stringency-index?time=2021-07-15> [eingesehen am 14.03.2022].

Hale, Thomas/ Angrist, Noam/ Goldszmidt, Rafael/ Kira, Beatriz/ Petherick, Anna/ Phillips, Toby/ Webster, Samuel/ Cameron-Blake, Emily/ Hallas, Laura/ Majumdar, Saptarshi/ Tatlow, Helen: A global panel database of pandemic policies (Oxford COVID-19 Government Response Tracker), in: Nature Human Behaviour, H.5/2021, S. 529–538, online unter: <https://doi.org/10.1038/s41562-021-01079-8>.

Kazmierczak, Ludger: Was hinter den Krawallen steckt, in: Tagesschau, 23.11.2021, URL: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/niederlande-corona-gewalt-101.html> [eingesehen am 16.02.2022].

Marg, Stine/Finkbeiner, Florian/Kühnel, Steffen/Dermitzaki, Efpraxia: Niedersächsischer-Demokratie-Monitor. NDM 2019, Göttingen 2019.

Miller, Jonas: Gewaltsame Corona-Proteste in Schweinfurt – Anzeige gegen Mutter, in: BR24, 27.12.2021, URL: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kind-verletzt-bei-corona-protest-in-schweinfurt,SsjJfXS> [eingesehen am 16.02.2022].

O. V.: Großdemonstration gegen Corona-Regeln schlägt in Gewalt um, in: faz.net, 23.01.2022, URL: <https://www.faz.net/aktuell/bruessel-demo-gegen-corona-regeln-schlaegt-in-gewalt-um-17747804.html> [eingesehen am 09.03.2022].

Reiser, Marion/Hebenstreit, Jörg/Salheiser, Axel/Vogel, Lars: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Corona-Pandemie in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2020, Jena 2020.

Schenke, Julian/Munderloh, Annemieke/Franzmann, Simon T./Kühnel, Steffen: Niedersächsischer Demokratiemonitor. NDM 2021. Politische Einstellungen in Niedersachsen während der Corona-Pandemie, Göttingen 2021. <https://doi.org/10.17875/gup2021-1817>

Schenke, Julian/Trittel, Katharina/Neumann, Amelie: Die ungeschriebene Verfassung der Niedersachsen. 1. Qualitative Vertiefungsstudie des Niedersächsischen Demokratie-Monitors (NDM), Göttingen 2020.

Ward, Joseph/Ward, Bradley: From Brexit to COVID-19: The Johnson Government, Executive Centralisation and Authoritarian Populism, in: Political Studies, online first, 28.12.2021, doi: 10.1177/00323217211063730, URL: <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/00323217211063730> [eingesehen am 06.03.2022].

19 Vgl. Grande et al.: Alles Covidioten?



Simon T. Franzmann geb. 1977, ist seit April 2021 Professor für Demokratieforschung mit Schwerpunkten in der Parteien- und politischen Kulturforschung, Direktor des Instituts für Demokratieforschung sowie wissenschaftlicher Leiter von FoDEx. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Theorie und Empirie des Parteienwettbewerbs, Opposition, Populismus und Extremismus, Forschungslogik und Inhaltsanalyse.

Linker Radikalismus

Bitschnau, Marco (2022):
„Wenn nicht nur die Erde
sich erhitzt. Ein Kommentar“
In: Demokratie-Dialog 10
(2022) S. 10–16.
doi: 10.17875/gup2022-1939

Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt

Ein Kommentar

Marco Bitschnau

Wer dieser Tage das Twitter-Profil von Henning Jeschke besucht, dem blickt dort vor der unscharfen Hintergrundsilhouette des Kanzleramtes ein entschlossen wirkender junger Mann entgegen. Hohe, etwas eingefallene Wangen, brombeerfarbener Schal, unbewegte Miene. Jeschke ist ein Gesicht der *Letzten Generation*, einer Gruppe Klimaaktivist*innen, die ihren Namen aus der Annahme ableiten, als Letzte imstande zu sein, das „unermessliche Leid des Klimazusammenbruchs“ aufzuhalten: „Gehen wir den Weg des Massenaussterbens oder ergreifen wir die Chance für einen gerechten Systemwandel? Noch haben wir die Wahl.“¹ Das sind

große Worte, die aus dem Mund einiger Teenager und *twenty-somethings* schnell pathetisch klingen können; nichtsdestoweniger hat die Gruppe in den vergangenen Monaten einen beeindruckenden Aufmerksamkeitssog erzeugt. Zunächst war da der Hungerstreik, in den sich Angehörige der *Letzten Generation* Ende August begeben hatten, um so ein Gespräch mit den Kanzlerkandidat*innen Armin Laschet, Olaf Scholz und Annalena Baerbock zu erzwingen. Nachdem sich dieses Vorhaben als illusorisch entpuppt hatte, gelang es immerhin, dem mittlerweile als Wahlsieger feststehenden SPD-Mann Scholz ein Nachwahltreffen abzurufen – das aber ob der fehlenden Gesprächskultur der beteiligten Aktivist*innen alsbald zur Groteske geriet.² Im Janu-

1 Beide Zitate jeweils: Letzte Generation: Die Erklärung der Hungerstreikenden der letzten Generation, in: hungerstreik2021, 30.08.2021, URL: [http://hunger-](http://hungerstreik2021.de/wp-content/uploads/2021/08/erklarung-der-hungerstreikenden.pdf)

[streik2021.de/wp-content/uploads/2021/08/erklarung-der-hungerstreikenden.pdf](http://hungerstreik2021.de/wp-content/uploads/2021/08/erklarung-der-hungerstreikenden.pdf) [eingesehen am 10.02.2022].

2 Friedrich-Ebert-Stiftung: Kanzlerkandidat Olaf Scholz spricht mit Klima-Aktivist_innen von „Letzte Gene-

ar läuteten diese, in erweiterter Besetzung,³ mit einer Kampagne gegen klimaschädliche Lebensmittelverschwendung schließlich den dritten und aufwendigsten Akt ihres Proteststückes ein. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags ist er in vollem Gange und mutmaßlich *to be continued*.

In ihrer Unversöhnlichkeit von der radikalen Klimabewegung *Extinction Rebellion* inspiriert, ist die Gruppe dabei sowohl aus demokratietheoretischer wie auch politpragmatischer Perspektive interessant. Ihr Aufkommen fällt in eine Zeit, in der sich ein unspezifisches Bedürfnis nach Wandel⁴ mit Pandemiemüdigkeit und grassierender Zukunftsskepsis kreuzt; ihr Thema wiederum wird bestimmt durch die seltsame Gleichzeitigkeit von Bedeutung und Unplastizität.⁵ Der Klimawandel kommt, er wird groß und gewaltig in unsere Lebenswelt einbrechen, doch bisher ist davon noch nicht allzu viel zu spüren. Für viele Bürger*innen, die sich bei nassdeutschem Nieselwetter die Nase am Fenster plattdrücken und versonnen auf die am Kühlschrank festgepinnte Postkarte aus Madeira oder Mayotte schielen, klingt „3 Grad mehr!“ dann auch weniger nach einer sich abzeichnenden Natur- und Hungerkatastrophe als

nach einem durchaus verlockenden Extrahauch Mediterranität.⁶

Klimapolitische Richtungskämpfe

Dieser Grundirritation ungeachtet schienen Klimafragen lange Zeit auf der aufmerksamkeitspolitischen Siegerstraße zu sein. Im August 2018 hatte sich die damals 15-jährige Greta Thunberg mit einem selbstgebastelten Pappschild vor dem schwedischen *Riksdag* postiert und damit den Startschuss für eine knapp anderthalbjährige Klima-Hausse gegeben. Es folgten in rascher Folge die Etablierung von *Fridays for Future* und nachgeordneter Ableger (Scientists, Parents etc.), die ersten internationalen Großdemonstrationen, die Transatlantikfahrt Thunbergs mit der CO₂-neutralen Hochseejacht sowie ihr emotionaler Appell auf der UN-Klimakonferenz 2019. Bei all dem konnte die Bewegung stets auf eine wohlwollende Berichterstattung und erhebliche politische Sympathien vertrauen.⁷ Gerade in Deutschland dominierten bis in bürgerliche Milieus hinein jene Stimmen, die den Freitagsstreik der Jungen als legitimen Protestakt gegen eine zukunftsblinde Politik verstanden wissen wollten,⁸ Kritik manifestierte sich (abseits der harten Rechten) allenfalls als diffuse Befürchtung, dass sich der dabei

ration“, 12.11.2021, URL: <https://www.fes.de/olaf-scholz-letzte-generation> [eingesehen am 10.02.2022].

- 3 Während des Hungerstreiks zerfiel der ursprüngliche Aktivist*innenkern in zwei Teile, den radikaleren *Aufstand der letzten Generation* (dessen Mitglieder auch das Scholz-Gespräch führten) und den moderateren Aufbruch. Der Aufstand konnte seit Jahresbeginn 2022 etliche neue Mitglieder rekrutieren, wobei aber die Trennlinie zum bloßen Sympathisantentum bisweilen stark verwischt.
- 4 Wie er u. a. in der Ablösung der seit sechzehn Jahren CDU-geführten Bundesregierung durch ein experimentelles Ampel-Bündnis zum Tragen kommt.
- 5 Hierin liegt ein wesentlicher krisenphänomenologischer Unterschied zur COVID-19-Pandemie, die nicht etwa un-, sondern mit Masken und Lockdowns geradezu hyperplastisch ist. Vgl. Bitschnau, Marco: Corona. Full House im Gesellschaftspoker, in: Corona & Society (Progressives Zentrum), 10.09.2020. URL: <https://www.progressives-zentrum.org/corona-full-house-im-gesellschaftspoker/> [eingesehen am 10.02.2022].

- 6 Dass diverse Umweltereignisse klimapolitisch ausgedeutet werden, ist dabei kaum von Belang, stellt doch selbst die entschiedenste Ausdeutung keinen wirklichen Plastizitätsersatz da.
- 7 Für empirische Befunde zu Parteipositionen (sehr positiv links der Mitte, verhalten positiv bei CDU und FDP, ablehnend nur im Fall der AfD) vgl. Berker, Lars/Pollex, Jan: Friend or foe? – comparing party reaction to Fridays for Future in a party system polarised between AfD and Green Party, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 15 (2021), H. 2, S. 165–183.
- 8 Vgl. Koos, Sebastian/Lauth, Franziska: Die gesellschaftliche Unterstützung von Fridays for Future, in: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future – die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S. 205–226.

eingepreiste Unterrichtsausfall zur jüngsten Kalamität der ewigen deutschen Bildungsmisere auswachsen könnte.

Möglich wurde diese weitläufige Unterstützung vor allem deshalb, weil der Protest der *Fridays* in Form und Substanz einem recht konventionellen und politikkompatiblen Grundmuster folgte: Keine Gewalt. Keine Militanz. Keine ideologischen Sonderaufladungen und kein Abgleiten in eine allzu steiflippige Wissenschaftsvergötzung. Stattdessen gelang die Inszenierung als buntes Jugendevent, verankert in klassischen Bewegungslogiken und getragen von ehrlicher Sorge um die Einhaltung des Pariser Abkommens. Oder nüchternbewegungssoziologisch formuliert: „Die Kampagne bietet [...] resonanzfähige Elemente eines kompletten Framing-Pakets.“⁹ Von der *Letzten Generation* unterscheidet sie sich insofern nur graduell, was die Substanz ihres Anliegens betrifft, dafür umso deutlicher im Hinblick auf die Radikalität der Haltung und Modalität der Vermittlung. Insbesondere die für *Fridays* so elementare Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten ist für die Generationist*innen kaum von Interesse. Nicht Mehrheiten wollen diese gewinnen, sondern relevante Entscheidungsträger*innen mit *pressure politics* unmittelbar unter Druck setzen: Konfrontation statt Koalitionenbildung ist folglich das Leitprinzip.

Welche bizarren Abzweigungen ein solcher Ansatz nehmen kann, veranschaulicht wenig so gut und nachdrücklich, wie das eingangs erwähnte Aufeinandertreffen von Jeschke und seiner Mitstreiterin Lea Bonasera mit Scholz in den Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung. Was als *dialogos*, also als fruchtbringender Austausch, hätte angelegt sein können, geriet zu einem regelrechten Inquisitionstribunal, bei dem vor allem Jeschke den Wahlsieger und Kanzler in spe fort-

während unterbrach und mit bizarren Vorwürfen traktierte. Für eine leidenschaftliche Vortragsweise hätte man wohl noch Verständnis aufbringen können, doch war schon nach wenigen Minuten die Grenze zur verbalen Dauerblutgrätsche so offen überschritten, dass an der letztgenerationalen Gesprächsbereitschaft ernstlich zu zweifeln war. Und spätestens als sogar der notorische Stoiker Scholz dem Aktivist*innenduo eine defekte Realitätswahrnehmung attestierte („Wie kommen Sie eigentlich auf diese größtenwahnsinnige Selbsteinschätzung?“),¹⁰ verflüchtigte sich auch der letzte Rest Hoffnung auf einen diskursiven Common Ground. Statt konstruktiven Austausch zu suchen, hatten Jeschke und Bonasera dem Politpranger den Vorzug gegeben.

Taktisch mag ein solches Vorgehen sinnvoll gewesen sein – immerhin ist die *Letzte Generation* ein avantgardistisches Kleinprojekt, das nicht auf die Ressourcen und das öffentliche Interesse der Freitagsdemonstrant*innen zurückgreifen kann; ergo haben ihre Mitglieder einigen Grund, sich mit stilistischen Konsensbrüchen hervorzutun und die eigene Unnachgiebigkeit möglichst eindrucksvoll in Szene zu setzen. Auch ließe sich einwenden, dass keine Pflicht zur Einhaltung bestimmter Umgangsformen bestehe und verbale Auseinandersetzungen durchaus laut, ruppig und im Einzelfall sogar unflätig sein dürften. Im Grundsatz ist beides sicher richtig, doch muss dennoch ein dialogisches Minimum beibehalten, dem Gegenüber also die Möglichkeit auf und das Recht zum Widerspruch zugestanden werden. Andernfalls ist es nicht länger Austausch, sondern nur noch leidlich solipsistisches Geschrei.

In diesem Fall war es augenscheinlich Ziel der Aktivist*innenseite, dem künftigen Regierungschef kein Gespräch im eigentlichen Sinne, sondern ein Bekenntnis zu einer bestimmten Sachinterpretation abnötigen zu wollen und sich so über gängige Meinungsbildungsprozesse hinwegzusetzen. Das ist nicht weniger problematisch als die Vor-

9 Rucht, Dieter/Sommer, Moritz: Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung. Zwischenbilanz eines Höhenflugs, in: Internationale Politik, Jg. 74 (2019), H. 4, S. 121–125.

10 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Kanzlerkandidat Olaf Scholz spricht mit Klima-Aktivist_innen (36:07).

stellung, man könne sich dem demokratischen Austarieren verschiedener Interessen mit einem möglichst unversöhnlichen Auftreten entziehen; ganz zu schweigen von der quasi en passant in den Raum gestellten Behauptung, dass Scholz „realitätsfremd und verfassungswidrig“¹¹ handle, wenn er sich nach den Positionen seiner Partei richtet. So zu reden und zu denken, ist nicht nur unter pluralistischen Gesichtspunkten unstatthaft, sondern ridikülisiert zugleich all die Millionen Wähler*innen, denen Klimaschutz ein gewichtiges Anliegen ist und die dennoch den Ampel-Parteien ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Nicht aus naiver Gutgläubigkeit heraus, sondern im Wissen um die Bedeutung politischen Realitätssinns für jede Form klimapolitischer Problembewältigung.

Dringlichkeit als falscher Trumpf

Nun gibt es eine argumentative Trumpfkarte, mit der die *Letzte Generation* derlei Vorbehalten üblicherweise entgegentritt. Sie heißt *Dringlichkeit*. Diskurs und Meinungsbildung, alles schön und gut, doch wenn wir demnächst in der „Klimahölle“ (Jeschke)¹² schmachten, dann hilft uns das Gralshüttertum konsensualer Konfliktbewältigung auch nicht weiter. Das Problem mit der Dringlichkeitsnotation ist indes, dass jedes erdenkliche Anliegen von seinen Befürworter*innen immer als unaufschiebbarer Epochenentscheid apostrophiert wird. Für den Erfolg müssen sie trotzdem nach gewissen Regeln spielen, beziehungsweise im Übertreten derselben Maß halten. So rühmen wir heute Martin Luther King dafür, beherzt gegen das segregationistische Unrecht seiner Zeit angekämpft zu haben; doch ist schwer vorstellbar, dass King zu der Einsicht gelangt wäre, die Dringlichkeit seines Kampfes ließe sich am sinnigsten durch öffentliche Brüllanfälle herausstellen. Auch ihm dürfte stattdessen nur allzu bewusst gewesen sein, dass die eigentliche Herausforderung darin

besteht, verschlossene *hearts* und *minds* dauerhaft für den gesellschaftlichen Wandel zu öffnen: Protest, ja – stumpfer Aktivismus, nein.

Halt, wendet die *Letzte Generation* ein, der Vergleich hinkt! Denn die Dringlichkeit des Klimawandels ist keine moralische, sondern vielmehr eine zeitlich-materielle Kategorie. Konkret: „Eine Hungerkrise, die auch nach Europa schwappen wird, die bedeutet [...] einen Lidl, der ausgeraubt wurde, der geplündert wurde ... davor auf dem Parkplatz liegen Leichen. Die Menschen kloppen sich um Brot.“¹³ Hier nähert man sich unweigerlich vermintem Terrain, auf dem es dennoch einige wesentliche Rahmenbedingungen festzusetzen gilt. Erstens besteht nämlich keinerlei Anspruch, dass andere Akteur*innen solche Schreckensvisionen teilen oder auch nur an den Klimawandel an sich glauben. Die Grenzen der Debatte bestimmen Rechtsordnung und Responsivitätsfähigkeit; kein Erkenntnisssystem, so überzeugt man selbst von der Schlüssigkeit seiner Befunde auch sein mag. Zweitens besteht noch viel weniger ein Anspruch, dass, wer mit der Problembeschreibung d'accord geht, auch denselben Handlungsdruck verspürt oder dasselbe Lösungskonzept präferiert. Die Lösung, man folge doch nur der Wissenschaft, ist sicher honorig, führt hier aber in die Irre, denn besagte Wissenschaft ist Legitimitätstheoretisch kaum als absolute Referenzinstanz anzusehen. Schon die Philosophenkönige Platons waren bekanntlich nach dem Grundsatz der Tugend statt dem des Szientismus modelliert,¹⁴ und die Idee

11 Letzte Generation: Die Erklärung der Hungerstreikenden.

12 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Kanzlerkandidat Olaf Scholz spricht mit Klima-Aktivist_innen (Min. 41:13).

13 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung: Kanzlerkandidat Olaf Scholz spricht mit Klima-Aktivist_innen (Min. ab 42:23).

14 Denn, wie es im siebten Buch der *Politeia* (520e–521a) heißt: „Ja, sprach ich, so ist es, mein Freund, wenn du nämlich für die zur Herrschaft Bestellten noch ein glücklicheres Leben ausfindig machen wirst als das Herrschen, dann wird bei dir die Möglichkeit zu einer guten Staatsverwaltung vorhanden sein, denn nur in ihm herrschen die wahrhaftig Reichen, nicht die an Gold reich sind, sondern reich daran, woran der Glückselige reich sein muss: an einem tugendhaften und vernünftigen Leben.“ Platon: *Politeia*. Siebentes Buch. Übersetzt von Wilhelm Wiegand, in: Platon's Werke. Zehn Bücher vom Staate, Stuttgart 1855.

einer Klimagerichtsbarkeit eigener Art hat sich bis dato auch nicht durchsetzen können.¹⁵

Drittens kommt erschwerend hinzu, dass der Klimawandel (zumindest in seiner von der *Letzten Generation* dargestellten Form) weniger auf Beobachtung als auf Prognostik beruht, jede Forderung also nicht auf die Beschaffenheit der Welt, sondern nur auf die unserem Erfahrungshorizont weitaus fernere Beschaffenheit der Zukunft gründet. Und auch wenn es gute Gründe für die Richtigkeit dieser Prognostik geben mag, so bleibt sie doch, wie jede*r Wissenschaftler*in bestätigen wird, ein zutiefst *projektives* Unterfangen: Ein Versuch, auf Grundlage bestehender Erkenntnisse Aussagen zu treffen, derer man sich in einer zukunfts offenen Welt¹⁶ nur bedingt sicher sein kann und die für die meisten Europäer*innen insofern den epistemischen Status von Autoritätsargumenten annehmen, als dass diese dazu konditioniert worden sind, der Naturwissenschaft eine bessere Prognosefähigkeit zuzusprechen als Orakeln, Privatoffenbarungen oder karmatischer Logik. Das mag sich im Alltag zwar bewährt haben, enthebt aber auch die beste Prognose nicht einer kontingenten Grunddisposition, die jede sichere Überprüfung ihres Wahrheitsgehalts im Hier und Jetzt weitgehend verunmöglicht.¹⁷

Olaf Scholz greift derlei Argumente gar nicht erst auf, seine Position ist ungleich bescheidener: Der Klimawandel ist real, der Prognostik ist zu trau-

en, auch hinsichtlich der Dringlichkeit besteht kein ernsthafter Widerspruch. Allerdings ist Scholz Politpraktiker und kein Aktivist, muss also konkrete Maßnahmen umsetzen und dabei (a) zwischen drei klimapolitisch heterogen aufgestellten Koalitionspartnern vermitteln, (b) Industrie, Gewerkschaften und andere Stakeholder ins Boot holen, (c) die öffentliche Meinung im Blick behalten und (d) außenpolitische Implikationen, rechtliche Schranken und technische Möglichkeiten bedenken. All dem gerecht zu werden heißt, dass er nicht blind sein darf für Komplexität und Dissens. Aus der kassandrahaften Wahrnehmung eines ohnmächtigen Wissens heraus mag das unzureichend erscheinen – es ist aber notwendig, will man sich nicht nur im leeren Protestgestus erschöpfen. Die romantische Selbststilisierung als Sand im Getriebe einer unverständigen Institutionenmaschine verpufft ohnehin, hat man erst einmal begriffen, dass auch das sandigste Getriebe noch immer den Steuerungsmechaniken und damit der immanenten Logik des Machbaren unterworfen bleibt.

Dass die *Letzte Generation* an solch einer Stilisierung festhält, ist indes verzeihlich; nicht aber, dass sie durch ihr hyperaggressives Einwirken auf politische Entscheidungsträger*innen institutionelle Aushandlungsprozesse hintertreibt und einem antidemokratischen Politikverständnis den Weg weist.¹⁸ Ähnlich fällt auch der Befund des Philosophen Francisco Garcia-Gibson aus, der in einem kürzlich erschienenen Fachbeitrag eine Unterscheidung zwischen *persuasive* und *coercive climate protests* vornimmt. Während die einen auf den Grundsatz dialogischer Überzeugung abstellen, ist die Absicht der anderen, „to change other people’s behaviours or beliefs by threatening to impose costs on some of these people’s options.“¹⁹

15 Vgl. Wallimann-Helmer, Ivo: The Liberal Tragedy of the Commons. The Deficiency of Democracy in the Light of Climate Change, in: Birnbacher, Dieter/Thorseth, May (Hrsg.): The Politics of Sustainability. Philosophical Perspectives, New York 2015, S. 20–35.

16 Vgl. Luhmann, Hans-Jochen: Klima-GAU? Zwei Ansichten. Das Zwielficht ist produziert, in: Merkur, Jg. 53 (1999), H. 2/599, S. 163–167.

17 Selbst radikalmöglichste Ausprägungen einer solchen Prognoseskepsis können folglich kaum als *klimaskeptisch* gelten, rekurren sie doch lediglich auf eine Kernschränke jedes Erkenntnisprozesses: Echte empirische Erkenntnis kann nie rein prognostische Erkenntnis sein.

18 Das prozessuale Element ist hierbei von herausragender Bedeutung, da sich nach Ansicht der *letzten Generation* alle demokratischen Verfahrensregeln einem klimapolitischen Positionsprimat zu beugen haben.

19 Vgl. Garcia-Gibson, Francisco: Undemocratic Climate Protests, in: Journal of Applied Philosophy, online first, URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/>

Ganz unabhängig davon, ob man Demokratie nun primär als Deliberationsmoment begreift oder mehr dem Konzept von *Demokratie als Freiheit* zuneigt, ist die koerzive Protestkategorie dabei als prima facie undemokratisch anzusehen. Im ersten Fall steht sie dem deliberativen Prinzip unmittelbar entgegen, im zweiten weist sie den Demonstrant*innen einen unverdienten Entscheidungsvorrang zu. Es gilt demnach: „[I]f formally included climate protesters exert informal [...] control over official decisions, they cannot be said to be engaging in democratic decision-making [...]“²⁰

Befremdlicher als diese dezidiert undemokratische Grundierung ist einzig die Entschiedenheit, mit der die *Letzte Generation* der Idee anzuhängen scheint, die Zukunft des Weltklimas werde im Berliner Kanzleramt entschieden und die nötigen Transformationsprozesse könnten mit einem bloßen Federstrich schon irgendwie durchgesetzt werden. In seltsamem Kontrast zu dieser Vorstellung (wie auch zur Apokalyptik von Nahrungsmittelkämpfen auf Discounterparkplätzen) steht freilich die derzeitige Kernforderung der Bewegung nach einem sogenannten *Essen-Retten-Gesetz*.²¹ Für solch tagespolitisches Klein-Klein hatte sich Scholz noch Vorwürfe anhören müssen, ging es den Aktivist*innen doch um nicht weniger als die Rettung des Planeten in toto. Nun aber be-

geben sie sich plötzlich selbst in die Untiefen des Politalltags, verteilen gestohlene Lebensmittel, beschäftigen sich mit Haftungsrechtsfragen und behindern neuerdings auch noch den Berliner Berufsverkehr.²² Ob dies den erhofften Sinneswandel zeitigen kann oder lediglich die nächste Schwadron erregter Kleinbürger*innen zum „Jetzt-erst-recht“-Dieselkauf animiert, bleibt abzuwarten. Noch hält sich das öffentliche Verständnis jedenfalls sehr in Grenzen.

Hingegen scheint klar, dass das Handeln der Gruppe wohl am besten als übersteigert-erratische Bekenntnisperformanz zu verstehen ist. Die Heftigkeit, mit der tragende Pfeiler demokratischer Entscheidungskultur dabei zugunsten einer von Erlösungsfantasien durchsetzten Klimaeschatologie²³ abgeräumt werden, mag zwar irritieren, ist aber kaum im engeren Sinne überraschend; schließlich gehört ein gewisses Ausfasern der Ränder zu den Wachstumsschmerzen zahlreicher sozialer Bewegungen. Dennoch sind Hungerstreik, Kanzlerschelte und Autobahnprotest schon ihrem Symbolgehalt nach mehr als eine reine Umweltposse. In Zeiten, in denen anderswo munter von der „grünen RAF“ fantasiert wird,²⁴ werfen sie vielmehr ein kritisches Schlaglicht auf das komplexe Beziehungsgefüge von Klima, Demokratie und Radikalismus. Was bedeutet es für die Gesellschaft, wenn ernsthafte Wissenschaft in den Dienst kruder Untergangsprophetien gestellt

japp.12548, S. 3. Die Definition zielt explizit auf andere Formen radikalisierten Klimaprotests ab, der etwa Sabotageakte oder das Blockieren von Straßen mit einschließt. Sie kann aber auch auf den Hungerstreik der *letzten Generation* angewandt werden, da auch hier die Drohung (*threat*) mit einer Konsequenz (*impose costs*, hier politisch: Verantwortung für etwaige, sich aus der Drohung ergebende eigengesundheitliche Schäden) ausgesprochen wird.

20 Ebd., S. 10–11. Es sei der Vollständigkeit halber angemerkt, dass Ausnahmen bestehen und Garcia-Gibson aus der undemokratischen Natur der Proteste nicht auf ihre moralische Qualität und Vertretbarkeit schließen will.

21 Dabei sollen Supermärkte zur Spende ausgesonderter, doch noch genießbarer Lebensmittel verpflichtet werden.

22 Frisch, Timo: Klimaaktivisten blockieren zeitweise Straßen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.01.2022. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klimaaktivisten-blockieren-zeitweise-strassen-in-berlin-17748401.html> [eingesehen am 10.02.2022].

23 Vgl. u. a. Kermode, Frank: *The Sense of an Ending. Studies in the Theory of Fiction*, Oxford 1967.

24 Müller, Tazio zit. nach: Schaible, Jonas: „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“, in: Spiegel Online, 21.11.2021. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/tazio-mueller-wer-klimaschutz-verhindert-schafft-die-gruene-raf-a-5e42de95-eaf2-4bc1-ab23-45dfb0d2db89> [eingesehen am 10.02.2022]. Vgl. dazu auch Malm, Andreas: *How to Blow Up a Pipeline. Learning to Fight in a World on Fire*, London 2021.

wird? Wie ist zu verhindern, dass Eskapismus als klimapolitischer Widerstandsakt gedeutet wird? Und wie lassen sich aktivistische Exzesse eindämmen, ohne die Sache selbst nachhaltig zu desavouieren? Fragen, die uns wohl noch einige Zeit beschäftigen dürften, zumindest, solange sich das Debattenklima im Gleichschritt mit dem der Erde aufzuheizen anschiekt.

Literatur:

Berker, Lars/Pollex, Jan: Friend or foe? – comparing party reaction to Fridays for Future in a party system polarised between AfD and Green Party, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Jg. 15 (2021), H.2, S. 165–183.

Bitschnau, Marco: Corona. Full House im Gesellschaftspoker, in: Corona & Society (Progressives Zentrum), 10.09.2020. URL: <https://www.progressives-zentrum.org/corona-full-house-im-gesellschaftspoker/> [eingesehen am 10.02.2022].

Frasch, Timo: Klimaaktivisten blockieren zeitweise Straßen, 24.01.2022. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/klimaaktivisten-blockieren-zeitweise-strassen-in-berlin-17748401.html> [eingesehen am 10.02.2022].

Friedrich-Ebert-Stiftung: Kanzlerkandidat Olaf Scholz spricht mit Klima-Aktivist_innen von „Letzte Generation“, 12.11.2021. URL: <https://www.fes.de/olaf-scholz-letzte-generation> [eingesehen am 10.02.2022].

Garcia-Gibson, Francisco: Undemocratic Climate Protests, in: Journal of Applied Philosophy, online first. URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/japp.12548>.

Kermode, Frank: The Sense of an Ending. Studies in the Theory of Fiction, Oxford 1967.

Koos, Sebastian/Lauth Franziska: Die gesellschaftliche Unterstützung von Fridays for Future, in: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future – die Jugend gegen den Klimawandel: Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S. 205–226.

Letzte Generation: Die Erklärung der Hungerstreikenden der letzten Generation, in: hungerstreik2021, 30.08.2021, URL: <http://hungerstreik2021.de/wp-content/uploads/2021/08/erklarung-der-hungerstreikenden.pdf> [eingesehen am 10.02.2022].

Luhmann, Hans-Jochen: Klima-GAU? Zwei Ansichten. Das Zwielficht ist produziert, in: Merkur, Jg. 53 (1999), H.2/599, S. 163–167.

Malm, Andreas: How to Blow Up a Pipeline. Learning to Fight in a World on Fire, London 2021.

Platon: Politeia. Siebentes Buch. Übersetzt von Wilhelm Wiegand, in: Platon's Werke. Zehn Bücher vom Staate, Stuttgart 1855.

Rucht, Dieter/Sommer, Moritz: Fridays for Future. Vom Phänomen Greta Thunberg, medialer Verkürzung und geschickter Mobilisierung: Zwischenbilanz eines Höhenflugs, in: Internationale Politik, Jg. 74 (2019), H.4, S. 121–125.

Schaible, Jonas: „Wer Klimaschutz verhindert, schafft die grüne RAF“, 21.11.2021. URL: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/tadzio-mueller-wer-klimaschutz-verhindert-schafft-die-gruene-raf-a-5e42de95-eaf2-4bc1-ab23-45df-b0d2db89> [eingesehen am 10.02.2022].

Wallimann-Helmer, Ivo: The Liberal Tragedy of the Commons: The Deficiency of Democracy in the Light of Climate Change, in: Birnbacher, Dieter/Thorseth, May (Hrsg.): The Politics of Sustainability: Philosophical Perspectives, New York 2015, S. 20–35.



Marco Bitschnau, geb. 1993, hat Politikwissenschaften, Soziologie und Volkswirtschaft in Friedrichshafen, Paris und Cambridge studiert, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Neuenburg und Fellow des Nationalen Forschungsschwerpunkts *NCCR – on the move*. Sein akademisches Interessenspektrum reicht von der vergleichenden Migrationsforschung bis zur Populismustheorie. 2021/22 ist er Gastforscher an der University of California, Berkeley.

Scharf, Philipp (2022): „System Change? Die Verhandlung der Klimakrise innerhalb der radikalen Linken“
In: Demokratie-Dialog 10 (2022) S. 17–24.
doi: 10.17875/gup2022-1940

System Change?

Die Verhandlung der Klimakrise innerhalb der radikalen Linken

Philipp Scharf

Wir schreiben den 20. September 2019: In einer präpandemischen Welt verzeichnete eine noch junge Protestbewegung ihren bisherigen „Mobilisierungshöhepunkt“;¹ *Fridays for Future* (FFF) mobilisierte an diesem globalen Aktionstag allein in Deutschland bis zu 1,4 Millionen Menschen. Vorausgegangene Kampagnen verdeutlichten, dass die aus einer Schüler*innen-

bewegung hervorgegangenen Freitagsdemonstrant*innen Teil eines größeren klimabewegten Protestspektrums sind. Ob nun im Nachgang des globalen Aktionstags der *Fridays* am 15. März oder der Massenproteste gegen Braunkohleabbau des Bündnisses „Ende Gelände“ im Juni 2019: Den Protestierenden war das medial größtenteils wohlwollende mediale Echo gewiss. Indes: Die geforderte Politikänderung der deutschen Bundesregierung trat nicht ein. Die antizipierten Folgen sind Frust und Enttäuschung seitens der Protestierenden aufgrund – vermeintlich – mangelnder Bereitschaft oder Problemlösungskompetenz seitens der Regierenden.² Konservative Stim-

1 Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Fritz, Lisa: Fridays for Future. Konturen einer neuen Protestbewegung, in: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S.7–14, hier S. 8.

2 Vgl. Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian et al.: Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019, in: Haunss, Sebastian/

men befürchten bereits, dass die jugendlichen Klimaschützer*innen durch linksradikale Kräfte unterwandert und radikalisiert werden könnten.³ Tatsächlich scheint diese sicherheitspolitisch motivierte Sichtweise der Komplexität des Themenfeldes allerdings nicht gerecht zu werden; sie verweist jedoch indirekt auf grundlegende Suchbewegungen innerhalb des Protestspektrums.

Anhand der unversöhnlich ausgetragenen Diskussion über den Umgang mit der Klimakrise manifestieren sich zudem Kernfragen linksradikaler Politik; so werden mit ungeahnter Kraft sowohl die Eigentumsfrage als auch die Möglichkeiten gesamtgesellschaftlicher Transformationsprozesse innerhalb der radikalen Linken neu diskutiert. Erst nachgelagert finden Strategiedebatten – wie etwa der angemessene Umgang mit den keinesfalls als linksradikal geltenden Gruppen wie FFF – statt. Dieser Beitrag soll nun die bewegungsinterne Auseinandersetzung mit diesen Kernfragen im Zuge der Klimakrise näher beleuchten.

Die alltägliche Banalisierung der Krise?

In ungeahnter Weise legt die Klimakrise die Widersprüchlichkeiten und uneingelösten Versprechen der Moderne offen: Das Autonomieversprechen der bürgerlichen Gesellschaft scheitert an globalen Ungleichheiten der kapitalistischen Wertschöpfungsketten ebenso, wie Wissenschaft und Technologie an die Grenzen der Naturbeherrschung stoßen. Auch demokratischer Anspruch und demokratische Wirklichkeit scheinen zunehmend auseinanderzuklaffen. Kurz: Die gesellschaftliche Modernisierung scheint (vorerst) an ihr Ende geraten und mitunter gar in ihr Ge-

genteil umzuschlagen.⁴ Diese sich in der Klimakrise offenbarenden Problemlagen evozieren einen gewissen Handlungsdruck und fordern damit alle politischen Spektren jenseits des politischen Koordinatensystems von „links“ und „rechts“ heraus. Bereits 2013, also deutlich bevor die heute allgegenwärtige Klimakrise ins Bewusstsein gelangte, beschrieb der Politikwissenschaftler Claus Leggewie ihre antizipierten Folgen: „Damit werden die Grundlagen der Moderne erschüttert, die offene Horizonte voraussetzte, darunter viel Zeit für wissenschaftliches Nachdenken, aufschiebende Kompromissbildung in der Politik, lange Schleifen von Versuch und Irrtum in Wirtschaft und Technik.“⁵

Zwar sind Umwelt- und Klimaschutz Aktionsfelder, die alle politischen Spektren in einem gewissen Ausmaß beschäftigen, jüngste diskursive Verschiebungen im linksradikalen Spektrum verdeutlichen allerdings den besonderen Handlungs- und Positionierungsdruck, den entsprechende Gruppierungen verspüren. Zumal es historisch gesehen die Autonomen waren, die sich als militante Speerspitze der Anti-AKW-Bewegung seit den späten 1970er Jahren gerierten und so eine besondere Beziehung zum Themenkomplex besitzen: Die Großdemonstration im niedersächsischen Brokdorf 1981 oder die „härteste Schlacht“⁶ um das Kernkraftwerk Grohnde 1977 zählen zu den Gründungserzählungen der deut-

Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S. 15–66, hier S. 18.

3 Vgl. Baron, Udo: Klimaschutzbewegung und Linksextremismus. Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren, München 2020.

4 Vgl. Brand, Karl-Werner: Disruptive Transformationen. Gesellschaftliche Umbrüche und sozial-ökologische Transformationsdynamiken kapitalistischer Industriegesellschaften – ein zyklisch-struktureller Erklärungsansatz, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 28 (2018), H. 3–4, S. 479–509, hier S. 488.

5 Leggewie, Claus: Nicht rechts, nicht links – aber radikal. Libertarianism diesseits und jenseits des Atlantiks, in: Gallus, Alexander/Schubert, Thomas/Thieme, Tom (Hrsg.): Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 127–140, hier S. 139.

6 O. V.: Böses Massaker, in: Spiegel Online, URL: <https://www.spiegel.de/politik/boeses-massaker-a-fcae-4bab-0002-0001-0000-000040941633> [eingesehen am: 08.02.2022], zuerst in: Der Spiegel, 27.03.1977, o. S.

schen Autonomen.⁷ Die durch die Anti-AKW-Bewegung aufgeworfenen gegenkulturellen Impulse sowie die ökologischen Narrative, die durch ihren systemoppositionellen Charakter eine integrative Funktion im Lager ausübten, diffundierten folglich jedoch in den Rest der Gesellschaft. Die Institutionalisierung der Umwelt-Bewegung durch Parteien und Nichtregierungsorganisationen setzte sich durch – und damit dem utopischen Überschuss des linksradikalen Flügels der Umweltbewegung ein Ende.⁸ „Nachhaltigkeit“ wurde zur „positiv besetzten Allerwärtsformel“.⁹ Einerseits.

Andererseits wächst jüngst innerhalb der radikalen Linken ein Gespür dafür, dass die Hoffnung, „durch eine Aktionseskalation endlich auch politische Handlungen zu provozieren“,¹⁰ enttäuscht werden muss. Aufgrund der sich – tatsächlich und diskursiv – rasch zuspitzenden klimapolitischen Globalsituation, der „Doppelkrise von Klimakatastrophe und Endlichkeit der Energieressourcen“,¹¹ bleiben auch autonome Suchbewegungen nicht aus. Diese ökologischen Grenzen des Wachstums, die für Systemalternativen wie Sozialismus und Kommunismus gleichermaßen gelten – und sie, analog zum kapitalistischen Wohlstandsversprechen, limitieren –, seien in linksradikalen Szenezusammenhängen, so interne Kritiker*innen, systematisch unterreflektiert: „Nur die Eigentumsfrage in den Mittelpunkt der ökologischen

Frage zu stellen, wie es die Linke noch weitgehend tut, reicht daher nicht aus.“¹²

Die Klimabewegung zwischen Verbundenheit und Abgrenzung

Zunächst, so scheint es, hatte die Klimakrise – ebenso wie später auch die Corona-Pandemie – die linksradikalen Szenen unvermittelt getroffen; merkwürdig still wirkten ihre Vertreter*innen. So waren es gerade *nicht* autonome Bündnisse, die zur Klimarebellion aufriefen. Den Startschuss der sich neu konstituierenden Klimabewegung setzte vielmehr die damals 15-jährige schwedische Schülerin Greta Thunberg. Fortan waren es die betont bürgerlich auftretenden und bedachtsam argumentierenden Aktivist*innen von „Fridays for Future“, die das Flaggschiff der Bewegung benannten. Die Freitagsdemonstrierenden scheinen ganz und gar Produkt ihrer Zeit und Teil der skizzierten Nachhaltigkeitswende zu sein. In einer neoliberalen Denktradition stehend, beharren sie auf der Einhaltung transnationaler Abkommen und wenden sich daher in ihrer Kritik direkt an Nationalstaaten; mehrheitlich verorten sie sich „im rot-grünen Parteienspektrum und handeln eher pragmatisch-lösungsorientiert als radikal mit systemkritischer Grundhaltung.“¹³ Kapitalismuskritische Linke werfen der Bewegung daher vor, über die Anrufung der internationalen Staatengemeinschaft das Kapitalverhältnis zu affirmieren: „[D]enn auch der soziale oder klimabewusste Staat dient der Vermittlung dieses Verhältnisses.“¹⁴ Ähnlich argumentiert der Hamburger Soziologe Gerhard Stapelfeldt, der „konformistische“ Charakter der Bewegung zeige sich

7 Vgl. etwa Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander et al. (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomen. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264.

8 Vgl. Brand, Karl-Werner: Nachhaltige Entwicklung oder sozial-ökologische Transformation, in: INDES, H.4/2020, S. 9–21, hier S. 9–10.

9 Ebd., S. 15.

10 Graack, Nico/Wagner, Louise: Die leere Bühne. Was bedeutet der Hungerstreik im Berliner Regierungsviertel für die Strategiedebatte der Klimabewegung, in: Analyse und Kritik (ak), Nr. 675, 19.10.2021, S. 25.

11 Speckmann, Guido: Der Traum ist aus, in: Analyse und Kritik (ak), Nr. 675, 19.10.2021, S. 13–14, hier S. 13.

12 Ebd., S. 14.

13 Dörre, Klaus: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin 2021, S. 24.

14 Uhlig, Tom David: Aufstehen für die Regression. Elemente der autoritären Linken heute, in: Henkelmann, Katrin et al. (Hrsg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des Autoritären Charakters, Berlin 2020, S. 369–383, hier S. 381.

bereits in der verwendeten Begriffswahl. Schon der Begriff „Klimakrise“ verschleierte demnach ihre gesellschaftlichen Ursachen,¹⁵ weswegen auch nicht die notwendigen konsequenten gesellschaftlichen Veränderungsprozesse diskutiert und angestoßen werden könnten: „Daß die bestehende politisch-ökonomische Ordnung eine bewußtlose Ordnung ist, die durch Aufklärung bewußt und durch weltverändernde Praxis revolutioniert werden muß, damit Menschen mit Bewußtsein agieren, entzieht sich der Einsicht nicht nur der Aktivisten der FFF-Bewegung.“¹⁶

Somit ließe sich möglicherweise das scheinbare Missverhältnis zwischen wahrgenommenem – oder zumindest: postuliertem – Problemdruck und politischen Konsequenzen erklären: Freilich scheinen einerseits die Bewegungserfolge zunächst durchaus beachtlich, allein die tägliche Virulenz des Themas und der damit verbundene weitgehende Bewusstseinswandel scheinen dies zu bestätigen. Doch obwohl andererseits die Bewegungsforderungen gesellschaftlich weitgehend konsensual anmuten, wirken die politischen Konsequenzen oftmals zu schwerfällig und nicht umfassend genug, um der Klimakrise angemessen zu begegnen.¹⁷ Ob die „Selbstevidenz“¹⁸ der gegenwärtigen Krise daher zur „Unvermeidlichkeit der Systemfrage“¹⁹ führt, bleibt abzuwarten. Der Soziologe Klaus Dörre stellt in diesem Zusammenhang fest: „Das, was über die Strömungsdifferenzen hinweg als ‚gemeinsamer Kern‘ der Veränderungen hin zu Postwachstumsgesellschaften präsentiert wird, ist problemlos in eine neosozialistische Agenda zu integrieren.“²⁰

Hieraus können wir schließen, dass sich das links-radikale Spektrum mit einer *dreifachen Herausforderung* konfrontiert sieht: Erstens muss auch radikale Gesellschaftskritik die Endlichkeit natürlicher Ressourcen reflektieren und dabei, zweitens, die eigenen Zielperspektiven (also Fragen nach Ressourcenverteilung sowie Art und Umfang des gesellschaftlichen Wandels) beachten. Drittens müssen Linksradikale klären, wie sie sich in der neuen, breiten Klimaallianz – einschließlich bürgerlicher und gemäßigter Akteur*innen – verorten und dabei insbesondere die dominante Position von FFF beachten. Derlei Selbstverständnisdebatten wurden und werden zyklisch durch auftretende Krisen und Großereignisse provoziert, so wirkte etwa die Analyse des Protests gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 noch abstrakt und wenig reflektiert,²¹ die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis wurde einigen Wenigen überlassen²² oder fand nur oberflächlich statt. Nun scheint eine ressourcenintensive Debatte der eigenen politischen Positionen erneut aufzubrechen. Ihre Stoßrichtung ist eindeutig, die Verbindung von „ökologischer Frage“ und „kritischer Gesellschaftstheorie“²³ wird angestrebt, die über den jüngst reüssierenden, eindimensionalen

15 Vgl. Stapelfeldt, Gerhard: Revolte der Natur und konformistischer Protest. Über die Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“, Hamburg 2020, S. 17.

16 Ebd., S. 27.

17 Vgl. Kraushaar, Wolfgang: Nach der Notbremse greifen? Zur existentiellen Dimension der Klimaproteste, in: INDES, H.4/2020, S. 49–71, hier S. 49–53.

18 Ebd., S. 62.

19 Ebd., S. 64.

20 Dörre: Sozialismus, S. 28.

21 So konstatiert die Rechtswissenschaftlerin Monika Frommel anhand der Interventionistischen Linken (IL) und ihres proklamierten Ziels, den Gipfel zu blockieren: „Aber was ist das für ein Ziel: inhaltliche Kritik durch reine Blockade und Randalen zu verdrängen? Es hat etwas von Tragik, dass außerparlamentarische Aktivitäten in den letzten 50 Jahren meist nur der Verhinderung dienen.“ Und weiter: „Denn eine derart vage Kritik an der Globalisierung verdeckt mehr, als sie erklärt. Sie ist außerdem völlig voluntaristisch, denn sie folgt einer Ideologie der beliebigen Veränderbarkeit und weitgehenden politischen Machbarkeit, wenn man nur will.“ Frommel, Monika: Gewalt als attraktive Lebensform, in: Neue Kriminalpolitik, Jg. 29 (2017), H. 4, S. 355–368, hier S. 358.

22 Vgl. exemplarisch Blechschmidt, Andreas: Gewalt. Macht. Widerstand. G20-Streitschrift um die Mittel zum Zweck, Münster/Hamburg 2019.

23 Eiden-Offe, Patrick: Hot Marx. Wie in der Klimakatastrophe aus dem Marxismus wieder eine Theorie des Aufstands wird, in: Merkur, H. 879/2021, S. 34–46, hier S. 34.

„Öko-Marxismus“²⁴ hinausgehen soll. Der historische Zeitpunkt dieser Debatte scheint günstig: Die Gelegenheitsfenster für die Etablierung eines linksradikalen Systemwandeldiskurses, der sich an die kontemporären Dringlichkeitsframes²⁵ – also die postulierte Notwendigkeit *unverzüglich* auf die gegenwärtigen Herausforderungen des Klimawandels zu reagieren – anschließen kann, wirken groß wie selten.

Linksradikale Reaktionen

Entsprechend flamboyant changiert etwa Roger Hallam, der inzwischen aufgrund holocaustrelativierender Aussagen in Verruf geratene Mitbegründer der Aktionsgruppe *Extinction Rebellion* (XR), in seinen Forderungen zwischen „gewaltfreier Rebellion“ und „Klimakatastrophe“.²⁶ Hallam suggeriert, dass der Kampf gegen die drohende Klimakatastrophe „keine Frage der Ideologie, sondern eine Frage von Mathematik und Physik“²⁷ sei, da der politische Wandel durch Reform zu schwerfällig sei und deshalb nur eine revolutionäre Umwälzung den Planeten und seine Bewohner*innen retten könne. Er fordert zudem, „das von einer unflexiblen politischen linken Ideologie vereinnahmte Konzept der Revolution [zu] retten und wieder mit der offeneren bürgerlichen Tradition des 19. Jahrhunderts [zu] verknüpfen.“²⁸ Welttretung und die Wiederherstellung der persönlichen Selbstachtung fallen hier eskapistisch im Konzept der Revolution zusammen.²⁹ Propagiert Hallam also die von XR durchgeführten gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams, argumentiert der

schwedische Humanökologe Andreas Malm deutlich radikaler. Da die modernen Verfassungsstaaten sich als mächtige Vetospieler gesellschaftlichen Wandels etabliert hätten, sei nun die Zeit, sie „durch die Aufbietung des gesamten Spektrums an der Allgemeinheit zugänglichen Druckmitteln, angefangen bei Wahlkampagnen bis hin zu Massensabotage“³⁰ zu klimabewusstem Handeln zu zwingen. Malm geht in seinen Überlegungen über die ur-marxistische Verteilungsfrage hinaus, indem er plädiert, dass sich angesichts der globalen Lage ein „ökologischer Leninismus“³¹ – sprich: eine ökologische Revolutionstheorie – entwickeln müsse. Grundmerkmale dieser Umsturztheorie seien die Bekämpfung der gesellschaftlichen Krisenursachen (anstatt ihrer Symptome), die Gewährleistung der notwendigen Geschwindigkeit zur Umsetzung der politischen Maßnahmen sowie die direkte Kontrolle zentraler Wirtschaftsbereiche als unmittelbare Maßnahme im Kampf gegen den Klimawandel.³² Zwar könnten die gewaltfreien Aktionen der jüngsten Klimaproteste bislang als taktisch erfolgreich angesehen werden, dies müs-

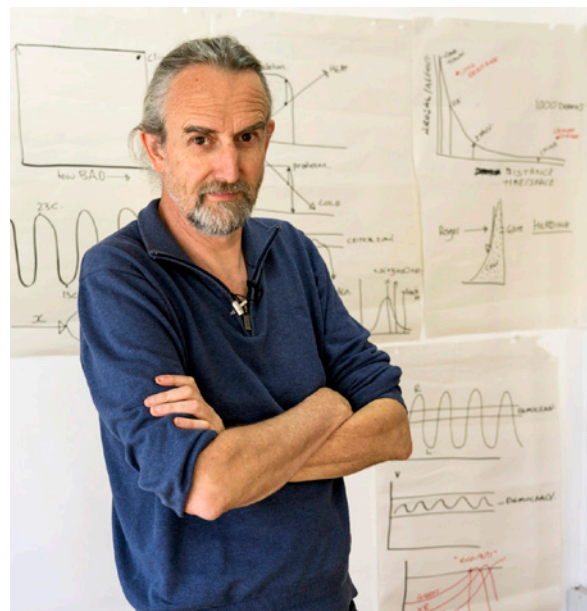


Abbildung 1: Roger Hallam July 2020
JamieLLowe, CC BY-SA 4.0, via Wikimedia Commons

24 Ebd., S. 35.

25 Vgl. den Beitrag von Marco Bitschnau in diesem Heft.

26 Hallam, Roger: *Common Sense. Die gewaltfreie Rebellion gegen die Klimakatastrophe und für das Überleben der Menschheit*, Berlin 2019.

27 Ebd., S. 11.

28 Ebd., S. 19.

29 Vgl. ebd., S. 120.

30 Malm, Andreas: *Klimax*, Berlin 2020, S. 219.

31 Ebd., S. 222.

32 Vgl. ebd., S. 222–227.

se jedoch nicht zwangsläufig auch für die Zukunft gelten, weswegen die Frage aufgeworfen wird: „Wird absolute Gewaltlosigkeit den *einzigsten* Weg darstellen, die für immer allein gangbare Taktik im Kampf um die Außerkraftsetzung fossiler Brennstoffe?“³³ Wird es also Zeit – in Anlehnung an einen Buchtitel Malms – eine „Pipeline in die Luft zu jagen“?

Auch jenseits dieser Globalanalysen setzt sich die postautonome Basis mit Bewältigungsstrategien der Klimakrise auf politpraktischer Ebene auseinander. So verfasste das kommunistische Bündnis „... um's Ganze!“ (uG) eine Broschüre über den „automobilen Kapitalismus und sein Ende“.³⁴ Auch hier werden die kapitalistische Produktionsweise sowie der Staat als ihr stützender Agent mit den direkten Auswirkungen der Klimakrise in Verbindung gesetzt. Die sich dergestalt konstituierende „Systemkrise“³⁵ könne nicht durch Reformen gelöst werden. Symbolpolitiken und individualistische Praktiken, eben der „grüne Lifestyle“,³⁶ bedeuteten daher nicht die lange ersehnten Weichenstellungen, vielmehr benötige es gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse. Innerhalb der post-kapitalistisch und arbeitsteilig organisierten Gesellschaft müssten die artifiziellen Trennungen von „Produktion und Reproduktion, Öffentlichkeit und Privatheit sowie zwischen den Geschlechtern“³⁷ aufgehoben werden. In diesem utopischen Zustand zerfiele der „kapitalistische Selbstzweck“ des Wertschöpfungssystems, welches fortan der individuellen Reproduktion

untergeordnet würde.³⁸ Der Kampf gegen den Klimawandel wird in dieser Perspektive also zur Systemfrage, welche Eigentums- und Verteilungsfragen, die Dimension politischer Herrschaft sowie das Verhältnis der Geschlechter einschließt.

Das linksradikale Bündnis „Interventionistische Linke“ (IL) nahm sich dem Klimathema in Form eines Debattenblogs an.³⁹ Auch hier verstehen Autor*innen die gegenwärtige Situation als historischen „Kristallisationspunkt“ und interpretieren sie als „Gerechtigkeitskrise des 21. Jahrhunderts“.⁴⁰ Die Aktivist*innen stellen fest, dass es die Leistung von FFF war, eine Politisierung der Debattenlage zu forcieren – nun gelte es zu eruieren, wie mit „Zivilem Ungehorsam für Radikalisierung, Zuspitzung und Empowerment“ die Klimafrage zu einer „gesamtgesellschaftlichen, antikapitalistischen Frage“⁴¹ zu transformieren sei. Diese Perspektive bleibt nicht unwidersprochen: Groß sind in einem Teil des postautonomen Spektrums die Vorbehalte gegen eine reformorientierte, „sozial-ökologische Transformation“, da das „globale Kapital“ schlicht unreformierbar sei; auch die Freitagsdemonstrierenden blieben einer systemimmanenten Logik verhaftet, da es an konkreten politischen Forderungen und daher einer glaubhaften Änderungsperspektive fehle, welche auch die „Machtfrage und Besitzverhältnisse“⁴² thematisiere. Um die Konfusion in der Auswahl strategischer Partner*innen zu komplet-

33 Malm, Andreas: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen, Berlin 2020, S. 32 [Herv. i. O.].

34 ... um's Ganze! – Kommunistisches Bündnis: Nichts ist unmöglich. Über den automobilen Kapitalismus und sein Ende, 2021, URL: <https://www.umsganze.org/wp-content/uploads/2021/07/Ums-Ganze-Nichts-ist-unmo%CC%88glich-Automobilita%C%88t.pdf> [eingesehen am 09.02.2022].

35 Ebd., S. 15.

36 Ebd., S. 42.

37 Ebd., S. 47.

38 Vgl. ebd.

39 Interventionistische Linke: Klima. Ein Debattenblog der iL & Friends, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima> [eingesehen am 09.02.2022].

40 Klima-AG der Interventionistischen Linken: Mit Klima in die Offensive a.k.a. Last chance for communism, in: Debattenblog der Interventionistischen Linken, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/mit-klima-in-die-offensive> [eingesehen am 09.02.2022].

41 Ebd.

42 Alle Zitate jeweils: Münsteraner Ortsgruppe der iL: Klimakatastrophenkapitalismus, in: Debattenblog der Interventionistischen Linken, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/klimakatastrophenkapitalismus> [eingesehen am 09.02.2022].

tieren, schließt die hier vorgenommene Kurzdarstellung der jeweiligen Positionen der Münsteraner Ortsgruppe der IL mit einem Debattenbeitrag, der die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts überschwänglich begrüßt, das die intergenerationale Verteilung von CO₂-Emissionen als verfassungswidrig erklärte. Demnach sei das Urteil „nichts weniger, als die Umkehr der bisherigen Hegemonie – eine kleine Revolution.“ Staatliche Institutionen als Vorkämpfer*innen linksradikaler Gerechtigkeitsideale! Die „zeitgemäße materialistische Analyse“ müsse nur noch „die konstitutive Einbettung von menschlichem Leben in seine Umgebung und Ökosysteme abbilden, um dem fossilen Weiter-so die letzte denkbare ideologische Basis zu entziehen.“⁴³

Resümee

Die Klimakrise trat unvermittelt auf die politische Agenda, rasch bildete sich mit *Fridays for Future* eine Bewegung, die eine hegemoniale Stellung im Diskurs einnahm und zu der sich alle nachfolgenden Akteur*innen im Konfliktfeld „Klimapolitik“ verhalten müssen. Die (ehemalige) Schüler*innenbewegung ist jedoch keine linksradikale, antikapitalistische oder gar revolutionäre Bewegung, was zu Ausrichtungsdebatten innerhalb der (Post-)Autonomen und des antikapitalistischen Spektrums führte. Diskursiv bedeutet die dominante Interpretation der Klimakrise als unmittelbar und mit einschneidenden Maßnahmen anzugehendes Problem ein Gelegenheitsfenster, das anschlussfähig für radikale für klassisch linke Aktionsfelder ist. Nicht nur die Verteilungsfrage, auch die Suche nach Systemalternativen und deren Umsetzung zwischen Reform und Revolution werden wieder virulent und setzen das breite linksradikale Spektrum unter einen gewissen Positionie-

rungsdruck. Folglich könnten alte Konfliktlinien zwischen öko-marxistischen, neo-leninistischen und autonomen Problemlösungsansätzen erneut aufbrechen. Ob die theoretische Reflexion neue Erkenntnisse und Argumente hervorbringen kann oder doch nur „alter Wein in neuen Schläuchen“ ausgedient wird, bleibt abzuwarten.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- Baron, Udo: Klimaschutzbewegung und Linksextremismus. Wie Linksextremisten vom Klimakampf profitieren, München 2020.
- Blehschmidt, Andreas: Gewalt. Macht. Widerstand. G20-Streitschrift um die Mittel zum Zweck, Münster/Hamburg 2019.
- Brand, Karl-Werner: Disruptive Transformationen. Gesellschaftliche Umbrüche und sozial-ökologische Transformationsdynamiken kapitalistischer Industriegesellschaften – ein zyklisch-struktureller Erklärungsansatz, in: Berliner Journal für Soziologie, Jg. 28 (2018), H. 3–4, S.479–509.
- Brand, Karl-Werner: Nachhaltige Entwicklung oder sozial-ökologische Transformation, in: INDES, H.4/2020, S. 9–21.
- Dörre, Klaus: Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution, Berlin 2021.
- Eiden-Offe, Patrick: Hot Marx. Wie in der Klimakatastrophe aus dem Marxismus wieder eine Theorie des Aufstands wird, in: Merkur, H. 879/2021, S. 34–46.
- Frommel, Monika: Gewalt als attraktive Lebensform, in: Neue Kriminalpolitik, Jg. 29 (2017), H. 4, S. 355–368.
- Graack, Nico/Wagner, Louise: Die leere Bühne. Was bedeutet der Hungerstreik im Berliner Regierungsviertel für die Strategiedebatte der Klimabewegung, in: Analyse und Kritik (ak), Nr. 675, 19.10.2021, S. 25.
- Hallam, Roger: Common Sense. Die gewaltfreie Rebellion gegen die Klimakatastrophe und für das Überleben der Menschheit, Berlin 2019.
- Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz/Fritz, Lisa: Fridays for Future. Konturen einer neuen Protestbewegung, in: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S.7–14.
- Interventionistische Linke: Klima. Ein Debattenblog der iL & Friends, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima> [eingesehen am 09.02.2022].
- Klima-AG der Interventionistischen Linken: Mit Klima in die Offensive a.k.a. Last chance for communism, in: Debattenblog der Interventionistischen Linken, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/mit-klima-in-die-offensive> [eingesehen am 09.02.2022].
- Judith und Rebecca: Reclaim Freiheit for Future, in: Debattenblog der Interventionistischen Linken, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/reclaim-freiheit-for-future> [eingesehen am 09.02.2022].
- Kraushaar, Wolfgang: Nach der Notbremse greifen? Zur existentiellen Dimension der Klimaproteste, in: INDES, H.4/2020, S. 49–71.
- Leggewie, Claus: Nicht rechts, nicht links – aber radikal. Libertarianism diesseits und jenseits des Atlantiks, in: Gallus, Alexander/Schubert, Thomas/Thieme, Tom (Hrsg.): Deutsche

43 Alle Zitate jeweils: Judith und Rebecca: Reclaim Freiheit for Future, in: Debattenblog der Interventionistischen Linken, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/reclaim-freiheit-for-future> [eingesehen am 09.02.2022].

Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 127–140.

Malm, Andreas: Klimax, Berlin 2020.

Malm, Andreas: Wie man eine Pipeline in die Luft jagt. Kämpfen lernen in einer Welt in Flammen, Berlin 2020.

Micus, Matthias/Pflicke, Tom/Scharf, Philipp: Facetten des linken Radikalismus in Göttingen, in: Deycke, Alexander/Gmeiner, Jens/Schenke, Julian/Micus, Matthias (Hrsg.): Von der KPD zu den Post-Autonomem. Orientierungen im Feld der radikalen Linken, Göttingen 2021, S. 223–264.

Münsteraner Ortsgruppe der iL: Klimakatastrophenkapitalismus, in: Debattenblog der Interventionistischen Linken, URL: <https://blog.interventionistische-linke.org/klima/klimakatastrophenkapitalismus> [eingesehen am 09.02.2022].

O. V.: Böses Massaker, in: Spiegel Online, URL: <https://www.spiegel.de/politik/boeses-massaker-a-fcae-4bab-0002-0001-0000-000040941633> [eingesehen am: 08.02.2022], zuerst in: Der Spiegel, 27.03.1977, o. S.

Sommer, Moritz/Haunss, Sebastian/Gharrity Gardner, Beth/Neuber, Michael, Rucht, Dieter: Wer demonstriert da? Ergebnisse von Befragungen bei Großprotesten von Fridays for Future in Deutschland im März und November 2019, in: Haunss, Sebastian/Sommer, Moritz (Hrsg.): Fridays for Future – Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen der weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020, S. 15–66.

Speckmann, Guido: Der Traum ist aus, in: Analyse und Kritik (ak), Nr. 675, 19.10.2021, S. 13–14.

Stapelfeldt, Gerhard: Revolte der Natur und konformistischer Protest. Über die Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“, Hamburg 2020.

Uhlig, Tom David: Aufstehen für die Regression. Elemente der autoritären Linken heute, in: Henkelmann, Katrin/Jäckel, Christian/Stahl, Andreas/Wünsch, Niklas/Zopes, Benedikt (Hrsg.): Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des Autoritären Charakters, Berlin 2020, S. 369–383.

... um's Ganze! – Kommunistisches Bündnis: Nichts ist unmöglich. Über den automobilen Kapitalismus und sein Ende, 2021, URL: <https://www.umsganze.org/wp-content/uploads/2021/07/Ums-Ganze-Nichts-ist-unmo%C3%88glich-Automobilita%C3%88t.pdf> [eingesehen am 09.02.2022].



Philipp Scharf, M. A., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Protest- und Bewegungsforschung sowie politische Kulturforschung.

Radikaler Islam

Klevesath, Lino (2022):
„Antisemitismus unter
Muslim*innen oder ‚musli-
mischer Antisemitismus‘?
Zur Frage der konzeptionel-
len Fassung eines gesell-
schaftlichen Problems“
In: Demokratie-Dialog 10
(2022) S. 26–34.
doi: 10.17875/gup2022-1941

Antisemitismus unter Muslim*innen oder „muslimischer Antisemitismus“?

Zur Frage der konzeptionellen
Fassung eines gesellschaftlichen
Problems

Lino Klevesath

Gibt es einen spezifischen „muslimischen Antisemitismus“ oder steht Antisemitismus unter Muslim*innen in keinem engeren Zusammenhang mit ihrer Religion? Die Aktualität der Frage zeigte sich erneut im Mai 2021 nach dem Aufflammen des bewaffneten Konflikts zwischen dem Gazastreifen und Israel im Zuge von anti-israelischen Demonstrationen. Diese wurden vor allem von türkisch- und arabischstämmigen, mehrheitlich muslimischen Menschen getragen. Es kam zu Hassrufen wie „Scheiß Juden!“, in Gelsenkirchen richtete sich eine Kundgebung sogar gegen die örtliche Synagoge – und nicht gegen die Vertretung der israeli-



Abbildung 1: Die Gelsenkirchener Synagoge wurde im Mai 2021 Ziel eines antisemitischen Protests. © Daniel Ullrich / Wikimedia Commons 2007, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Neue_Synagoge_Gelsenkirchen.jpg, CC-by-sa-2.0-de.

schen Regierung.¹ In diesem Beitrag soll zunächst geklärt werden, wie verbreitet Antisemitismus unter Muslim*innen in Deutschland ist und aus welchen Quellen er sich schöpft, um zu eruieren, ob sich ein spezifisch muslimischer Antisemitismus ausmachen lässt.

Unter Antisemitismus sollen hier Vorstellungen verstanden werden, nach denen Jüd*innen pauschal negative Eigenschaften und/oder Handlungen zugeschrieben werden. Der Antisemitismus kann dabei verschiedene Formen annehmen. Im Anschluss an Monika Schwarz-Friesel soll hier zwischen klassischem Antisemitismus, Post-Holocaust-Antisemitismus und anti-israelischem Antisemitismus unterschieden werden. Während beim klassischen Antisemitismus entweder auf religiöse Stereotype wie das der Jüd*innen als Gottesmörder*innen oder auf bereits vor 1945 verbreitete, häufig rassistische Vorstellungen Bezug genommen wird (z. B. Vorwurf des Wuchers oder gar der Weltverschwörung), wird beim Post-Holocaust-Antisemitismus die deutsche Schuld am Holocaust relativiert, mitunter auf Jüd*innen projiziert und/oder Jüd*innen vorgeworfen, das Gedenken an den Holocaust auszunutzen. Beim anti-israelischen Antisemitismus werden vormals Jüd*innen zugeschriebene Attribute wie die des Störenfrieds oder eines Sonderstatus auf Israel bezogen.²

Zur Verbreitung des Antisemitismus unter Muslim*innen

Dass es keinen wissenschaftlichen Konsens darüber gibt, ab wann eine Person als „muslimisch“ gilt, erschwert die Beantwortung der hier aufgeworfenen Forschungsfrage.³ Zwar bietet es sich an, die Selbstzuschreibung von Menschen als Muslim*innen zur Grundlage zu machen, doch nicht alle Erhebungen verfahren nach diesem Prinzip. Dennoch können Befragungen, die die Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter Muslim*innen erforschen, einen Anhaltspunkt über das Ausmaß des Problems bieten. Die amerikanische Anti-Defamation League (ADL) etwa kam 2019 bei einer Umfrage unter 503 Befragten in Deutschland zum Ergebnis, dass 15 Prozent der Gesamtbevölkerung antisemitische Einstellungen hegen. Während unter den Konfessionsfreien und Christ*innen 12 bzw. 14 Prozent antisemitische Einstellungen aufzeigten, waren es bei Muslim*innen ganze 49 Prozent.⁴ Zwar kann die Validität angesichts des kleinen muslimischen Teilsamples in Zweifel gezogen werden, doch decken sich die Ergebnisse tendenziell mit Erhebungen in anderen westeuropäischen Ländern. Daher muss unter Muslim*innen von einer erhöhten Verbreitung antisemitischer Einstellungen ausgegangen werden.⁵ Allerdings sind die Muslim*in-

1 Vgl. Johann, Klaus: Gelsenkirchen: Arrest für 20-Jährige wegen Volksverhetzung, in: WAZ.de, 06.01.2022, URL: <https://www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/gelsenkirchen-arrest-fuer-20-jaehrige-wegen-volksverhetzung-id234248823.html> [eingesehen am 21.01.2022].

2 Vgl. Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 26 sowie S. 58–105. Die drei Kategorien beziehen sich ursprünglich auf Stereotype in tausenden Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und an die Israelische Botschaft in Berlin, die im Rahmen einer umfangreichen Korpusanalyse ausgewertet wurden.

3 Vgl. Arnold, Sina/König, Jana: Antisemitismus im Kontext von Willkommens- und Ablehnungskultur. Einstellungen Geflüchteter zu Juden, Israel und dem Holocaust, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26, Berlin 2017, S. 303–326, hier S. 305.

4 Vgl. Anti-Defamation League: Germany, ohne Datum, URL: <https://global100.adl.org/country/germany/2019>, [eingesehen am 31.01.2022]; zum Sample siehe URL: Anti-Defamation League: 2019 survey update, ohne Datum, URL: <https://global100.adl.org/about/2019> [eingesehen am 31.01.2022].

5 Vgl. Jikeli, Günther: Muslimischer Antisemitismus in Europa. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Forschung, in: Grimm, Marc/Kahmann, Bodo (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin 2020, S. 113–133, hier: S. 120–125.

nen in Deutschland keine homogene Gruppe. So zeigen andere Erhebungen unter Muslim*innen, dass Antisemitismus bei im Nahen Osten geborenen Personen besonders verbreitet ist, unter in Deutschland und auf dem Balkan Geborenen weniger stark oder sogar niedrig ausgeprägt ist.⁶ Unter türkischstämmigen Muslim*innen ist das antisemitische Ressentiment zudem schwächer als unter arabischstämmigen Anhänger*innen des Islam.⁷

Antisemitische Einstellungen verbleiben nicht immer auf der Ebene des Meinens, sondern können zu antisemitischen Handlungen motivieren. Antisemitische Vorkommnisse lassen sich einer Online-Umfrage unter in Deutschland lebenden Jüd*innen zufolge zu einem hohen Prozentsatz muslimischen Personen zurechnen. Demnach gingen „48 Prozent der versteckten Andeutungen, 62 Prozent der Beleidigungen und 81 Prozent der körperlichen Angriffe“, die sie selbst oder ihr Umfeld erlebten, von Muslim*innen aus.⁸ Laut der vom Bundesinnenministeriums herausgegebenen Statistik zur „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) ließen sich hingegen nur 31 der 2351 bundesweit erfassten antisemitischen Straftaten (1,3 Prozent) auf eine „religiöse Ideologie“ zurückführen, während 2224 Straftaten dem Bereich

„rechts“ zugeordnet wurden (94,6 Prozent).⁹ Beide Erhebungen sind jedoch mit Vorsicht zu rezipieren: Einerseits war die Online-Befragung von Jüd*innen in Deutschland nicht repräsentativ – und auch Eindrücke von Betroffenen können Verzerrungen unterliegen. Die PMK-Statistik erfasst andererseits nur das Hellfeld, also die den Sicherheitsbehörden bekanntgewordenen Straftaten, und bildet somit weder nicht-angezeigte Straftaten noch nicht justiziable antisemitische Handlungen ab; es bleibt zudem unklar, nach welchen Kriterien die Behörden eine Straftat einem bestimmten ideologischen Hintergrund zurechnen. Auch wäre es falsch, sämtliche von Muslim*innen begangenen antisemitischen Straftaten als Ausfluss einer „religiösen Ideologie“ zu verstehen, da sich auch Anhänger*innen des Islam etwa einer rechtsradikalen Ideologie verschreiben können, ohne Bezug auf ihre Religion zu nehmen. Doch bei aller Vorsicht in Bezug auf die Validität der Online-Befragung: Der hohe Anteil an antisemitischen Handlungen, den Jüd*innen Muslim*innen zuschreiben, deutet stark darauf hin, dass das Problem des Antisemitismus unter Muslim*innen jedenfalls kein kleines ist. Um dessen Ursachen zu rekonstruieren, sind sowohl die religiösen Quellen des Islam als auch der Einfluss moderner Ideologien in den Blick zu nehmen.

6 Vgl. Berek, Mathias: Importierter Antisemitismus? Zum Zusammenhang von Migration, Islam und Antisemitismus in Deutschland, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26, Berlin 2017, S. 327–360, hier S. 343.

7 Vgl. Frindte, Wolfgang et al: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Hg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2011, S. 230.

8 Vgl. Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Berlin 2017, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.html?jsessionid=765645D816ADF19BD3B61D2B2C-5C01A82_cid287 [eingesehen am 31.01.2022], S. 109.

Antisemitismus und die Quellen des Islam

Lassen sich antisemitische Einstellungen auf die Quellen des Islam, also auf den Koran und die ursprünglich mündlich überlieferten Hadithe des Propheten Mohammed zurückführen? Tatsächlich zeigt sich ein ambivalentes Bild. Insgesamt spielen Jüd*innen und das Verhältnis zu ihnen

9 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen, 04.05.2021, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [eingesehen am 31.01.2022].

keine herausgehobene Rolle im Koran und der Sunna, einzelne Bezüge sind jedoch nachzuweisen.¹⁰ Einerseits wird in der 44. Sure des Korans die Errettung der „Kinder Israels“ [arab. Banū Isrāʾīl] aus der Knechtschaft in Ägypten erwähnt, die vor anderen Menschen von Gott durch ihr Wissen ausgezeichnet worden seien (Koran 44:32). Es wird sogar erwähnt, dass Gott das „Heilige Land“ Moses und seinem Volk versprochen habe (5:20–21). Andererseits wird Jüd*innen vorgeworfen, ihren Bund mit Gott nicht gehalten zu haben, sein Wort verfälscht zu haben, gar zu ihnen entsandte Propheten getötet zu haben (z. B. 4:155), verräterisch zu sein (z. B. 5:13) und Menschen durch Zinsnahme um ihr Geld zu bringen, obwohl Gott ihnen dies verboten hätte (z. B. 5:160–161).¹¹ Hier tauchen also einige klassische antijüdische Topoi auf, die aus der europäisch-christlichen Geschichte bekannt sind. Die Inhalte ähneln teilweise stark den scharfen Anklagen, die die im Alten Testament enthaltenen Propheten gegen ihr eigenes jüdisches Gemeinwesen ihrer Tage richteten und als frühes Beispiel der Gesellschaftskritik gelten.¹² Jedoch gehen einige eschatologische Hadithe über diese Topoi hinaus und enthalten offenen Juden Hass und die Imagination, in der Endzeit werde sogar ein Teil der belebten wie unbelebten Natur auf Seiten der Muslim*innen in den Kampf gegen Jüd*innen einsteigen. So heißt es in einem von

Muslim ibn al-Ḥaǧǧāǧ¹³ überlieferten, im orthodoxen Islam als authentisch geltenden Hadith: *„Die letzte Stunde wird nicht kommen, bis die Muslime die Juden bekämpfen und sie solange töten, bis sich die Juden hinter einem Stein oder einem Baum verstecken und der Stein oder der Baum sagen wird: O Muslim! O Diener Gottes! Hier hinter mir versteckt sich ein Jude, komm und töte ihn! [...]“*¹⁴

Textstellen wie diese lassen sich mit den hermeneutischen Mitteln des orthodoxen Islam nicht menschenrechtskompatibel auslegen. Hier ist der liberalen muslimischen Theologin Amina Wadud zuzustimmen, dass Muslim*innen „Nein“ zur wörtlichen Bedeutung von Textstellen sagen sollten, wenn diese gegen moderne ethische Grundsätze verstoßen.¹⁵ Dennoch ist festzuhalten, dass die Aussagen der islamischen Quellen zu Jüd*innen stark variieren und sich auch Textstellen für einen respektvollen Umgang mit ihnen anführen lassen. Die antijüdischen Gehalte von Koran und Sunna sind insgesamt nicht stärker ausgeprägt als die der Bibel und standen in der Vormoderne bei der Exegese der religiösen Quellen nicht im Vordergrund. Auch wenn Jüd*innen in vor-modernen islamischen Gesellschaften ebenso wenig gleichberechtigt waren wie Christ*innen, waren pogromhafte Verfolgungen eher selten, einen theologisch aufgeladenen Juden Hass wie im Christentum gab es nicht.¹⁶ Mit Verweis auf die antijüdischen Gehalte der Quellen des Islam lässt

10 Dennoch gibt es zu viele Verse, die sich auf Jüd*innen beziehen bzw. beziehen lassen, als dass hier auf alle Textstellen des Koran eingegangen werden könnte.

11 Vgl. Kiefer, Michael: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002, S. 27–36.

12 So heißt es etwa bei Hosea 4,1–2 in der Übersetzung der Lutherbibel: „Höret, ihr Israeliten, des Herren Wort! [...] [E]s gibt keine Treue, keine Liebe und keine Erkenntnis Gottes im Lande, [2] sondern Fluchen und Lügen, Morden, Stehlen und Ehebrechen haben überhandgenommen, und eine Blutschuld kommt nach der andern.“ Zur jüdischen Prophetie als Sozialkritik siehe bspw. Nurmi, Janne: Die Ethik unter dem Druck des Alltags. Die Impulse der gesellschaftlichen Änderungen und Situationen zu der sozialkritischen Prophetie in Juda im 8. Jh. v. Chr., Åbo 2004.

13 Die Hadith-Sammlung von Muslim ibn al-Ḥaǧǧāǧ (gest. 875), bezeichnet als „Ṣaḥīḥ Muslim“, gilt im sunnitischen Islam als zweitwichtigste Zusammenstellung authentischer Hadithe vom Propheten Mohammed.

14 Ṣaḥīḥ Muslim, Buch 54, Hadith 103, URL: <https://sunnah.com/muslim:2922> [eingesehen am 01.02.2022] (eigene Übersetzung).

15 Vgl. Hamidi, Malika: „Inequality between men and women is contrary to Islam“, in: Qantara.de, 20.07.2021, URL: <https://en.qantara.de/content/amina-wadud-quran-and-woman-revisited-inequality-between-men-and-women-is-contrary-to-islam> [eingesehen am 01.02.2022].

16 Vgl. Kiefer, S. 27–36.

sich die heutige Verbreitung des Antisemitismus unter Muslim*innen somit nicht erklären.

Moderne Quellen des Antisemitismus

Die Ursachen für die starke Verbreitung des Antisemitismus unter Muslim*innen im Nahen Osten sind im Wesentlichen in der Neuzeit zu suchen. Im imperialistischen 19. Jahrhundert, als das schwächelnde Osmanische Reich unter den Einfluss der europäischen Großmächte geriet, kam es zum Transfer antijüdischer Topoi aus Europa in den Nahen Osten. So wurde 1840 im Rahmen der „Damaskusaffäre“ im heutigen Syrien eine jüdische Gemeinde durch einen Mob angegriffen; auch die Behörden verhafteten und folterten Jüd*innen, nachdem zuvor ein Jude von einheimischen Christ*innen und dem dortigen französischen Konsul eines Ritualmords bezichtigt worden war. Damit fand die bis dahin unter Muslim*innen weitgehend unbekannte Legende von jüdischen Ritualmorden im Nahen Osten zunehmend Verbreitung.

Aber erst die Revolution des jungtürkischen „Komitees für Einheit und Fortschritt“ (İTC) 1908 schuf die Voraussetzung für eine starke Verbreitung antisemitischen Gedankenguts. Die Revolution hatte die kurzzeitige Etablierung einer konstitutionellen Herrschaft und die Abhaltung relativ freier, wenn auch indirekter Parlamentswahlen zur Folge; 1909 musste der vormals absolutistisch herrschende Abdülhamid II. zugunsten des politisch weitgehend einflusslosen Mehmed V. abdanken. Die forcierte Türkisierung in Behörden und Schulwesen sorgte für die Entfremdung der arabischen Bevölkerung von der osmanischen Regierung. Die Gegner*innen der Jungtürken, die die Abschaffung der überkommenen Ordnung und die zeitweilige Wiederherstellung einer liberal-parlamentarischen Ordnung ablehnten, waren für die Behauptung empfänglich, hinter den Umwälzungen stehe eine jüdische Verschwö-

rung.¹⁷ Die Herrschaft des İTC wandte sich jedoch binnen kürzester Zeit ins Autoritäre: Die Wahlen 1912 unterlagen bereits erheblichen Manipulationen.¹⁸ Nach der verheerenden Niederlage in den Balkankriegen und dem einhergehenden Verlust fast aller europäischen Gebiete (1912/13) wurde die Macht 1913 mittels eines Staatsstreiches faktisch in den Händen des Triumvirats aus Kriegsminister Ismail Enver, Marineminister Ahmed Cemal und dem dominierenden Innenminister Mehmed Talaat monopolisiert, die das Land an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns in den Ersten Weltkrieg führten und den Genozid an der armenischen und assyrischen Bevölkerung des Osmanischen Reiches verantworteten.¹⁹

Die politische Instabilität des späten Osmanischen Reiches, die die Ausbreitung des Antisemitismus begünstigte, hielt in der Türkei auch nach dem Ersten Weltkrieg, dem Befreiungskrieg (1919–1923) und der Gründung der Republik Türkei, die 1923 an Stelle des stark geschrumpften Osmanischen Reiches trat, an. Beispielhaft lässt sich die Verbreitung antisemitischer Stereotype anhand des einflussreichen Journalisten und Gründers der Zeitung „Serbesti“, Mevlanzade Rifat (1869–1930), nachzeichnen. Rifat, der zunächst als Gegner des absolutistischen Sultans Abdülhamid II. bekannt wurde, stand phasenweise auch in Opposition zum İTC und verbreitete die These, hinter dem Komitee verberge sich eine jüdisch-freimaurerische Verschwörung. Gleichzeitig gilt er auch als früher Vertreter der kurdischen Nationalbewegung. Seine widersprüchliche politische Biografie führt dazu, dass das Interesse an seiner Person in der Türkei heute konträre politische Strömungen eint und seine wiederaufgelegten Schriften nicht nur in konservativen, sondern auch in linken kurdischen Kreisen auf Interesse stoßen – eine kri-

17 Vgl. Ebd., S. 49–57; Kayalı, Hasan: Elections and the Electoral Process in the Ottoman Empire, 1876–1919, in: International Journal of Middle East Studies, Jg. 27 (1995), H. 3, S. 265–286, hier S. 268–271.

18 Vgl. Ebd., S. 273.

19 Vgl. Reinkowski, Maurus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2021, S.74–94.

tische Auseinandersetzung mit seinem Antisemitismus nehmen allerdings weder konservative noch linke Intellektuelle vor.²⁰

In den letzten Jahren ging die Verbreitung antisemitischer Topoi vor allem auf die AKP-Regierung unter Führung von Recep Tayyip Erdoğan zurück, der 2013 seine Macht von der zivilgesellschaftlich getragenen Gezi-Park-Bewegung herausgefordert sah und diese (mit kaum verhülltem Antisemitismus) als Werkzeug einer „Zinslobby“ diffamierte.²¹ Angesichts des Rückhalts, den Erdoğan bei einem Teil türkischstämmigen Community in Deutschland genießt, ist klar, dass er zur Verbreitung des Antisemitismus in der Bundesrepublik beiträgt.²² Dem Historiker Rifat Bali zufolge ist Antisemitismus in der Türkei ein „normalisiertes und traditionelles Phänomen“²³, das von den verschiedensten politischen Gruppen – auch des säkularen Spektrums – verbreitet wird.²⁴ Daher überrascht es auch nicht, dass sich Erdoğan bis heute selbst antisemitischen Beleidigungen seiner Gegner*innen ausgesetzt sieht.²⁵

In vielen arabischen Staaten ist der Antisemitismus im Diskurs noch verbreiteter als in der Türkei. Antisemitische und anti-israelische Topoi sind vielfach untrennbar miteinander verwoben. Angesichts von fehlender Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der gesamten arabischen Welt ist eine Kritik antisemitischer Vorurteile nahezu unmöglich. Historisch trugen bereits in der ersten Hälfte der 1940er Jahre arabischsprachige Rundfunksender aus Deutschland zur Verbreitung antisemitischer Propaganda bei.²⁶ Dennoch dürfte die Rolle der NS-Propaganda für die Herausbildung des arabischen Antisemitismus eher gering gewesen sein, denn erst ab der Staatsgründung Israels 1948 spielten antisemitische Diskurse eine dominante Rolle in der arabischen Öffentlichkeit.²⁷ Zur Popularisierung antisemitischen Denkens im Spektrum des politischen Islam trug maßgeblich Sayyid Quṭb (1906–1966) bei, der wohl prominenteste Denker der ägyptischen Muslimbrüder. Er sah hinter dem Aufkommen materialistischer Anschauungen, deren maßgebliche Vertreter mit Marx, Durkheim und Freud allesamt Juden gewesen seien, eine jüdische Verschwörung, die sich schließlich vor allem der Bekämpfung des Islam als letzte wirklich lebendige Religion der Menschheit zugewandt habe.²⁸ Die primäre Ursache des Niedergangs der islamischen Welt sah er aber nicht in Verschwörungen anti-islamischer Kräfte, sondern in der selbstverschuldeten Abkehr der Muslim*innen vom wahren Islam und ihrem vermeintlichen Rückfall in die heidnische Unwissenheit (Ġāhiliya). Daher spielt der Antisemitismus in Quṭbs Denken eine wichtige, aber keine zentrale Rolle.

20 Vgl. Yetkin, Eren Yildirim: Imperialer Wahn und Untergangsfantasien zum Antisemitismus der konservativ-nationalistischen Szene in der Türkei, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 27, Berlin 2018, S. 204–228, hier S. 204–213 sowie Herzog, Christoph: Beobachtungen zu Verschwörungstheorien in der Türkei, in: Behzadi, Lale et al. (Hrsg.): Bamberger Orientstudien, Bamberg 2014, S. 415–455, hier S. 429 f.

21 Vgl. Yetkin, S. 205.

22 Vgl. Hild, Marvin: Zwischen Schein und Sein. Wie sich niedersächsische DITIB-Funktionäre in sozialen Medien äußern, in: Demokratie-Dialog, H. 9/2021, S. 43–51.

23 Bali, Rifat: Toplu Makaleler – II. Türkiye’de Antisemitizm ve Komplo Kültürü, Istanbul 2013, S. 24 f., zitiert nach Yetkin: Wahn, S. 206.

24 Vgl. Ebd., S. 208.

25 Vgl. O. V: Calling Erdogan a Jew is insulting and damaging to his prestige and honor, his lawyer says, in: Stockholm Center for Freedom, 05.11.2021, URL: <https://stockholmcfr.org/calling-erdogan-a-jew-is-insulting-and-damaging-to-his-prestige-and-honor-his-lawyer-says/> [eingesehen am 03.02.2022].

26 Vgl. Henning, Philipp: Strategischer Hasstransfer in der arabischsprachigen Rundfunkpropaganda NS-Deutschlands, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29, Berlin 2020, S. 231–257.

27 Vgl. Ebd., S. 254–257.

28 Vgl. Carré, Olivier: Mysticism and politics. A critical reading of Fī Zilāl al-Qur’ān by Sayyid Quṭb (1906–1966), Leiden 2003, S. 116 f.

Angesichts der Tatsache, dass die Gruppe syrischstämmiger Muslim*innen mittlerweile nach der türkischstämmigen Community die zweitgrößte Gruppe von Anhänger*innen des Islam in Deutschland stellt, sind die Verhältnisse in Syrien von besonderem Interesse. Das seit 1970 herrschende Assad-Regime, das sich als säkulares Bollwerk gegen den politischen Islam inszeniert, lässt Antisemitismus staatlich fördern. So veröffentlichte Mustafa Tlas, von 1972 bis 2004 Verteidigungsminister Syriens, 1983 das Buch „Faṭīr Šihyūn“ [Brot Zions], in dem er die Ritualmordlegende wiederholt, Jüd*innen würden aus Kinderblut Teig für *Matzen* backen.²⁹ Der arabisch-israelische Konflikt ist ein zentrales Thema in syrischen Schulen, im Unterricht wird ein stereotypes Feindbild Israel vermittelt.³⁰ Somit überrascht es nicht, dass 2016 bei einer qualitativen Erhebung unter syrischen Geflüchteten in Berlin nicht nur die Verbreitung klassischer antijüdischer Klischees (Assoziation von Jüd*innen mit Reichtum, Geiz, Macht, Schläue und Rücksichtslosigkeit) festgestellt wurden, sondern auch häufig eine kategorische Ablehnung Israels. Der jüdische Staat wird dabei bisweilen – antisemitisch aufgeladen – als „künstlicher“ Staat verstanden. Doch laut den Antisemitismusforscherinnen Arnold und König haben die im Krieg gewonnenen Erfahrungen das stereotype Feindbild Israel teilweise abgeschwächt, da Israel humanitäre Hilfe für einige Syrer*innen leistet. Zudem erscheinen nun vielen Syrer*innen die Verbündeten des Assad-Regimes, der Iran und die libanesische Hisbollah, als maßgebliche Feinde der eigenen Bevölkerung.³¹ Das Bild syrischer Geflüchteter von Jüd*innen und Israel ist somit nicht statisch – und es ist gut möglich, dass sich ihre antisemitischen

Ressentiments seit ihrer Ankunft in Deutschland abgeschwächt haben.

Es wäre ohnehin ein Fehlschluss, die Verbreitung antisemitischer Vorurteile unter Muslim*innen in Deutschland ausschließlich als Folge ausländischer Diskurse zu lesen. In hohem Maße dürften sie sich aus den antisemitischen Ressentiments, die in der deutschen Gesellschaft nach wie vor zirkulieren, speisen. Gerade türkischstämmige Muslim*innen der dritten Generation werden primär durch die deutsche Wirklichkeit geprägt, während für viele Syrer*innen, die erst vor wenigen Jahren in der Bundesrepublik angekommen sind, die Sozialisation in der arabischen Diktatur noch nachwirkt.

Fazit

Empirische Erhebungen zeigen, dass Antisemitismus unter Muslim*innen in Deutschland ausgeprägter ist als in der Gesamtbevölkerung. Tatsächlich finden sich antijüdische Inhalte auch in den Quellen des Islam – diese spielen aber quantitativ eine kleine Rolle und führten anders als im mittelalterlichen Europa nicht zur Herausbildung eines ausgeprägten religiösen Hasses auf Jüd*innen. Auch hängt die Verbreitung des Antisemitismus unter Muslim*innen sehr stark von ihrem Geburtsort ab, was dagegenspricht, die Quellen des Islam selbst als primäre Ursache antijüdischer Ressentiments zu verstehen. Es zeigte sich vielmehr, dass der Antisemitismus in der Türkei und der arabischen Welt, insbesondere in Syrien, sowohl in der Strömung des politischen Islam als auch im säkularen Lager verbreitet ist. Daher ist davon auszugehen, dass sich die Diskurse dort auf Muslim*innen in Deutschland auswirken. Auch der arabisch-israelische Konflikt hat die Verbreitung des Antisemitismus zwar begünstigt – er ist aber bei weitem nicht die einzige Ursache für die Herausbildung irrationaler Vorurteile über Jüd*innen. Nennenswerte konkrete Erfahrungen mit Jüd*innen und Israel haben die meisten Muslim*innen nicht gemacht.

29 Vgl. Kiefer, S. 43.

30 Vgl. Sheff, Marcus: Assad's school curriculum: Love for Russia, hate for Jews, 14.07.2018, in: Jerusalem Post, URL: <https://www.jpost.com/opinion/assads-school-curriculum-love-for-russia-hate-for-jews-562509> [eingesehen am 18.02.2022].

31 Vgl. Arnold/König, S. 306–313. In der Studie wurden neben Syrer*innen auch Geflüchtete aus dem Irak und Afghanistan befragt.

Der Begriff des „muslimischen Antisemitismus“ ist abzulehnen, stattdessen sollte vom „Antisemitismus unter Muslim*innen“ respektive vom Antisemitismus innerhalb der türkisch- und arabischstämmigen Communitys gesprochen werden. Diese umfassen natürlich auch Nicht-Muslim*innen. Dies wird der Tatsache gerecht, dass der Antisemitismus dieser Gruppen sich aus den verschiedensten Quellen speist. Dessen Bekämpfung setzt eine kritische Auseinandersetzung mit den Entwicklungen des Nahen Ostens und der Türkei voraus. Einen Beitrag hierzu leisten könnte etwa ein Geschichtsunterricht, der nicht ausschließlich auf Deutschland und Europa fokussiert, sondern ebenso die für die deutsche (Post-)Migrationsgesellschaft wichtige Geschichte Westasiens auch jenseits des arabisch-israelischen Konflikts in den Blick nimmt, um Mythenbildungen vorzubeugen.

Literatur:

Anti-Defamation League: Germany, ohne Datum, URL: <https://global100.adl.org/country/germany/2019>, [eingesehen am 31.01.2022].

Anti-Defamation League: 2019 survey update, ohne Datum, URL: <https://global100.adl.org/about/2019> [eingesehen am 31.01.2022].

Arnold, Sina/König, Jana: Antisemitismus im Kontext von Willkommens- und Ablehnungskultur: Einstellungen Geflüchteter zu Juden, Israel und dem Holocaust, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26, Berlin 2017, S. 303–326.

Berek, Mathias: Importierter Antisemitismus? Zum Zusammenhang von Migration, Islam und Antisemitismus in Deutschland, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 26, Berlin 2017, S. 327–360.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020. Bundesweite Fallzahlen, 04.05.2021, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [eingesehen am 31.01.2022].

Carré, Olivier: Mysticism and politics. A critical reading of Fi Zilâl al-Qur’ân by Sayyid Qutb (1906–1966), Leiden 2003.

Frindte, Wolfgang/Bohnke, Klaus/Kreikenbohm, Henry/Wagner, Wolfgang: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Ein sozial- und medienwissenschaftliches System zur Analyse, Bewertung und Prävention islamistischer Radikalisierungsprozesse junger Menschen in Deutschland, Hg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2011.

Hamidi, Malika: „Inequality between men and women is contrary to Islam“, in: Qantara.de, 20.07.2021, URL: <https://en.qantara.de/content/amina-waduds-quran-and-woman-revisited-inequality-between-men-and-women-is-contrary-to-islam> [eingesehen am 01.02.2022].

Henning, Philipp: Strategischer Hasstransfer in der arabischsprachigen Rundfunkpropaganda NS-Deutschlands, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 29, Berlin 2020, S. 231–257.

Herzog, Christoph: Beobachtungen zu Verschwörungstheorien in der Türkei, in: Behzadi, Lale/Franke, Patrick/Haig, Geoffrey/Herzog, Christoph/Hoffmann, Birgitt/Korn, Lorenz/Talabardon, Susanne (Hrsg.): Bamberger Orientstudien, Bamberg 2014, S. 415–455.

Hild, Marvin: Zwischen Schein und Sein. Wie sich niedersächsische DITIB-Funktionäre in sozialen Medien äußern, in: Demokratie-Dialog, H. 9/2021, S. 43–51.

Jikeli, Günther: Muslimischer Antisemitismus in Europa. Aktuelle Ergebnisse der empirischen Forschung, in: Grimm, Marc/Kahmann, Bodo (Hrsg.): Antisemitismus im 21. Jahrhundert. Virulenz einer alten Feindschaft in Zeiten von Islamismus und Terror, Berlin 2020, S. 113–133.

Johann, Klaus: Gelsenkirchen: Arrest für 20-Jährige wegen Volksverhetzung, 06.01.2022, in: WAZ.de, URL: <https://www.waz.de/staedte/gelsenkirchen/gelsenkirchen-arrest-fuer-20-jaehrige-wegen-volksverhetzung-id234248823.html> [eingesehen am 21.01.2022].

Kayalı, Hasan: Elections and the Electoral Process in the Ottoman Empire, 1876–1919, in: International Journal of Middle East Studies, Jg. 27 (1995), H. 3, S. 265–286.

Kiefer, Michael: Antisemitismus in den islamischen Gesellschaften. Der Palästina-Konflikt und der Transfer eines Feindbildes, Düsseldorf 2002.

Nurmi, Janne: Die Ethik unter dem Druck des Alltags. Die Impulse der gesellschaftlichen Änderungen und Situationen zu der sozialkritischen Prophetie in Juda im 8. Jh. v. Chr., Åbo 2004.

O. V: Calling Erdogan a Jew is insulting and damaging to his prestige and honor, his lawyer says, in: Stockholm Center for Freedom, 05.11.2021, URL: <https://stockholmcf.org/calling-erdogan-a-jew-is-insulting-and-damaging-to-his-prestige-and-honor-his-lawyer-says/> [eingesehen am 03.02.2022].

Reinkowski, Maurus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, München 2021.

Schwarz-Friesel, Monika/Reinharz, Jehuda: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert, Berlin 2013.

Sheff, Marcus: Assad's school curriculum: Love for Russia, hate for Jews, in: Jerusalem Post, 14.07.2018, URL: <https://www.jpost.com/opinion/assads-school-curriculum-love-for-russia-hate-for-jews-562509> [eingesehen am 18.02.2022].

Unabhängiger Expertenkreis Antisemitismus: Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen, Berlin 2017, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/heimat-integration/expertenkreis-antisemitismus/expertenbericht-antisemitismus-in-deutschland.html;jsessionid=765645D816ADF19BD3B61D2B2C5C01A8.2_cid287 [eingesehen am 31.01.2022].

Yetkin, Eren Yildirim: Imperialer Wahn und Untergangsfantasien zum Antisemitismus der konservativ-nationalistischen Szene in der Türkei, in: Schüler-Springorum, Stefanie (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 27, Berlin 2018, S. 204–228.



Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Alamri, Suad und Klevesath,
Lino (2022): „Fundamen-
talismus als Grundübel.
Rezension von Ruud Koop-
mans: Das verfallene Haus
des Islam – Die religiösen
Ursachen von Unfreiheit,
Stagnation und Gewalt.“
In: Demokratie-Dialog 10
(2022) S. 35–42.
doi: 10.17875/gup2022-1942

Fundamentalismus als Grundübel

Rezension von Ruud Koopmans:
Das verfallene Haus des Islam –
Die religiösen Ursachen von
Unfreiheit, Stagnation und Gewalt

Suad Alamri und Lino Klevesath

Die Diagnose, der zufolge die *islamische Welt* in einer Krise steckt, ist nicht neu. Nicht wenige Autor*innen haben sich daran versucht, deren Ursachen zu analysieren. Bernard Lewis legte 2002 kurz nach dem 11. September 2001 sein Buch „What went wrong?“ (deutscher Titel: „Der Untergang des Morgenlandes“) vor, in dem er erklärte, dass für einen Beobachter, der „in Theorie und Praxis westlicher Freiheit geschult“ sei, „viele der Schwierigkeiten der islamischen Welt auf [...] diesen Mangel an Freiheit zurückzuführen“¹ seien, und meinte damit die Freiheit in den Sphären der Forschung, der

Wirtschaft und der Politik. Die Verknüpfung politischer und religiöser Macht sei allerdings schon in der Entstehungszeit des Islam angelegt – Mohammed sei „sein eigener Konstantin“² gewesen. Muslim*innen (und Jüd*innen) sollten erwägen, die ursprünglich christliche Idee der Säkularisierung zu übernehmen, um die klerikale Macht zugunsten der Freiheit einzudämmen.³ Dan Diner verwies in seinem geschichtsphilosophischen Werk „Versiegelte Zeit – Über den Stillstand in der islamischen Welt“ von 2005 darauf, dass der islamisch geprägten Welt über Jahrhunderte die Wirkung des Buchdruckes fehlte, dessen Ausbreitung über Jahrhunderte aus religiösen Gründen verhindert wurde. Nur im Westen habe er seit Beginn

1 Lewis, Bernhard: Der Untergang des Morgenlandes, Bergisch Gladbach 2002, S. 231.

2 Ebd., S. 141.

3 Vgl. Ebd., S. 168.

der Neuzeit das sakrale Wort einerseits ubiquitär verfügbar gemacht, aber andererseits durch dessen persönliche Aneignung die „Individualisierung des Verhältnisses zu Gott“ ermöglicht, „die Kirche mit Vorstellungen von einer beschleunigten Zeit“ ausgesöhnt und so seine Wirkung „als trojanisches Pferd der Moderne“⁴ entfaltet. Vor allem aber fehle in der islamischen Zivilisation die Vorstellung, dass die Geschichte der Welt auf ein „Telos“ zulaufe und Fortschritt möglich sei.⁵ Für Muslim*innen stehe anstelle der Geschichte das Gesetz „im Zentrum allen Trachtens und Handelns“, und dessen „peinliche Einhaltung“ halte die Zeit gewissermaßen auf und verhindere einen Fortschrittsgedanken, da stattdessen stets die Vergangenheit, in der vermeintlich das Gesetz vollständig eingehalten worden sei, als Fixpunkt gemeinschaftlichen Strebens stehe.⁶

Dieser Diskurs ließe sich leicht als westliche Elfenbeinturm-Debatte abtun. Doch auch in islamisch geprägten Ländern selbst wird die Lage der eigenen Gesellschaften oft als krisenhaft empfunden und die Krise lässt sich auch empirisch belegen. So gibt es in der Rangliste der fünfzehn leistungsfähigsten Volkswirtschaften der Welt mit Indonesien (Platz 15) nur ein einziges Land mit mehrheitlich muslimischer Bevölkerung.⁷ Während das Durchschnittseinkommen mehrheitlich muslimischer Länder 1970 66 Prozent des Niveaus betrug, das damals die Staaten mit nicht-muslimischer Mehrheitsbevölkerung erreichten, erreichten islamisch geprägte Staaten 2015 nur noch 47 Prozent des



Abbildung 1: Koopmans, Ruud: Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München 2020. Mit freundlicher Genehmigung des C. H. Beck Verlags.

Niveaus der Vergleichsgruppe.⁸ Im Fragile State Index hingegen, der die politische Instabilität verschiedener Staaten misst, werden die drei ersten Plätze mit Jemen, Somalia und Syrien von muslimisch geprägten Ländern eingenommen.⁹ Das ist kein Ausreißer: 2015 fanden 16 der 30 weltweit geführten bewaffneten Konflikte in mehrheitlich islamisch geprägten Ländern statt (S. 130).

4 Diner, Dan: Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt, Berlin 2005, S. 125.

5 Vgl. Ebd., S. 231.

6 Vgl. Ebd., S. 241.

7 Vgl. Global PEO Services (Hrsg.): Top 15 Countries by GDP in 2022, ohne Datum, URL: <https://globalpeoservices.com/top-15-countries-by-gdp-in-2022/> [eingesehen am 22.02.2022]. Unter den 15 größten Volkswirtschaften findet sich mit Indonesien auf Platz 15 nur ein mehrheitlich muslimisches Land.

8 Vgl. Koopmans, Ruud: Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München 2020, S. 169 f. Die im Fließtext in Klammern stehenden Seitenzahlen beziehen sich im Folgenden durchgängig auf Koopmans' Buch.

9 Vgl. The Fund for Peace (Hrsg.): Fragile State Index 2021 – Global Data, ohne Datum, URL: <https://fragilestate-index.org/global-data/> [eingesehen am 22.02.2022].

Seit 2020 liegt in deutscher Übersetzung Ruud Koopmans' Analyse der Krise der islamischen Welt vor, die sich für ihn in ihrem Demokratiedefizit (Kap. 2), den herrschenden Einschränkungen der Menschenrechte (Kap. 3), der steigenden Zahl an religiös motivierten Kriegen, bewaffneten Konflikten und Terroranschlägen (Kap. 4) sowie der insgesamt stagnierenden Entwicklung ihrer Wirtschaft zeigt (Kap. 5). Aber auch die Probleme bei der Integration muslimischer Einwanderer*innen in westlichen Gesellschaften sind seiner Auffassung nach mit den Problemen der islamischen Welt verknüpft und werden in seine Analyse einbezogen (Kap. 6).

Was ist Fundamentalismus?

Was aber ist laut Koopmans die Ursache dieser Probleme? Der Autor positioniert sich zwischen zwei von ihm skizzierten Extrempositionen, die beide eine „Essenz“ des Islam und seiner Quellen ausmachen. Beide gingen davon aus, dass die Religion entweder inhärent „intolerant und gewalttätig“ und damit für die Krise verantwortlich oder im Gegenteil „tolerant und friedlich“ (S. 228) sei und deshalb mit der gegenwärtigen Krise nichts zu tun habe. Es sei müßig, theologische Debatten zu führen und der Frage nach dem „wahren“ Islam nachzugehen, da die Quellen des Islam – ebenso wie die des Christentums – unterschiedlich interpretierbar seien und historisch gleichermaßen für die Legitimation von „Wohl- und Gräueltaten“ herangezogen worden seien (S. 45). Vielmehr müsse dem „real existierenden Islam“ (S. 45) und dessen Wirkungen nachgegangen werden, also den Interpretationen, die in den letzten Jahrzehnten gesellschaftlich wirkmächtig gewesen seien. Diese Überlegungen führen ihn zu der These, dass der Durchbruch des islamischen Fundamentalismus seit den 1970er Jahren der Hauptgrund für die Rückständigkeit der islamischen Welt sei. Vor allem von den beiden autoritären Regimen Iran und Saudi-Arabien sei – dank ihrer Einnahmen aus den Ölverkäufen – der religiöse Fundamentalismus in den letzten Jahrzehnten unter Muslim*innen weltweit verbreitet

worden (S. 30), wodurch er sich auch in anderen islamischen Ländern zur hegemonialen religiösen Bewegung habe ausbreiten können.

Unklar bleibt jedoch, was genau Koopmans unter Fundamentalismus versteht und wie genau er diese Strömung von anderen Formen der Religion abgrenzt. Allerdings findet sich im Buch durchaus ein Definitionsversuch. So verweist der Autor auf die kanadischen Psychologen Altemeyer und Hunsberger, die den Begriff wie folgt definieren: „By 'fundamentalism' we mean the belief that there is one set of religious teachings that clearly contains the fundamental, basic, intrinsic, essential, inerrant truth about humanity and deity; that this essential truth is fundamentally opposed by forces of evil which must be vigorously fought; that this truth must be followed today according to the fundamental, unchangeable practices of the past; and that those who believe and follow these fundamental teachings have a special relationship with the deity.“¹⁰

Für Koopmans ist klar, dass nicht alle traditionellen Gläubigen fundamentalistisch sind, da Fundamentalist*innen auch bestimmte religiöse Traditionen – wie etwa die unter manchen Muslim*innen verbreitete Heiligenverehrung – ablehnten. „Auch die strikte Einhaltung der [tradierten, Anm. d. Verf.] Regeln einer Religion, zum Beispiel in Bezug auf Bekleidungs- und Ernährungsvorschriften“ sei zunächst eine „Orthodoxie“ und werde „erst dann fundamentalistisch, wenn die eigene Auffassung der Religion als die einzig wahre und zulässige angesehen wird, die anderen auferlegt werden kann“ (S. 34). Doch diese – vermeintliche – Unterscheidung zwischen Orthodoxie und Fundamentalismus überzeugt nicht, da eine Orthodoxie sich gerade dadurch definiert, dass nur ein bestimmter Satz von Lehren als die *einzig wahren*

¹⁰ Altemeyer, Bob/Hunsberger, Bruce: Authoritarianism, religious fundamentalism, quest, and prejudice, in: International Journal for the Psychology of Religion, Jg. 2 (1992), H. 2, S. 113–133, hier S. 118. In der deutschen Fassung von Koopmans Buch wird auch das Zitat in deutscher Übersetzung angeführt (S. 34).

religiösen Auffassungen verstanden werden. Das gilt selbst dann, wenn innerhalb einer orthodoxen Tradition zumindest bei Detailfragen ein gewisser Pluralismus akzeptierter Varianten herrscht, was sich etwa im Nebeneinander der vier kanonischen Rechtsschulen innerhalb des orthodoxen sunnitischen Islam zeigt. Da in der islamischen Geschichte politische und religiöse Macht zumeist eng verschränkt waren, wurden mitunter orthodoxe Interpretationen des Islam auch Menschen auferlegt, die die diesen zugrundeliegenden Überzeugungen nicht teilten. So waren etwa im Osmanischen Reich auch Alevit*innen der hanafitischen sunnitischen Rechtsprechung unterworfen, da sie vom Staat nicht als eigene Religionsgemeinschaft anerkannt wurden. Gleichzeitig waren jüdische und christliche Minderheiten zwar gegenüber der Mehrheit benachteiligt, aber offiziell als Gemeinschaften akzeptiert und konnten in bestimmten Bereichen, etwa Familien- und Erbangelegenheiten, ihren eigenen Gesetzen folgen. Die islamische Orthodoxie konnte somit einerseits gegenüber bestimmten Andersgläubigen Toleranz walten lassen, setzte aber die eigene Auffassung gegenüber Anhänger*innen heterodoxer Strömungen des Islam bzw. aus dem Islam hervorgegangene Glaubensgemeinschaften durch, da sie durch die religiöse Nähe als Bedrohung für die Integrität des sunnitischen Islam wahrgenommen wurden. Die von Koopmans vorgenommene Abgrenzung zwischen Orthodoxie und Fundamentalismus bleibt somit unklar – dies ist eine zentrale konzeptionelle Schwäche des Buches.¹¹

11 Ob der Fundamentalismus-Begriff überhaupt religionsübergreifend analytisch sinnvoll nutzbar gemacht werden kann, um so verschiedene Phänomene wie das evangelikale Christentum und den politischen Islam zu fassen, kann hier nicht angemessen erörtert werden. Allerdings ist festzustellen, dass der Fundamentalismus-Begriff im akademischen Diskurs des letzten Jahrzehnts vergleichsweise selten religionsübergreifend verwendet wird. Dies war anders in den 1990er Jahren, als der Religionswissenschaftler Martin Marty zusammen mit dem Historiker Scott Appleby das von der American Academy of Arts and Sciences finanzierte fünfbändige „Fundamentalism Project“ herausgab. Siehe Marty, Martin E./Appleby, R. Scott: The

An manchen Stellen verwischt die bereits schwache Unterscheidung zusätzlich, da Koopmans mit „Fundamentalismus“ tatsächlich den orthodoxen Islam zu meinen scheint. So fordert er etwa zur Überwindung des Fundamentalismus eine „Reformbewegung“, die „sich ohne Wenn und Aber von der fundamentalistischen Idee distanziert, der Koran enthalte die wortwörtliche Willensäußerung Gottes, die unabhängig von Zeit und Ort zu befolgen ist“ (S. 250). Tatsächlich aber ist die Idee, dass der Koran das seit Anbeginn der Zeiten existierende unveränderliche (und Willensbekundungen enthaltende) Wort Gottes ist, keine neue Idee fundamentalistischer Bewegungen der letzten Jahrzehnte, sondern eine seit dem Mittelalter verankerte Glaubenslehre des sunnitischen Islam, die von der großen Mehrheit von dessen Anhänger*innen geteilt wird. Freilich unterscheidet die islamische Jurisprudenz durchaus zwischen an Zeit und Orte gebundenen Geboten und solchen, die unabhängig vom zeitlichen und lokalen Kontext Gültigkeit beanspruchen können.¹² Koopmans plädiert für die Anerkennung des „Prinzip[s] der Trennung von Religion und Staat“, um eine Distanzierung vom Fundamentalismus zu erreichen. Der Islam dürfe „niemals die Grundlage für ein Rechtssystem bilden, auch nicht in Ländern,

Fundamentalism Project, Chicago 1991–1995. Bernard Lewis kritisierte, dass der Begriff Fundamentalismus sich ursprünglich auf die (global gesehen minoritären) Strömungen des protestantischen Christentums bezog, denen zufolge der Wortlaut der Bibel unmittelbar auf Gott zurückgeht. Damit grenzten sie sich von liberalen Bibelverständnissen ab. Vergleichbare liberale Interpretationen des Korans existierten im Spektrum des Islam nicht, deshalb seien „all Muslims, in their attitude to the text of the Qurʾān, [...] in principle at least fundamentalists“ (Lewis, Bernard: *The Political Language of Islam*, Chicago 1988, S. 117 f. [Kap. 1, Fußnote 3], hier S. 118). Lewis' Auffassung wollen wir uns hier nicht zu eigen machen, doch ist klar, dass das Verständnis des Koran als wortwörtlich von Gott herabgesandter Text keine Minderheitsposition ist, sondern eine von der großen Mehrheit der sunnitischen Muslim*innen akzeptierte Lehre (s. u.).

12 Vgl. El-Wereny, Mahmud: *Normenlehre des Zusammenlebens. Religiöse Normenfindung für Muslime des Westens*, Berlin 2018, S. 139–144.

in denen Muslime die Mehrheit stellen“ (ebd.). Es sei hier festgehalten, dass die Rechtsprechung in der islamischen Welt seit dem Mittelalter an Koran und Sunna, die ursprünglich mündliche Überlieferung vom Propheten Mohammed, rückgebunden war und bis heute zumindest das Familien- und Erbrecht in fast allen mehrheitlich islamischen Ländern (mit Ausnahme vor allem der Türkei) auf diesen Quellen fußt; Gleiches gilt für das staatlich anerkannte Familien- und Erbrecht der muslimischen Minderheiten in Indien und Israel. Wer wie Koopmans die vollständige Säkularisierung des Rechts und der Trennung von Religion und Staat fordert, sollte sich somit im Klaren sein, dass dies einen Bruch mit oder zumindest eine erhebliche Modifikation der orthodoxen Tradition des Islam bedeutet.

An anderen Textstellen wiederum verweist Koopmans mit dem Begriff des Fundamentalismus auf verschiedene Strömungen des politischen Islam, wenn er etwa auf die bis 2013 in Ägypten unter Führung Muḥammad Mursīs amtierende „Regierung der [...] fundamentalistischen Muslimbruderschaft“ (S. 35) Bezug nimmt oder die islamische Revolution im Iran als eines der entscheidenden Ereignisse benennt, die es rechtfertigen, 1979 als „das Jahr des Durchbruchs des islamischen Fundamentalismus“ (S. 23) zu bezeichnen. Diese Strömungen bewegen sich zwar im weiteren Spektrum des orthodoxen Islam, da auch sie die Verbindlichkeit der in Koran und Sunna enthaltenen Normen anerkennen. Sie sind jedoch eindeutig moderne Phänomene, da sie in Auseinandersetzung mit modernen westlichen Ideologien entstanden sind. Sie brachten einerseits neue politische Ideen in Umlauf. Dies gilt etwa für den iranischen Ayatollah Rūḥollāh Ḥomeinī (1902–1989), der das bis dahin im schiitischen Islam unbekannte Konzept der „Welāyat-e Faqih“, der Statthalterschaft der Rechtsgelehrten, formulierte. Mit diesem sicherte sich der schiitische Klerus unter der Führung von Ḥomeinī, der von 1979 bis 1989 iranisches Staatsoberhaupt war, eine Oberaufsicht über die staatliche Gewalt. Andererseits wurde von anderen Vertretern des politischen Islam wie Sayyid Quṭb, dem Vordenker der Muslimbrüder, der Anspruch erhoben, aus dem Islam ein vollständiges poli-

tisches System herauslesen zu können, das eine Alternative zu säkularen Ordnungssystemen wie denen des Liberalismus und des Kommunismus darstelle.

Der orthodoxe Islam und der moderne politische Islam sollten somit unserer Auffassung nach begrifflich klar voneinander getrennt werden. Überhaupt fehlt dem Koopmans'schen Fundamentalismus-Begriff die analytische Schärfe: So versteht Koopmans nicht nur die ehemalige ägyptische Regierung unter Mursī oder die türkische AKP-Regierung unter Recep Tayyip Erdoğan als Vertreter eines sunnitischen Fundamentalismus, sondern ebenso die heute mit den Muslimbrüdern und der Türkei verfeindeten Monarchien Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate (S. 167). Ein so breites Begriffsverständnis wirft mehr Fragen auf, als dass es hilft, die Entwicklungen der islamischen Welt in den letzten Jahrzehnten einzuordnen. Zudem suggeriert der Terminus etwas Statisches und lässt dabei außer Acht, dass sowohl Parteien aus dem Spektrum des politischen Islam als auch die Golfmonarchien zu beachtlichen *policy changes* in der Lage sind: So akzeptierte die tunesische Nahḍa-Partei, die eine ideologische Verwandtschaft zur Muslimbruderschaft aufweist, 2017 in einer Koalitionsregierung eine Änderung des Eherechts, die Musliminnen das Recht zur Eheschließung mit jüdischen und christlichen Männern gab – obwohl der Koran nur muslimischen Männern *expressis verbis* das Recht zur Eheschließung mit Jüdinnen und Christinnen zuspricht.¹³ Und die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain nahmen 2020 im Rahmen der „Abraham Accords“ diplomatische Beziehungen mit Israel auf (freilich nach der Drucklegung von Koopmans' Buch). Dass die Außenpolitik der Golfmonarchien einer rigiden Lektüre islamischer Quellen geschuldet ist, dürften heute wohl weder

13 Vgl. Demiralp, Seda: Lovers win, as love loses: Changes to interfaith marriage law in Tunisia, in: Hürriyet Daily News, 07.12.2017, URL: <https://www.hurriyetaidailynews.com/opinion/seda-demiralp/lovers-win-as-love-loses-changes-to-interfaith-marriage-law-in-tunisia-123698> [eingesehen am 09.02.2022].

deren Gegner*innen noch deren Apologet*innen behaupten.

Der Blick auf die Empirie

Liest man Koopmans Buch in erster Linie als einen Zustandsbericht über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse islamisch geprägter Länder, ist sein Werk jedoch zu loben, da er den gegenwärtigen krisenhaften Zustand muslimisch geprägter Länder materialreich – auch anhand eigener Erhebungen – plausibel belegen kann. So referiert Koopmans etwa die Inhalte der „Freedom in the World“-Berichte der amerikanischen Nicht-regierungsorganisation Freedom House. Demnach breitete sich die Demokratie in den letzten Jahrzehnten global gesehen aus – die Zahl der Diktaturen sank von 62 auf 47, während die Zahl der Demokratien von 43 auf 87 stieg. Unter mehrheitlich muslimischen Ländern seien zu Beginn der 1970er Jahre noch vier Staaten als demokratisch klassifiziert worden, 2018 aber nur noch zwei, obwohl sich im selben Zeitraum die Gesamtzahl unabhängiger mehrheitlich muslimischer Staaten von 36 auf 47 vergrößert habe (S. 62).

Um die Auswirkungen des islamischen Fundamentalismus auf die Demokratie genauer zu betrachten, wählt der Autor das kontrastive Fallbeispiel zweier Inselstaaten im Indischen Ozean (S. 57–59). Er nimmt auf der einen Seite die Malediven in den Blick, deren Staatsreligion der Islam ist. Auf der anderen Seite betrachtet er Mauritius, dessen Bevölkerung mehrheitlich hinduistischen Glaubens ist, das aber auch große christliche und muslimische Minderheiten hat, die gesellschaftlich akzeptiert sind. So stand mit Ameenah Gurib-Fakim 2015–2018 eine Muslimin als Präsidentin an der Spitze des Staates. Beide Länder bieten sich laut Koopmans für einen Vergleich an, da sie eine ähnliche koloniale Vorgeschichte aufweisen – beide Staaten lösten sich 1965 (Malediven) bzw. 1968 (Mauritius) von britischer Herrschaft –, ein ähnlich hohes Bruttosozialprodukt haben und gleichermaßen stark auf den Tourismus angewiesen sind. Doch die politische Entwicklung verlief

sehr unterschiedlich: Während sich auf Mauritius die Demokratie seither gut entwickelte und als stabil gilt, bestand die Demokratie auf den Malediven nur kurz. Stattdessen regierte Maumoon Abdul Gayoom das Inselreich von 1978 bis 2008 autoritär, zudem ist der sunnitische Islam Staatsreligion und die öffentliche Ausübung jeglicher anderer Religionen verboten. Allerdings begründet Koopmans nicht, inwiefern die vollständige Verwehrung der Religionsfreiheit für Nicht-Muslim*innen als Auswirkung des Fundamentalismus verstanden werden kann. Ein Verbot, die jüdische oder christliche Religion zu praktizieren, gehört für gewöhnlich nicht zu den Forderungen von Bewegungen aus dem Spektrum des politischen Islam, und die – begrenzte – Duldung jüdischer und christlicher Minderheiten war trotz einiger Episoden der Verfolgung in vielen Regionen der islamisch geprägten Welt jahrhundertlang bestehende Praxis. Die (vor-)koloniale politische Geschichte, die sich auch auf den heutigen Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auswirken kann, wird von Koopmans kaum in die Analyse einbezogen: So wurde Mauritius erst im Zuge der europäischen Kolonisierung im 17. Jahrhundert besiedelt. Die Malediven hingegen sind bereits seit der Antike bewohnt und wurden im 12. Jahrhundert islamisiert – der Versuch der vormaligen portugiesischen Kolonialmacht im 16. Jahrhundert, das Land zu christianisieren, ist im nationalen Gedächtnis des Inselstaates verankert. Es ist plausibler, die Ursachen für die Restriktionen des Christentums in der maledivischen Geschichte zu suchen als im Fundamentalismus. Auch Koopmans Behauptung, Mali und Indonesien, die von Freedom House in den 2000er Jahren noch als Demokratien geführt wurden, hätten sich „unter dem Einfluss fundamentalistischer Bewegungen [...] in eine autoritäre Richtung bewegt“ (S. 62 f.), ist zumindest unterkomplex. Zwar spielen radikalislamische Akteure in beiden Ländern eine Rolle, die einer demokratischen Entwicklung abträglich ist. Allerdings wurde die malische Demokratie 2012 durch putschende Soldaten außer Kraft gesetzt, die nicht durch den Fundamentalismus motiviert waren, sondern gegen die vermeintlich mangelhafte Bekämpfung eines Aufstandes im Norden des Landes als Begründung

revoltierten. Indonesien hingegen gilt bis heute als elektorale Demokratie. Deren Rechtsstaatlichkeit ist freilich eingeschränkt, aber nicht nur durch von radikalislamischer Seite vorangetriebene Blasphemie-Gesetze, sondern auch durch die endemische Korruption im Land.

In den Folgekapiteln zeigt Koopmans empirisch fundiert auf, dass die Menschenrechte in islamisch geprägten Ländern durchschnittlich stärker eingeschränkt werden als in anderen Teilen der Welt und die bewaffneten Konflikte und Terroranschläge dort in den letzten Jahrzehnten stark zunahm. So fand 2015 – anders als in den 1990er Jahren – die Mehrzahl bewaffneter Konflikte weltweit in islamisch geprägten Ländern statt (S. 130). Doch angesichts seines schwammigen Fundamentalismus-Begriffs, der Vielzahl der berücksichtigen Länder und der Untersuchung sehr unterschiedlicher Entwicklungen gelingt es Koopmans nicht, überzeugend zu belegen, dass der Fundamentalismus die primäre Ursache aller von ihm betrachteten Probleme ist. Plausibler ist es, für diese Entwicklungen ein ganzes Bündel von Ursachen anzunehmen. So dürfte die fehlende demokratische Entwicklung zur Verbreitung von Menschenrechtsverletzungen, politischer Gewalt und ökonomischer Stagnation beitragen – auch Koopmans sieht hier einen Zusammenhang. Noch fragwürdiger ist aber der Versuch Koopmans', seine Analyse auf Aspekte der Migration in Europa und damit auf das Feld seiner eigentlichen Expertise auszuweiten. So will er auch verschiedenste Integrationsdefizite muslimischer Einwanderer*innen im Westen primär auf den Fundamentalismus zurückzuführen. Als ein Beispiel nennt er die mangelnde Inklusion in den Arbeitsmarkt. Die im Mikrozensus 2009 (S. 197) festgestellte sehr niedrige Beschäftigungsquote türkischstämmiger Frauen zwischen 15 und 65 Jahren in Deutschland (38 Prozent), mag tatsächlich zu einem nicht unwesentlichen Teil auf eine konservative Islaminterpretation zurückgehen, die Erwerbsarbeit von Frauen kritisch sieht. Dass diese auch bei türkischstämmigen Männern dieser Altersgruppe niedriger war (sie lag bei 49 Prozent) als bei den Männern anderer Bevölkerungsgruppen (ebd.), dürfte eher mit dem Abbau

von Industriearbeitsplätzen zusammenhängen, für die türkischstämmige Männer einst angeworben wurden, als dass deren fundamentalistische Islam-Interpretationen sie von Bildungserfolgen und der Beteiligung am Arbeitsmarkt abhalten würden.

Auch wenn sich der Autor selbst von undifferenzierten Sichtweisen abgrenzt, die eine Essenz des Islam für alle im Buch behandelten Probleme verantwortlich machen, gelingt es ihm nicht immer, die Distanz zu polemischen Positionen zu wahren. Das gilt vor allem für seine Behauptung, „dass Frauen in den meisten islamischen Staaten einen Status als Bürger zweiter Klasse haben, der in der jüngeren Geschichte nur mit dem der Schwarzen unter dem südafrikanischen Apartheidsregime vergleichbar ist“ (S. 101). Hier fehlt jede Differenzierung zwischen einem Regime wie dem des Iran, das Frauen dem Zwang zum Tragen des Kopftuchs unterwirft, und den Verhältnissen etwa in der Türkei, in der bis heute trotz aller Rechtsstaatsdefizite säkulares Recht herrscht und viele Frauen das Kopftuch aus religiöser Überzeugung tragen, wenn auch die Erwartungen ihres Umfeldes sicher häufiger eine Rolle spielen. Koopmans' Gleichsetzung des Status muslimischer Frauen „in den meisten islamischen Staaten“ mit der gewaltsamen Unterdrückung schwarzer Menschen in Südafrika vor 1994 und sein kaum verklausulierter Wunsch nach Boykotten gegen eine nicht genau eingegrenzte Zahl islamisch geprägter Staaten – wie einst gegen das frühere Regime der Bur*innen – verlassen den Boden rationaler Kritik des Islam. Sie können sogar geeignet sein, Muslim*innenfeindlichkeit Vorschub zu leisten.

Fazit

Zusammengefasst gelingt es dem Autor trotz der Schwächen des Buches, unter Zuhilfenahme verschiedener Studien ein umfassendes Bild über die multiplen Krisen der islamisch geprägten Welt zu schaffen. Dennoch erweist sich sein Werk in mancher Hinsicht als recht eindimensional, da Koopmans von vornherein davon ausgeht, dass es für

alle von ihm untersuchten Defizite *eine* Hauptsache, den islamischen Fundamentalismus, zu finden gilt, weshalb er multifaktorielle Kausalitäten nicht ernsthaft prüft. Vor allem bleibt sein Fundamentalismusbegriff zu undeutlich, sodass offenbleibt, ob es für Koopmans jenseits eines liberalen Islam überhaupt eine nicht-fundamentalistische Variante der muslimischen Religion geben kann. Wer nicht nur einen Überblick über verschiedene vordringliche Probleme islamisch geprägter Länder erhalten will, sondern deren Ursachen vertieft und differenziert nachgehen möchte, sollte sich mit weiteren Untersuchungen zu der Thematik beschäftigen.¹⁴

14 Siehe hierzu etwa Bayat, Asef: Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn, Stanford 2007.

Literatur:

Altemeyer, Bob/Hunsberger, Bruce: Authoritarianism, religious fundamentalism, quest, and prejudice, in: International Journal for the Psychology of Religion, Jg. 2 (1992), H. 2, S. 113–133.

Bayat, Asef: Making Islam Democratic: Social Movements and the Post-Islamist Turn, Stanford 2007.

Demiralp, Seda: Lovers win, as love loses: Changes to interfaith marriage law in Tunisia, in: Hürriyet Daily News, 07.12.2017, URL: <https://www.hurriyetdailynews.com/opinion/seda-demiralp/lovers-win-as-love-loses-changes-to-interfaith-marriage-law-in-tunisia-123698> [eingesehen am 09.02.2022].

Diner, Dan: Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt, Berlin 2005.

El-Wereny, Mahmud: Normenlehre des Zusammenlebens. Religiöse Normenfindung für Muslime des Westens, Berlin 2018.

Global PEO Services (Hrsg.): Top 15 Countries by GDP in 2022, ohne Datum, URL: <https://globalpeoservices.com/top-15-countries-by-gdp-in-2022/> [eingesehen am 22.02.2022].

Koopmans, Ruud: Das verfallene Haus des Islam. Die religiösen Ursachen von Unfreiheit, Stagnation und Gewalt, München 2020.

Lewis, Bernard: Der Untergang des Morgenlandes, Bergisch Gladbach 2002.

Lewis, Bernard: The Political Language of Islam, Chicago 1988.

The Fund for Peace (Hrsg.): Fragile State Index 2021 – Global Data, ohne Datum, URL: <https://fragilestatesindex.org/global-data/> [eingesehen am 22.02.2022].

Marty, Martin E./Appleby, R. Scott: The Fundamentalism Project, Chicago 1991–1995.



Suad Alamri (B. A.), geb. 1991, studiert an der Georg-August-Universität Göttingen Arabistik/Islamwissenschaft im Master. Seit Mai 2020 arbeitet sie im Fachbereich Radikaler Islam des Projekts FoDEX am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Ihre Schwerpunkte liegen in den Bereichen Radikalisierung und Vernetzung sowie Migration und Integration.



Lino Klevesath, M. A., geb. 1982, ist seit 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen am Institut für Demokratieforschung. Sein Arbeitsschwerpunkt ist der Politische Islam.

Rechts- radikalismus

Regner, Helge (2022): „Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmysen – Antisemitismus im Kontext der Pandemie in Niedersachsen“ In: Demokratie-Dialog 10 (2022) S. 44–50.
doi: 10.17875/gup2022-1943

Zwischen Shoahrelativierungen und Verschwörungsmysen

Antisemitismus im Kontext der Pandemie in Niedersachsen

Helge Regner

Die Aufgabe von RIAS ist es, antisemitische Vorfälle zu dokumentieren, wissenschaftlich zu analysieren und zu kategorisieren. Betroffene oder Zeug:innen können sich im Falle eines antisemitischen Vorfalls an die Stelle wenden. Zudem wird – sofern dies von den Betroffenen gewünscht ist – eine Verweiseberatung angeboten. RIAS verfolgt zudem ein sogenanntes Active-Monitoring. Dies bedeutet, dass die Mitarbeiter:innen der Stelle proaktiv Veranstaltungen beobachten, auf denen es zu potenziellen antisemitischen Vorfällen kommen kann, um diese ggf. zu dokumentieren. Die RIAS Niedersachsen wird im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben“ mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) und aus Mitteln des Niedersächsischen Justizministeriums durch das Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte sowie zusätzlich aus Mitteln der Landeshauptstadt Hannover gefördert.

Am 7. September 2021 verbreitete eine Teilnehmerin einer sogenannten *Hygiene-Demonstration* offen den Mythos, es gäbe in Deutschland kein gültiges Wahlrecht und die Bundesrepublik sei eine „nichtregierende kriminelle Okkupationsverwaltung“. Mehr geschrien als gesprochen erklärt die Rednerin, Angela Merkel sei die Geschäftsführerin dieser Institution und zudem Jüdin. Doch nicht nur die amtierende Bundeskanzlerin, auch die potenzielle Nachfolgerin Annalena Baerbock wird von ihr als jüdisch markiert. Im weiteren Verlauf wird die Rednerin noch deutlicher und erklärt den Zuhörenden: „Ihr werdet von Juden und von Freimaurern regiert!“ Anschließend fordert sie zum Boykott der bevorstehenden Wahl auf. Beendet werden diese Ausführungen mit der Behauptung, dass das Corona-Virus erfunden

den sei, um Menschen zu versklaven und „Geld abzuzocken“.¹

Diese Szene steht exemplarisch für verschiedene Narrative innerhalb des verschwörungsideologischen Milieus: Die Leugnung der Pandemie, die das Leben der vergangenen zwei Jahre prägt; die Ablehnung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten; das Phantasma, es handle sich bei der Bundesrepublik um keinen Staat, sondern um ein Unternehmen mit Geschäftsführung sowie letztlich das unmittelbare Gefühl, von einer verborgenen Macht betrogen und manipuliert zu werden. All diese Motive amalgamieren in einer menschenfeindlichen Weltanschauung, nach welcher die Geschehnisse der Welt von einer Gruppe, „den Juden“, kontrolliert werden. Dieser Vorfall wurde der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Niedersachsen mitgeteilt.

Chiffrierung und Codierung von Antisemitismus

So offen wie im oben beschriebenen Beispiel artikuliert sich Antisemitismus im Kontext der Querdenken-Bewegung, in deren Umfeld die Hygiene-Demonstrationen zu verorten sind, nicht immer. Die von RIAS dokumentierten Fälle bedürfen häufig einer Dechiffrierung, um den antisemitischen Gehalt bestimmter Aussagen und Formulierungen offenzulegen. Anders als noch vor hundert Jahren ist es heute zumindest in Deutschland weniger vorstellbar, dass die Parole „Die Juden sind unser Unglück!“² sanktionsfrei geäußert werden könnte.

Nach der Shoah³ und der Weltkriegsniederlage der Nationalsozialisten entstand insbesondere in Deutschland eine Tabuisierung von offenem Antisemitismus. Da die nationalsozialistischen Massenverbrechen gesellschaftlich jedoch verschwiegen und verdrängt, gleichzeitig in Teilen der Bevölkerung die alten Ressentiments im Privaten allerdings weiterhin gepflegt wurden, konnte sich der Antisemitismus trotz des latenten Artikulationsverbots reproduzieren. Antisemitische Narrative, Erzählungen oder auch strukturelle Denkmuster tradierten sich daher und wurden intergenerationell weitergegeben. An die Stelle des offen ausgesprochenen Antisemitismus trat Umwegkommunikation, die mittels Symbolen, wie einem Stern als Markierung, oder Chiffren, wie populären jüdischen Familiennamen à la „Rothschild“, funktioniert.⁴ Verschwörungsmythen, die direkt oder strukturell an antisemitische Erzäh-

fentlicht. Dessen Aufsatz folgte der erste sog. Antisemitismusstreit. Der Begriff wurde später auch von den Nationalsozialisten rezipiert. Vgl. Treitschke, Heinrich von: Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 44 (1879), S. 560–576. Vgl. auch Roos, Daniel: Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923–1945, Paderborn 2014, S.78.

3 Shoah (auch Shoa, Schoah oder Schoa; hebräisch שואה ha'Shoah) bedeutet „die Katastrophe“. Der Begriff wird in der jüdischen Tradition verwendet, um den nationalsozialistischen Völkermord an Jüdinnen und Juden zu bezeichnen. Er grenzt sich vom Begriff des Holocaust ab, der aus dem Altgriechischen stammt und ursprünglich ein vollständig verbranntes Tieropfer bezeichnete. Vgl. Shoah Resource Center. The International School for Holocaust Studies: Holocaust, URL: https://www.yadvashem.org/odot_pdf/microsoft%20word%20-%206419.pdf [eingesehen am 09.02.2022].

4 Einen Überblick über populäre antisemitische Codes und Chiffren im Kontext von Covid-19 gibt die Broschüre „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ von RIAS Bayern. Vgl. RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona, München 2021, S. 18–45, URL: https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwoerungsdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

1 Das Video wurde unter anderem von dem „Recherchenetzwerk gegen Esokram Oldenburg“ auf Twitter hochgeladen. Siehe: Recherchenetzwerk gegen Esokram Oldenburg: Post vom 08.09.2021, in: Twitter.com, URL: <https://twitter.com/OlRnn/status/1435532529059209218?s=19&fbclid=IwAROnkpR-SiekRvOxq4gOvGbli3DTooUbnCjfiN2dpqGhrjGGnl-d7RKKOmAKw>, [eingesehen am 27.01.2022].

2 Die Aussage wurde erstmals 1879 von Heinrich von Treitschke in den „Preußischen Jahrbüchern“ veröf-

lungen anschließen, bieten dabei eine Möglichkeit, alte Ressentiments zu propagieren, ohne mit Sanktionen rechnen zu müssen.

Antisemitische Vorfälle mit Bezug zur Pandemie in Niedersachsen

Antisemitismus ist also ein historisch höchst wandlungsfähiges Phänomen, welches flexibel auf die sich ändernde gesellschaftliche Lage reflektiert und sich in Krisen weiter radikalisieren kann. Daher ist es nicht verwunderlich, dass RIAS Niedersachsen im vergangenen Jahr vermehrt Vorfälle erfasst hat, die im Kontext der Pandemie stehen. Vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 wurden der Stelle insgesamt 26 solcher Vorfälle bekannt. 21 Vorfälle lassen sich dabei dem Post-Shoah-Antisemitismus zurechnen. Sechsmal wurden Stereotype des modernen Antisemitismus erfasst und jeweils in zwei Fällen wurden Motive des antisemitischen Otherings dokumentiert (Mehrfachnennungen sind möglich).⁵ Sechs

der von RIAS Niedersachsen beobachteten Veranstaltungen wurden als antisemitische Vorfälle verzeichnet.

Fälle, in denen Jüdinnen:Juden eine besondere ökonomische und/oder politische Macht zugeschrieben wird, werden von RIAS der Kategorie des „modernen Antisemitismus“ zugerechnet. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich eine rassistische, pseudowissenschaftliche Judenfeindschaft, in welcher das Judentum negativ mit dem neu entstandenen Kapital(ismus) oder direkt mit der Moderne assoziiert wird. Jüdinnen:Juden werden demnach als mächtige gesellschaftliche Einflussgruppe imaginiert, die einen gemeinsamen bösen Plan verfolgt. Diese Chimäre dient fortan als Erklärung und Projektionsfläche für alle als negativ gewerteten gesellschaftlichen Wandlungsprozesse. Antisemitismus fungiert in diesem Sinne als Welterklärungsmodell. Die Kategorie Post-Shoah-Antisemitismus bezieht sich hingegen auf antisemitische Fälle, in denen die Shoah und die nationalsozialistischen Verbrechen thematisiert werden. Nicht nur Verschwörungserzählungen knüpfen an antisemitische Motive an, auch die Gleichsetzungen aktueller staatlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie mit jenen des Nationalsozialismus beinhalten häufig eine Relativierung der Shoah und sind daher antisemitisch.

Die von RIAS Niedersachsen verwendeten Vorkategorien wurden vom britischen Community Security Trust (CST) entwickelt und wurden von RIAS Berlin für den deutschen Kontext angepasst. Der CST erfasst bereits seit den achtziger Jahren antisemitische Vorfälle in Großbritannien. Die Er-

5 „Inhaltlich unterscheidet der Bundesverband RIAS [wie auch RIAS Niedersachsen, Anm. d. Verf.] bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle fünf verschiedene Erscheinungsformen von Antisemitismus. Im antisemitischen Othering werden Jüdinnen_Juden als fremd oder nicht-dazugehörig zur jeweiligen Mehrheitsgesellschaft beschrieben. Das ist beispielsweise der Fall, wenn jüdische oder nicht-jüdische Institutionen oder Personen als ‚Jude‘ beschimpft oder als jüdisch markiert werden. Im anti-judaistischen Antisemitismus werden religiös begründete Stereotype verbreitet, etwa der Vorwurf, Jüdinnen_Juden seien für den Tod Jesu verantwortlich. Wird Jüdinnen_Juden eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben, etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen, so wird dies dem modernen Antisemitismus zugerechnet. Post-Shoah-Antisemitismus bezieht sich auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen, beispielsweise wenn die Erinnerung an die NS-Verbrechen abgelehnt wird oder diese bagatellisiert werden. Israelbezogener Antisemitismus liegt vor, wenn sich antisemitische Aussagen gegen den jüdischen Staat Israel richten, etwa indem diesem die Legitimität abgesprochen wird. In der Praxis lässt sich ein

antisemitischer Vorfall häufig mehreren Erscheinungsformen zuordnen. Aufgrund dieser Mehrfachzuordnungen ist die Anzahl der festgestellten Erscheinungsformen in der Regel höher ist [sic!] als die Zahl der antisemitischen Vorfälle.“ Bundesverband RIAS e.V.: Jahresbericht – Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2020, Berlin 2021, S. 12, URL: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2020.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

fahrung des CST zeigt jedoch, dass erst nach circa fünf Jahren eine regionale Dokumentationsstelle etabliert ist, da erst ab diesem Zeitpunkt das nötige Vertrauen in den jüdischen Communitys aufgebaut und der notwendige Bekanntheitsgrad erreicht ist.⁶ Es ist darum wichtig, hervorzuheben, dass es sich bei den genannten Vorfällen lediglich um jene handelt, die RIAS Niedersachsen bekannt geworden sind. Aufgrund ihres relativ kurzen Bestehens – die RIAS Niedersachsen nahm am 1. Oktober 2020 ihre Arbeit auf – muss von einer erheblich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden.

Shoahrelativierungen und Verschwörungsmythen

Die am häufigsten erfassten Erscheinungsformen von Antisemitismus in Fällen, die einen Bezug zur Corona-Pandemie aufweisen, verorten sich in den Kategorien „Moderner Antisemitismus“ und „Post-Shoah-Antisemitismus“. Die Wirkungsmacht und Funktion dieser antisemitischen Spielarten sollen im Folgenden genauer vorgestellt werden. Die theoretischen Ausführungen werden dabei durch eine Auswahl exemplarischer Vorfälle ergänzt.

Das dichotome Weltbild des modernen Antisemitismus ist strukturell anschlussfähig für Verschwörungsideologien. Für Krisen werden vereinfachende Erklärungen gesucht, die im verschwörungsideologischen Denken häufig nach einem manichäischen Schema funktionieren: Widersprüche werden aufgelöst und die komplexe Realität scheinbar rationalisiert. Aber auch Feindbilder werden mittels Verschwörungsmythen tradiert, indem Probleme personifiziert werden. Krisen somit oftmals auf die ökonomisch orien-

tierte Frage: *Cui Bono?* – Wer profitiert davon? – reduziert. Die „Schuldigen“ können so vermeintlich leicht lokalisiert und als Motive Machtgier und Profitstreben präsentiert werden.

Gemäß eines solchen Denkens wurde auch von Teilnehmenden und in Redebeiträgen auf sogenannten Querdenken-Demonstrationen entweder die Pandemie, die Maßnahmen dagegen oder beides zugleich als globale Verschwörung dargestellt, welche einzig einer bestimmten Gruppe nutze. Dieses Denken wird in dem Begriff der „PLANdemie“, welcher im verschwörungsideologischen Milieu Verbreitung erfuhr, auf den Punkt gebracht. Ein solches Weltbild bietet Anschluss an den alten Topos der Jüdinnen:Juden als mächtige Strippenzieher:innen und heimliche Weltherrscher:innen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass im Verlauf der Kundgebungen und Demonstrationen, die im Kern alle das Virus respektive die Maßnahmen dagegen als geplante Verschwörung betrachteten, auch in Niedersachsen Motive und Aussagen dokumentiert wurden, die an diese antisemitischen Stereotype anknüpften.

Der eingangs geschilderte Vorfall zeigt, wie im antisemitischen Weltbild alle als negativ gewerteten Ereignisse, sei es nun eine globale Seuche oder die anstehende Bundestagswahl, mit einer „jüdischen Verschwörung“ erklärt werden. In den Ausführungen wird das Thema der Pandemie in Verbindung mit einer als falsch empfundenen Politik gebracht und in einen antisemitischen Deutungsrahmen gestellt: Die angeblich Verantwortlichen für diese Ereignisse müssen gemäß des antisemitischen Weltbildes von Jüdinnen:Juden kontrolliert werden oder selbst jüdisch sein.

Auch im digitalen Raum beobachtete RIAS antisemitische Vorfälle: So wurde auf Facebook einer Celler Jüdin im September gezielt ein antisemitisches Bild gesendet. Auf diesem wurden die Firmenvorstände von Unternehmen, die Impfstoffe herstellen, als Erkennungscode mit einem sogenannten Judenstern markiert. Als die Frau sich über die ungefragte Zusendung des Bildes empörte, wurde ihr mitgeteilt, dass das Bild bewei-

6 Vgl. Bundesverband RIAS e.V.: Bericht dokumentierter antisemitischer Vorfälle 2019, Berlin 2020, S. 7, https://report-antisemitism.de/documents/2020-05-06_rias-ev-Bericht_dokumentierter_antisemitischer_Vorfaelle_2019.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

se, dass Hitler schon damals von dem „Plan von heute“ gewusst habe.

In einem weiteren Fall im November aus Oldenburg wies eine Jüdin eine Person in ihrer Kontaktliste darauf hin, dass sich in ihrer Whatsapp-Story ein Bild befindet, welches Viren mit Karikaturen zeigt, die in antisemitischer Tradition gezeichnet wurden. Nach der versuchten Intervention wurde die meldende Person direkt antisemitisch beschimpft. So wurde ihr wörtlich gesagt, dass es in der Welt nicht immer nur um ihre „Nationalität“ gehe, und mit einer Strafanzeige gedroht.

Die Inhalte der zwei Vorfälle variieren dabei nur oberflächlich. Jüdinnen:Juden werden entmenslicht und direkt als Verantwortliche für eine tödliche Krankheit dargestellt oder indirekt beschuldigt, indem postuliert wird, Jüdinnen:Juden würden aus der Pandemie Profit schlagen. Auch wenn, wie im ersten Beispiel, nur Einzelne vermeintlich jüdische Firmenvorstände angegriffen werden, adressieren die verbalen Attacken alle Jüdinnen:Juden. Aus Sicht der Antisemit:innen existieren Jüdinnen:Juden ausschließlich als homogenes Kollektiv. Dies gilt auch, wenn die jüdische Identität der betreffenden Person nur in den Köpfen der Adressierenden besteht.

Der relativierende Zusammenhang zwischen Post-Shoah-Antisemitismus und Pandemie wird etwa verdeutlicht durch die Verwendung des sogenannten Judensterns mit Zusätzen wie „ungeimpft“. Ebenfalls in sozialen Netzwerken geteilt oder auf der Straße verbreitet werden Bilder mit Eingangstoren von Konzentrationslagern, auf denen der bekannte Schriftzug „Arbeit macht frei“ in „Impfung/Impfen macht frei“ geändert wurde. Beide Motive dienen dazu, gegen einen angeblich drohenden Impfwang oder die G-Regelungen zu protestieren. Solche Motive sind wiederholt in Niedersachsen an Kleidungsstücken, als Sticker oder Graffiti in mehreren Städten entdeckt worden.⁷

7 Rias Niedersachsen wurden etwa folgende Vorfälle gemeldet: 15.03.21 Oldenburg, mehrere „Impfung

Auch in Redebeiträgen tauchen ähnliche, die Shoah relativierende Motive auf. So verglich ein Redner am 4. September 2021 auf einer Hannoveraner Demonstration die vor kurzem eingeführten 3G-Regeln mit der systematischen Diskriminierung und Ausgrenzung von Jüdinnen:Juden im nationalsozialistischen Deutschland, die der Vernichtung vorhergingen. Er verkündete, früher seien es Jüdinnen:Juden gewesen, denen der Zutritt verwehrt worden sei, heute seien es die Ungeimpften.

Durch diese Aussagen und Symbole werden die Schrecken der Shoah instrumentalisiert, um die eigene Position durch eine plakative Selbstviktimsierung unangreifbar zu machen. Die offen zur Schau gestellte Identifikation mit den Opfern des Nationalsozialismus ist jedoch mehr als bloße politische Strategie oder bewusste Provokation: Die Shoah wird auch heute von einem signifikanten Teil der deutschen Bevölkerung als störend für den positiven Bezug auf das nationale Kollektiv oder die eigene Familienhistorie empfunden. Die Erinnerung an sie wird darum abgelehnt oder das Geschehene zu rechtfertigen versucht.⁸ Eine Form dieser Erinnerungsabwehr kann aber auch die Relativierung durch Gleichsetzungen sein, in der die Shoah nicht mehr als das Massenverbrechen eingeordnet wird, das sie war.

macht frei“-Sticker; 23.03.21 Oldenburg, Graffiti „Impfen macht frei“; 01.04.21 Braunschweig, „Judenstern-nicht geimpft“-Anhänger; 08.05.21 Hannover „Judenstern-ungeimpft“-Sticker; 10.05.21 Hannover, „Judenstern-ungeimpft“-Sticker; 17.12.21 Hannover, „Impfen macht frei“-Sticker; 21.12.21 Bruchhausen-Vilsen, mehrere „Judenstern-ungeimpft“-Sticker.

8 Laut einer 2019 vom World Jewish Congress veröffentlichten Studie sind 41 Prozent der Deutschen der Meinung Jüdinnen:Juden sprechen zu oft über die Shoah. Vgl. World Jewish Congress (WJC): Germany Anti-semitism Assessment Study General Population Survey, 2019, URL: https://jedervierte.com/wp-content/uploads/2021/01/WJC-Germany-Antisemitism-Assessment-Survey_Topline-Results_General-Population2.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

Die Identifikation mit den Opfern der deutschen Nationalsozialisten zeugt vom Drang der Querdenker:innen, sich von der bewusst oder unbewusst empfundenen Schuld an jenen Verbrechen zu lösen, die im Namen Deutschlands mitunter auch von den eigenen Verwandten begangen wurden. Da es sich bei dem Großteil der Teilnehmenden um Angehörige der deutschen Mehrheitsgesellschaft, also um Nachfahren derer handelt, die an der Shoah als indirekte oder direkte Täter:innen partizipierten, stellt die Identifikation mit den Verfolgten und Ermordeten eine Täter-Opfer-Umkehr dar. Diese Umkehr wird dadurch verstärkt, dass die an der derzeitigen Lage für schuldig Befundenen als jüdisch gedeutet werden. Die tatsächlich geschehene systematische Entrechtung und Vernichtung von Jüdinnen:Juden im Nationalsozialismus wird damit jedoch verharmlost, da diese Gleichsetzung im Umkehrschluss bedeutet, dass die Verbrechen im Nationalsozialismus auch nicht schlimmer gewesen seien als die heutigen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung.

Durch die Popularität des Antisemitismus im Kontext von Covid-19 verschärft sich der alltagsprägende Moment des Phänomens für jene, gegen die er sich richtet erneut.

Fazit

Die von RIAS erfassten Fälle zeigen, dass Antisemitismus, der sich im Kontext der Pandemie artikuliert, sich auf der Ebene von Redebeiträgen und der Verbreitung von Symbolen abspielt, jedoch auch direkt Jüdinnen:Juden trifft. Unwidersprochener Antisemitismus auf den Demonstrationen kann zu einer Zunahme konkreter antisemitischer Attacken führen. Durch die Verschiebung der „Grenzen des Sagbaren“ sinkt auch die Hemmschwelle zur Tat. Die teilweise verschleierte und abstrakte Form des Antisemitismus sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gewalt immer wieder zum Ursprungsobjekt des antisemitischen Hasses, also Jüdinnen:Juden, zurückkehren kann. Antisemitismus ist immer eine Erfahrung von Gewalt, die den Alltag von Jüdinnen:Juden prägt.⁹

„[Antisemitismus] ist für Jüdinnen und Juden vor allem eine alltagsprägende Erfahrung. Antisemitismus begegnet ihnen in sozialen Interaktionen aller Art, sie müssen ihren Alltag daran ausrichten. Jüdinnen und Juden sind täglich gezwungen, das individuelle Verhältnis zwischen ihren vielfältigen jüdischen Identitäten und der Konfrontation mit antisemitischen Artikulationen abzustimmen. Das betrifft Fragen der Sichtbarkeit und Sicherheit, der Konfrontation und der Vermeidung.“ Poensgen, Daniel/Steinitz, Benjamin: Alltagsprägende Erfahrungen sichtbar machen. Antisemitismus-Monitoring in Deutschland und der Aufbau des Meldenetzwerkes RIAS, in: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hrsg.): Das neue Unbehagen – Antisemitismus in Deutschland heute, Hildesheim 2019, S. 173–197, hier S. 188.

⁹ So stellten Poensgen und Steinitz in einem Text, der aus der Zeit vor der Pandemie stammt, bereits fest:

Literatur:

Bundesverband RIAS e. V.: Bericht dokumentierter antisemitischer Vorfälle 2019, Berlin 2020, URL: https://report-antisemitism.de/documents/2020-05-06_rias-ev-Bericht_dokumentierter_antisemitischer_Vorfaelle_2019.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

Bundesverband RIAS e. V.: Jahresbericht – Antisemitische Vorfälle in Deutschland 2020, Berlin 2021, URL: https://report-antisemitism.de/documents/Antisemitische_Vorfaelle_in_Deutschland_Jahresbericht_RIAS_Bund_2020.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

Poensgen, Daniel/Steinitz, Benjamin: Alltagsprägende Erfahrungen sichtbar machen. Antisemitismus-Monitoring in Deutschland und der Aufbau des Meldenetzwerkes RIAS, in: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hrsg.): Das neue Unbehagen – Antisemitismus in Deutschland heute, Hildesheim 2019, S. 173–197.

Recherchenetzwerk gegen Esokram Oldenburg: Post vom 08.09.2021, in: Twitter.com, URL:

<https://twitter.com/OlRnn/status/1435532529059209218?s=19&fbclid=IwAROnkpRSiekR-vOxq4gOvGbli3DT0OubNcjfIN2dpqGhrjGGnld7RKKOmAKw> [eingesehen am 27.01.2022].

RIAS Bayern: „Das muss man auch mal ganz klar benennen dürfen“ – Verschwörungsdenken und Antisemitismus im Kontext von Corona, München 2021, URL: https://report-antisemitism.de/documents/RIAS_Bayern_Monitoring_Verschwörungsdenken_und_Antisemitismus_im_Kontext_von_Corona.pdf [eingesehen am 07.03.2022].

Roos, Daniel: Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923–1945, Paderborn 2014.

Shoah Resource Center. The International School for Holocaust Studies: Holocaust, URL: https://www.yadvashem.org/odot_pdf/microsoft%20word%20-%206419.pdf [eingesehen am 09.02.2022].

Treitschke, Heinrich von: Unsere Aussichten, in: Preußische Jahrbücher, Bd. 44 (1879), S. 560–576.

World Jewish Congress (WJC): Germany Anti-semitism Assessment Study General Population Survey, 2019, URL: https://jedervierte.com/wp-content/uploads/2021/01/WJC-Germany-Antisemitism-Assessment-Survey_Topline-Results_General-Population2.pdf [eingesehen am 07.03.2022].



Helge Regner ist seit 2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Niedersachsen. Er ist zudem Lehrbeauftragter der Hochschule Hannover und in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig.

Finkbeiner, Florian (2022):
„Corona-Proteste,
Verschwörungsmythen
und Antisemitismus“
In: Demokratie-Dialog 10
(2022) S. 51–59.
doi: 10.17875/gup2022-1944

Corona-Proteste, Verschwörungs- mythen und Antisemitismus

Florian Finkbeiner

Auch zu Beginn des Jahres 2022 nimmt die Zahl der Corona-Proteste nicht ab. Doch: Wer protestiert in ost- wie westdeutschen Städten und was braut sich da am rechten Rand derzeit zusammen? Und ist es überhaupt allein die radikale Rechte, die gegen die Corona-Politik aufbegehrt? Dazu gibt es unterschiedliche Einordnungen: Von manchen werden die Corona-Proteste als relativ kleine, lokal geprägte Protestformationen beschrieben, die durch altbekannte rechtsradikale Akteure mobilisiert werden.¹ Für andere gelten die

Proteste und die weit gefasste Szene der Impfgegner inzwischen als eine in der Geschichte der Bundesrepublik bisher unbekannte rechtsradikale „Massenbewegung“², wie es der Publizist Micha Brumlik ausgedrückt hat. Für beide Einordnungen gibt es gute Argumente: Die erste bezieht sich vor allem auf die Proteste in Ostdeutschland und hat den Protesttourismus der immer gleichen rechtsradikalen Kader von „Spaziergang“ zu „Spaziergang“ vor Augen. Die zweite blickt übergeordnet auf die Protestdynamiken und das Mobilisierungsspektrum, das sich auch im Jahr 2022 – in

1 Siehe beispielsweise Sundermeyer, Olaf: Das Ende der „Querdenker“, wie wir sie kennen, in: rbb, 25.05.2021, URL: <https://www.rbb24.de/politik/thema/corona/>

2 Brumlik, Micha: Virus gegen Geschichtsbewusstsein, in: taz, 17.12.2021, URL: <https://taz.de/Analyse-der-Corona-proteste/!5822361/> [eingesehen am 28.02.2022].

<beitraege/2021/05/analyse-querdenker-bewegung-demonstrationen-berlin-pfingsten.html> [eingesehen am 16.02.2022].

Ost wie West – immer noch gemein macht mit Rechtsradikalen.

Im vorliegenden Beitrag werden die Corona-Proteste systematisch analysiert. Dazu werden die derzeit verfügbaren Forschungsdaten zusammengetragen und strukturiert. Im Anschluss werden die aktuell debattierten politischen Motivlagen der Corona-Protestierenden diskutiert.

Es scheint dabei, dass die Protestierenden aus ganz verschiedenen politischen Richtungen kommen, aber vor allem über den Antisemitismus zusammenfinden. Antisemitische Stereotype waren sowohl zur anfänglichen Protestmobilisierung als auch zur weiteren Radikalisierung, also zur demonstrativen Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, immanenter Bestandteil der Proteste und spielen eine elementare Rolle zur Vernetzung der verschiedenen Szenen. Es spricht viel dafür, dass sich innerhalb der Corona- und Impfgegner-Szene eine libertäre Gesinnungsgemeinschaft von rechts herausgebildet hat, die sich im Laufe der weiteren Protestwellen immer weiter verfestigen und radikalieren wird.

Corona-Proteste

Die Corona-Protestbewegung ist ein diverses Phänomen. Auf der einen Seite erprobt sie neue Formate, indem sie beispielsweise regelmäßige kleinteilige Proteste zu Ritualen verfestigt, die sich unter dem Deckmantel vermeintlich loser „Spaziergänge“ bilden. Auf der anderen Seite bedienen sich die Corona-Proteste eines eher konventionellen Protestrepertoires, welches oftmals ein spezifisches Lokalkolorit offenbart: So wurden beispielsweise Kundgebungen und Demonstrationen im baden-württembergischen Konstanz mit gemeinsamen Meditationen beendet³ – was auf die landesspezifische tiefe Prägung durch Anth-

roposophie und Esoterik, aber auch pietistische Gemeinschaftsvorstellungen schließen lässt. Ein solches Format wäre im sächsischen Bautzen wohl kaum vorstellbar.

Die Corona-Protestbewegung besteht aus verschiedenen einzelnen Gruppierungen: In Niedersachsen werden die Proteste maßgeblich von den „Freien Niedersachsen“ getragen, einer Gruppe, die sich im Dezember 2021 über *Telegram* gebildet hat und seither die verschiedenen Aktionen orchestriert. Beobachter sprechen von einer „Regionalisierung der Proteste“⁴, da viele kleine Kundgebungen und Spaziergänge mit überschaubaren Teilnehmendenzahlen organisiert werden, um allein durch die quantitative Anzahl eine Mobilisierungswelle vorzutäuschen. Denn anders als bei den „Freien Sachsen“, dem direkten Vorbild der „Freien Niedersachsen“, finden die Spaziergänge in Niedersachsen aktuell zumeist nur wenig Anklang, können keine Massenbasis aufbauen und bilden keine gefestigten organisatorischen Strukturen aus.

Neu an der Corona-Protestbewegung ist die Protestmobilisierung: Denn die Proteste werden dezentral über soziale Medien und ganz verschiedene Plattformen organisiert. Das Bundesamt für Verfassungsschutz überblickt allein rund 600 *Telegram*-Kanäle.⁵ Der Messenger-Dienst fungiert als zentrale Radikalisierungsmaschine. Wie neuere Forschungen zum Vernetzungscharakter über digitale Plattformen zeigen, sorgen besonders *Telegram*-Kanäle für eine Spiralwirkung, indem sie bereits bestehende Dispositionen verstärken

aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M. 2021, S. 7–26, hier S. 14.

3 Vgl. Holzer, Boris et al.: Einleitung. Protest in der Pandemie, in: Reichardt, Sven (Hrsg.): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona-Proteste

4 Trammer, Michael: Als Spaziergang getarnt, in: taz, 20.12.2021, URL: <https://taz.de/Rechtsextreme-Demos-in-Niedersachsen/!5820822/> [eingesehen am 28.02.2022].

5 Vgl. Fuchs, Christian et al.: Übel und gefährlich, in: Die Zeit, 22.12.2021, S. 4.

und je nach Ausrichtung und Dynamik der Kanäle entsprechend beeinflussen.⁶

Die soziale Zusammensetzung der Protestierenden ist heterogen; sie kommen aus unterschiedlichen politischen Richtungen. Sie entstammen anthroposophisch-esoterischen Zirkeln, lebensreformerischen und grün-alternativen Gruppen, aus dem Spektrum der radikalen Rechten, aus christlich-fundamentalistischen Kreisen bzw. pietistisch-evangelikalen Milieus. Teile davon formierten sich als regionale Gruppierungen bereits gegen urban-industrielle Großprojekte und atomare Aufrüstung und sind, wie der Politikwissenschaftler Claus Leggewie betont, nicht zuletzt Mutanten der DDR-Bürgerbewegung, die sich ebenfalls Montagsdemonstrationen bediente, auf die schon die Pegida-Aufmärsche Bezug nahmen.⁷

Die genaue Zusammensetzung der Protestierenden hängt von politisch-kulturellen Faktoren je nach Region ab: Im Osten sticht vor allem das Spektrum der radikalen Rechten hervor, das von Pegida und Neonazi-Kadern bis zur rechtsradikalen Kleinstpartei „Freie Sachsen“ die Proteste trägt und prägt. Im Südwesten zeigt sich viel stärker eine Art Querschnitt der Bevölkerung: Wie Studien herausstellen, sind die regionalen Proteste vor allem in Baden-Württemberg weitgehend geprägt durch ein links-grünes Bürgertum und esoterische Milieus.⁸ Im Nordwesten finden sich überwiegend Akteure aus dem rechten Lager zusammen. Soweit dies aktuell beurteilt werden

kann, gibt es hier kaum übergeordnete Proteststrukturen.

Auch die Protestmotive sind relativ heterogen, sodass eine Einordnung auf einer Rechts-Links-Achse kaum möglich ist. Zudem würde eine solche eindimensionale Verortung vor allem lokale Spezifika nicht nur übersehen, sondern diese auch politisch durch den Akt der Etikettierung beeinflussen. Dieser Problematik entsprechend haben die Sicherheitsbehörden eine neue Beobachtungskategorie eingeführt: „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“. Was eint aber Corona-Leugner, grün-alternative Esoteriker und Rechtsradikale? Woran liegt es, dass die politisch-kulturell bedingte Distanz zwischen den verschiedenen Spektren auf Demonstrationszügen aufgehoben wird? Überspitzt: Warum haben idealtypische Grünen-Anhänger kein Problem damit, zusammen mit Reichs- und QAnon-Fahnenträgern zu marschieren, wenn es um den Widerstand gegen die Corona-Politik geht? Die Corona-Protestierenden teilen kein gemeinsames politisches Programm. Sie finden durch eine zweifache Negation zusammen: Zum einen lehnen sie große Teile der Infektionsschutzpolitik ab. Zum anderen misstrauen sie – spektrenübergreifend – dem Staat und den politisch Handelnden. Wie das Forschungsteam um Sven Reichardt betont, bilden diese Punkte die elementaren Grundvoraussetzungen der Corona-Kritiker.⁹

Libertäre Gesinnungsgemeinschaft von rechts

Die Bedeutung der Corona-Proteste liegt vor allem in ihrer Funktion als neuartiger Sammlungsbewegung. Innerhalb der Protestströmung sammeln sich verschiedene politische Spektren und Milieus, die zuvor entweder noch nicht politisiert waren oder die zuvor überhaupt nicht zusammengefunden hätten. Erst durch den Akt des Corona-Protestes, vereinen sich die Menschen und bekennen sich zueinander. Denn schließlich

6 Vgl. Ng, Hui Xian Lynnette/Loke, Jia Yuan: Analysing public opinion and misinformation in a COVID-19 Telegram group chat, in: IEEE Internet Computing, Jg. 25 (2021), H. 2, DOI: 10.1109/MIC.2020.3040516.

7 Vgl. Leggewie, Claus: Das banale Nichts, in: FAZ, 18.12.2021, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-politische-nihilismus-der-querdenker-bewegung-17689657.html> [eingesehen am 28.02.2022].

8 Vgl. Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver: Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Basel 2021, S. 62.

9 Vgl. Holzer: Einleitung. Protest in der Pandemie, S. 18.



Abbildung. 1: Corona-Protest in München am 28.11.2021 © picture alliance/Sachelle Babbar

verlangt dieser Bekenntnisakt, wahrscheinlich mehr noch als bei früheren Demonstrationen, zugleich eine offene Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft. Dies wiederum hat auch einen Effekt nach innen. Denn dadurch verstärken sich die Bindungen innerhalb der Protestbewegungen und die Gesinnungen schärfen sich. Gesinnungen sind, wie der Philosoph Andreas Dorschel treffend bemerkt, nicht einfach nur Überzeugungen. Sie sind vielmehr ein Bekenntnisakt und eine „Sache des Entschlusses“¹⁰. Und wenn sich Menschen mit ähnlichen Gesinnungen als *Gleichgesinnte* zusammenfinden, prägen sie sich nicht nur wechselseitig, sondern schärfen ihre Gesinnungen, sodass sich stabile Bindungen aufbauen.“ Aus diesem Grund kann die neue Gemeinschaft, die sich der-

zeit in der Protestbewegung bildet, auch als *Gesinnungsgemeinschaft* bezeichnet werden.

Kennzeichnend für diese neue Gesinnungsgemeinschaft ist nicht nur die gemeinsame affektive gegenkulturelle Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, sondern auch der hohe Grad an Gruppenidentifikation. Innerhalb der Gemeinschaft gibt es kaum konkret-politische Auseinandersetzungen, sondern es reicht der Gesinnungs- und Bekenntnisakt. Dieser funktioniert oftmals über abstrakte Schablonen, wogegen bzw. wofür man ganz allgemein sei. Wer sich beispielsweise offen als „ungeimpft“ und „unbeugsam“ bekennt, kann sich zugleich auch als „Demokrat“ und „Friedensdenker“ inszenieren und damit Teil der Ikonografie einer ganzen Protestbewegung werden (siehe Bild 1). Die Pose des Corona-Protestierenden zeigt nicht nur den politischen Bekenntnisakt an sich, sondern verrät darüber hinaus den Stolz des inszenierten Widerstandskämpfers. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb ein Bekenntnisakt zur Gemeinschaft zum politischen Akt an sich wird.

10 Dorschel, Andreas: Gesinnung, in: Merkur, Jg. 76 (2022), H. 872, S. 83–87, hier S. 84.

11 Die „Wissensparallelwelten“ (Sven Reichardt) sorgen zusätzlich für eine Selbstidentifikation als Eingeweihte, was die Bindungen untereinander abermals stärkt.

Auffallend an diesem Bekenntnisakt ist darüber hinaus die Begriffspiraterie. Es werden Begriffe gekapert und zu Floskeln und Schlagwörtern entwertet, die als Signale zur Identifikation mit dieser Gemeinschaft ausreichen. Dies indizierte von Beginn an der Begriff des „Querdenkens“, der in Vor-Corona-Zeiten noch gänzlich anders konnotiert war. Es zeigt sich aber auch bei der vermeintlichen Freiheitsempphase der selbsternannten Hüter des Grundgesetzes, die letztlich nur ein autoritäres Aufbegehren rechtfertigen soll, wie man an der Widerstandsrhetorik gegen die vermeintliche „Corona-Diktatur“ erkennt. Die Corona-Protestierenden wähen sich als Opfer und inszenieren sich als Märtyrer – ohne diese inszenierte Opferrolle wäre die Pose des Widerstandskämpfers kaum denkbar. Letztlich eint diese Gesinnungsgemeinschaft inzwischen ein Misstrauen gegen staatliches Eingreifen in individuelle Freiheiten, wenn nicht sogar ein Grundmisstrauen gegen staatliche Ordnung und übergeordnete Strukturen, weshalb man sie auch als libertäre Gesinnungsgemeinschaft von rechts bezeichnen kann.¹²

Antisemitismus und Verschwörungsmythen

Antisemitismus äußert sich in vielfältigen Formen und findet flexible Ausprägungen. Auch bei den Corona-Protesten spielt er eine zentrale Rolle und zeigt sich immer „offener, unverhohlener und ungehemmter“¹³, war aber von Beginn an elementar als die alles verbindende ideologische Klammer.¹⁴ Wie alle Krisen löst auch die Corona-Krise unzählige Unwägbarkeiten aus, die gesellschaftlich rationalisiert werden müssen: Es muss nach

einer Erklärung für das bisher Unerklärliche gesucht werden. Das Virus ist eine abstrakte und unsichtbare Bedrohung – eine hochkomplexe Problemlage mit unklaren Lösungswegen – und verlangt eine enorme dauerhafte und fast schon tagesaktuelle (Neu-)Reflexion. Allein diese Komplexität und stete Widersprüchlichkeit machen einen nicht geringen Teil der Gesellschaft potenziell empfänglich für Verschwörungsmythen, versprechen diese doch eine relativ einfache Antwort auf komplexe Fragen. Verschwörungsmythen wiederum sind strukturell antisemitisch¹⁵, bzw. sie haben zumeist eine direkte oder indirekte antisemitische Konnotation. Wie repräsentative Untersuchungen zeigen, hat der Anteil an Menschen, die an Verschwörungsmythen glauben, im Zuge der Corona-Krise *nicht* zugenommen. Konstant hat knapp ein Viertel der Bevölkerung gewisse bis starke Dispositionen zu Verschwörungsmythen.¹⁶ Die Corona-Krise verstärkt also die bereits bestehenden Affinitäten innerhalb eines gewissen Teils der Gesellschaft, führt aber nicht zwangsläufig zu einer gesellschaftlichen Verbreitung.

Die Corona-Krise führt offenbar zunächst einmal dazu, dass sich diejenigen zusammenfinden, die zwar aus unterschiedlichen politischen Richtungen kommen, aber zumindest affin sind für Verschwörungsmythen und dies auch nach außen bekennen. Auch insofern sind die Corona-Proteste Sammlungsbewegungen. Auffallend ist besonders die Varianz der Verschwörungsmythen: Vor

12 Vgl. zur Libertarismuseinordnung bereits Frei/Nachtwey: Quellen des „Querdenkertums“, S. 22 f.

13 Lelle, Nikolas: Die üblichen Verdächtigen. Antisemitismus bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Einsicht 2021. Bulletin des Fritz Bauer Institut, Jg. 13 (2021), Ausgabe 22, S. 56–64, hier S. 56.

14 Vgl. Benz: Querdenken, S. 13.

15 Statt vieler, siehe nur die Thesen zum Antisemitismus in der „Dialektik der Aufklärung“. Darin heißt es zum Ende: „Nicht erst das antisemitische Ticket ist antisemitisch, sondern die Ticketmentalität überhaupt.“, Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt a. M. 1988, S. 217.

16 Einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung zufolge halten 8 Prozent der Bevölkerung die Aussage über eine Weltverschwörung („Es gibt geheime Mächte, die die Welt steuern.“) für sicher richtig und weitere 16 Prozent halten die Aussage für wahrscheinlich richtig, siehe Roose, Jochen: Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise, Berlin 2020, S. 3.

allem zu Beginn der Pandemie 2020 wurde viel über den Ursprung des Virus spekuliert – ob es überhaupt existiere, ob es natürlich entstanden oder von Menschen gemacht sei. Eine weitere Variante von Verschwörungsmythen thematisiert die Funktion und den Nutzen der Pandemie und unterstellt dabei, dass gewisse Staaten durch die Ausbreitung des Virus profitierten. Das Virus könne etwa Mittel zum Zweck sein, damit einzelne Staaten politisch-ökonomisch auf dem Weltmarkt neue Wettbewerbsvorteile erhielten (bspw. China, je nach Auslegung aber auch die USA). Es könne aber auch ein Vorwand sein, um mit der Virus-Bekämpfung neue Maßnahmen auf dem Weg zum totalen Überwachungsstaat voranzubringen (bspw. Chip-Implementierung). Eine weitere Variante sieht im Virus lediglich einen Vorwand für politische Panikmache, entweder weil das Virus an sich geleugnet oder weil seine krankmachende Wirkung relativiert und mit einer simplen Grippe gleichgesetzt wird.¹⁷ Entscheidend ist, dass diese verschiedenen, einander widersprechenden Verschwörungsmythen in den Kreisen der Corona-Protestbewegung als komplementär angesehen werden: Die unterschiedlichen Mythen schließen sich nicht aus, sondern ergänzen sich wechselseitig. Darin liegt die eigentliche Dynamik, denn durch die Komplementarität verringern sich die politischen Distanzen der verschiedenen Vorstellungswelten. Eingefleischte Verschwörungsmystiker werden mit zuvor unpolitischen Menschen zusammengebracht, die zunächst eventuell nur lose Skepsis gegen die Corona-Politik und die staatlichen Maßnahmen hatten. In ihrer Wahnvorstellung, dass die Pandemie vielmehr eine „Pandemie“ sei, also ein inszeniertes Schauspiel, finden alle zusammen. Aus diesem Grund spricht die Antisemitismusforscherin Juliane Wetzel beim Antisemitismus auch vom zentralen „Bindekitt“ bei den Protesten.¹⁸

Antisemitische Vorstellungen sind aber auch zentral für die weitere Bindung in der Corona-Protest-Gemeinschaft. Denn die antisemitischen Verschwörungsmythen verstetigen sich und machen gewissermaßen resistent gegen immanente Widersprüchlichkeit – dadurch werden sie zu einem zentralen integrierenden Element für die Teilnehmenden.

Das Bundesland Nordrhein-Westfalen hat im Sommer 2021 einen „Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und Corona-Leugnern“ vorgelegt. Darin wird ausführlich dargelegt, dass antisemitische Stereotypen sowohl immanenter Bestandteil zur anfänglichen Protestmobilisierung als auch zur weiteren Radikalisierung, also zur demonstrativen Abgrenzung von der Mehrheitsgesellschaft, waren.¹⁹ Zusätzlich spielt diese Stereotypie aber auch eine elementare Rolle zur Vernetzung der verschiedenen Szenen.²⁰ Dem harten Kern der Corona-Protestbewegung, d. h. denjenigen, die regelmäßig auf den Straßen seit an seit mit Reichsfahnenträgern marschieren oder auf entsprechend einschlägigen Plattformen selbst aktiv sind, geht es bei den Verschwörungsmythen vor allem um die unterschwellige Vorstellung (ob bewusst oder unbewusst), dass gewisse „Mächte“ hinter politischen Entscheidungen stehen oder diese maßgeblich beeinflussen. In diesem Umfeld grassieren verschiedene Formen projektiver Personalisierungen, wie beispielsweise die Vorstellung, dass einzelne mächtige Akteure maßgebliche Drahtzieher und/oder Profiteure der Corona-Krise seien (beispielsweise Bill Gates). Die weiteren antisemitischen Assoziationsketten müssen kaum weiter ausgeführt werden:²¹ Denn

(Hrsg.): Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr, Berlin 2021, S. 55–75.

17 Siehe zur Klassifizierung der verschiedenen Verschwörungsvarianten Bitschnau, Marco: Konspirative Manöver. Verschwörungstheorien in der COVID-19-Pandemie, in: INDES, H. 4/2020, S. 113–123, hier S. 114 f.

18 Vgl. Wetzel, Juliane: Antisemitismus – Bindekitt für Verdrossene und Verweigerer, in: Benz, Wolfgang

19 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und Corona-Leugnern, Mai 2021.

20 Vgl. Wetzel: Antisemitismus – Bindekitt für Verdrossene und Verweigerer, S. 70 f.

21 Vgl. Lelle: Die üblichen Verdächtigen, S. 60.



Abbildung 2: Corona-Protest in Hannover am 16.05.2020 © picture alliance/Geisler-Fotopress

von Bill Gates zu den Rockefeller ist es kein weiter Weg, wie man schon seit Jahren an den Feindbildern George Soros und der Familie Rothschild beobachten kann.²²

Die große Affinität zu antisemitischen Verschwörungsmythen wurde auch in repräsentativen Umfragen nachgewiesen: Ein übergroßer Anteil der Corona-Protestierenden glaubt beispielsweise an die Gefahr des „Großen Austauschs“ und sieht die USA und/oder Israel als Urheber der Pandemie.²³ Die verschiedenen Narrative und Verschwörungsmythen haben gemeinsam, dass sie die Vorstellung rationalisieren, geheime und finstere Mäch-

te würden im Hintergrund wirken. Diese würden entweder im Verborgenen daran arbeiten, die Welt umzubauen und zu lenken, womit der sogenannte „Great Reset“ skandalisiert wird, oder sie hätten schon einen unsichtbaren Staatsapparat installiert, womit die Wahnvorstellung eines sogenannten „Deep State“ verbunden ist. In beiden Fällen geht es um klandestine Machenschaften einer Geheimregierung von Finanz- und Industrie-Eliten. Wie der Theologe Matthias Pöhlmann darlegt, ist dieser Wahn ganz entscheidend, um das diffuse Spektrum aus „Esoterikern, Verschwörungsideologen und Rechtsextremisten“²⁴ zu verbinden.

Auch wenn die Corona-Proteste nicht von Anfang an ein rein rechtsradikales Projekt gewesen sind und die Protestierenden politisch nicht nur aus dem politisch rechten Spektrum kommen, liegt die übergeordnete Bedeutung der Proteste darin, dass die von Pöhlmann beschriebenen Richtun-

22 Siehe dazu ausführlicher Pöhlmann, Matthias: Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen, Freiburg 2021, S. 29; Wetzels: Antisemitismus – Bindekitt für Verdrossene und Verweigerer, S. 73.

23 Grande, Edgar et al.: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, WZB-Discussion-Paper ZZ 2021-601, Berlin 2021, S. 24.

24 Pöhlmann: Rechte Esoterik, S. 16.

gen in ihnen zusammenfinden. Die Entwicklung der Corona-Proteste zeigt, dass Rechtsradikale zunehmend die Protestorganisation übernehmen und den Straßenprotest damit maßgeblich prägen.²⁵ Dadurch verändern und radikalisierten sich die Proteste. Denn diejenigen Protestierenden, die aus anderen politischen Spektren kamen und jetzt seit an seit mit Rechtsradikalen marschieren, können aufgrund des identitätspolitischen Tribalismus infolge der schwindenden politischen Bindungskräfte von Milieus und Parteien kaum mehr die Fronten wechseln. In dieser Spirale manifestiert sich die Gesinnungsgemeinschaft zunehmend.

Ausgang offen

Die Corona-Krise polarisiert wie wohl nur wenige Ereignisse in der bundesrepublikanischen Geschichte zuvor. Schließlich beeinträchtigt und verändert die Infektionsschutzpolitik das soziale und gesellschaftliche Miteinander in einem noch nie dagewesenen Umfang. Politische Kritik an diesen Maßnahmen steht vor der Herausforderung, sich nicht in etatistischer oder technokratischer Manie aufzulösen, ist aber auch nicht gefeit vor autoritärer Rebellion. Es muss auch legitim sein, reflektierte Kritik an der Infektionsschutzpolitik üben zu können, aber wer sich auf den Straßen gemein macht mit Reichsbürgern und QAnon-Anhängern oder mit gelbem Stern marschiert, weil sich die Ungeimpften als neue Juden stilisieren und damit dem Antisemitismus offen frönen, büßt diesen Anspruch ein.

Die Corona-Proteste sind derzeit noch eine rein außerparlamentarische Bewegung und haben noch keine parteipolitische Entsprechung gefunden. Zwar sind mehrere Kleinstparteien (Die Basis, Widerstand 2020 etc.) entstanden, diese konnten sich aber ebenso wenig als Protestrepräsentant

durchsetzen wie die AfD.²⁶ Nur in einzelnen Fällen werden die regionalen Proteste von AfD-Politikern gesteuert. Wie sich die Corona-Proteste weiterentwickeln, lässt sich derzeit noch nicht einschätzen und hängt von vielen Faktoren ab. Wie bei Protestbewegungen üblich, wird es auf die Ausdauer der außerparlamentarischen Bewegung ankommen; aber auch darauf, ob sich eine Partei als Repräsentanz letztgültig durchsetzt und dann die Proteste entsprechend prägt. Nicht zuletzt wird es ausschlaggebend sein, wie sich die Corona-Pandemie weiterentwickelt, welche Sprengkraft weiterhin in dem Thema liegen und wie die Politik die Infektionsschutzpolitik weiter forcieren wird (Stichwort Impfpflicht). Es lässt sich aber schon absehen, was passiert, wenn die Proteste ungebrochen weitergehen. Denn je mehr sich dieses lokal-ungebundene Milieu der Corona-Protestierenden weiter verfestigt, desto enger werden – begünstigt durch die Möglichkeiten sozialer Medien und digitaler Gegenöffentlichkeiten – die Bindungen dieser libertären Gesinnungsgemeinschaft von rechts und umso mehr entfernt sich dieses Milieu in seiner affektiven gegenkulturellen Abgrenzung damit von der Mehrheitsgesellschaft. In dieser zunehmenden Gegenkulturalisierung liegt nicht nur die Gefahr einer weiteren Radikalisierung, sondern auch die Perpetuierung einer Gesinnungsgemeinschaft, die nicht mehr nur das Corona-Thema zur Abgrenzung braucht, sondern darüber hinaus protest-thematisch flexibel agieren kann. Die libertäre Gesinnungsgemeinschaft von rechts wird dann ggf. auch nach Corona mit einem neuen passenden Protest-Mobilisierungsthema direkt weitermachen. Der Antisemitismus jedenfalls wird weiterhin eine zentrale Rolle dabei spielen.

25 Vgl. Sundermeyer: Das Ende der „Querdenker“, wie wir sie kennen.

26 Vgl. Finkbeiner, Florian: Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten, in: Demokratie-Dialog 9/2021, S. 54–62.

Literatur:

Bitschnau, Marco: Konspirative Manöver. Verschwörungstheorien in der COVID-19-Pandemie, in: INDES, H. 4/2020, S. 113–123.

Brumlik, Micha: Virus gegen Geschichtsbewusstsein, in: taz, 17.12.2021, URL: <https://taz.de/Analyse-der-Coronaproteste/!5822361/> [eingesehen am 28.02.2022].

Dorschel, Andreas: Gesinnung, in: Merkur, Jg. 76 (2022), H. 872, S. 83–87.

Finkbeiner, Florian: Niedersächsische Rechtsparteien in Corona-Zeiten, in: Demokratie-Dialog 9/2021, S. 54–62.

Frei, Nadine/Nachtwey, Oliver: Quellen des „Querdenkertums“. Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Basel 2021.

Fuchs, Christian/Merker, Henrik/Middelhoff/Musharbash, Yassin/Nejezhleba, Martin/Schmidt, Christina/Wefing, Heinrich: Übel und gefährlich, in: Die Zeit, 22.12.2021, S. 4.

Grande, Edgar/Hutter, Swen/Hunger, Sophia/Kanol, Aylem: Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland, WZB-Discussion-Paper ZZ 2021-601, Berlin 2021.

Holzer, Boris/Koos, Sebastian/Meyer, Christian/Isabell, Otto/Panreck, Isabelle-Christine/Reichardt, Sven (Hrsg.): Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt a. M. 2021, S. 7–26.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, 21. Auflage, Frankfurt a. M. 1988.

Lelle, Nikolas: Die üblichen Verdächtigen. Antisemitismus bei den Protesten gegen die Corona-Maßnahmen, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Einsicht 2021. Bulletin des Fritz Bauer Institut, Jg. 13 (2021), Ausgabe 22, S. 56–64.

Leggewie, Claus: Das banale Nichts, in: FAZ, 18.12.2021, URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/der-politische-nihilismus-der-querdenker-bewegung-17689657.html> [eingesehen am 28.02.2022].

Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen: Sonderbericht zu Verschwörungsmythen und Corona-Leugnern, Mai 2021.

Ng, Hui Xian Lynnette/Loke, Jia Yuan: Analysing public opinion and misinformation in a COVID-19 Telegram group chat, in: IEEE Internet Computing, Jg. 25 (2021), H. 2, DOI: 10.1109/MIC.2020.3040516.

Pöhlmann, Matthias: Rechte Esoterik. Wenn sich alternatives Denken und Extremismus gefährlich vermischen, Freiburg 2021.

Roose, Jochen: Verschwörung in der Krise. Repräsentative Umfragen zum Glauben an Verschwörungstheorien vor und in der Corona-Krise, Berlin 2020.

Sundermeyer, Olaf: Das Ende der „Querdenker“, wie wir sie kennen, in: rbb, 25.05.2021, URL: <https://www.rbb24.de/politik/thema/corona/beitraege/2021/05/analyse-querdenker-bewegung-demonstrationen-berlin-pfingsten.html> [eingesehen am 16.02.2022].

Trammer, Michael: Als Spaziergang getarnt, in: taz, 20.12.2021, URL: <https://taz.de/Rechtsextreme-Demos-in-Niedersachsen/!5820822/> [eingesehen am 28.02.2022].

Wetzel, Juliane: Antisemitismus – Bindekitt für Verdrossene und Verweigerer, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr, Berlin 2021, S. 55–75.



Dr. Florian Finkbeiner, geb. 1988, war bis März 2022 Projektkoordinator der FoDEx-Forschungsstelle am Institut für Demokratieforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Rechtsradikalismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Ideengeschichte, Konservatismus und Rechtsradikalismus sowie Parteien- und Politische Kulturforschung.

Heinke, Lutz (2022): „All das geschieht ...“ – Vorstellung einer szenischen Lesung
In: Demokratie-Dialog
10 (2022) S. 60–65. doi:
10.17875/gup2022-1945

„All das geschieht ...“ – Vorstellung einer szenischen Lesung

Lutz Heinke

Bilder von marschierenden Soldaten, von Konzentrationslagern und zerbombten Städten prägen bei vielen Menschen die Vorstellungen vom Alltag im Nationalsozialismus. Die NS-Zeit erscheint ihnen als einheitliche Phase, die Herrschenden als monolithischer Block, Hitler als stets brüllender und ekstatisch agierender Führer. Doch damit ist weder erklärt, warum dieses System funktioniert hat, noch, wie sich der Nationalsozialismus etablieren konnte.

Aus der Geschichte gelernt?

Auf den ersten Blick scheinen massive Propaganda und totale Unterdrückung stichhaltige

Erklärungen. Allerdings wird die NS-Zeit schon seit Jahren in der Wissenschaft differenzierter dargestellt, werden längerfristige Entwicklungen deutlich gemacht, zentrale Begriffe neu bewertet¹, auch die Faszination der herrschaftlichen Strukturen und Verfahren erläutert.² Die Erklärung der „verführten Massen“ ist in ihrer Schlichtheit und auch exkulpatorischen Stoßrichtung längst nicht mehr haltbar.

1 Hierzu u. a.: Schmiechen-Ackermann, Detlef et al. (Hrsg.): Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018 und Bajohr, Frank/Wildt, Michael (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.

2 Vgl. Sternheim-Peters, Eva: Habe ich denn allein gejubelt? Eine Jugend im Nationalsozialismus, Berlin/München 2015.

Dennoch verändern diese tiefergehenden Betrachtungen die oftmals immer noch vorherrschenden Vorstellungen vom „tausendjährigen Reich“ kaum. Die langen Entwicklungslinien, die dazu geführt haben, dass demokratische Parteien die Macht an die NSDAP übergeben haben, die Veränderungen und Verschärfungen der nationalsozialistischen Politik nach 1933 sowie die Rolle der „normalen Leute“ im System des Nationalsozialismus sind außerhalb der wissenschaftlichen Diskurse nach wie vor kaum im Blick.

Nicht zuletzt deshalb ist einer der Grundsätze sämtlicher rechter Ideologien in der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion so wenig präsent und verschwindet leicht hinter (in diesem Zusammenhang meist unergiebig) Debatten um die Differenzierung zwischen Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus: Grundlage all dieser Einstellungen ist die grundsätzliche Ablehnung der Gleichwertigkeit von Menschen. Dieses zentrale gemeinsame Element klingt bereits in der sogenannten Sinus-Studie³ an, die bei einem beträchtlichen Bevölkerungsanteil in Deutschland rechtsextremistische Einstellungen konstatierte. In den späteren Langzeitstudien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit von Wilhelm Heitmeyer ist dieser Aspekt ausführlich untersucht und dargestellt worden⁴ und auch die späteren sogenannten Mittestudien⁵ zeigen, dass eine ziemlich stabile Gruppe von Menschen sol-

che Einstellungen nach wie vor vertritt. Dabei ist auffallend, dass dieses rechte Gedankengut auf der Basis der Ideologie der Ungleichwertigkeit (die weit verbreitet ist) oftmals nicht in Beziehung zum Nationalsozialismus (der abgelehnt wird) gesetzt wird. Diesen Zusammenhang nicht zu sehen, ist nur möglich, wenn die Entwicklungslinien des Nationalsozialismus nicht präsent sind.

Politische Bildung muss darauf reagieren. Die Bekräftigung und erneute Wiederholung des Zitats von Theodor W. Adorno – „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung“⁶ – reicht indes bei weitem nicht aus. Die Parole „Wehret den Anfängen“ erzielt bei Google ca. 180.000 Treffer. Aber: Haben wir „[...] ausreichend Lehren aus dem Scheitern parlamentarischer Demokratien und ihren politisch-ökonomischen Ursachen gezogen [...]“, fragt Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle Dresden der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, in seinem Beitrag „Wehret den Anfängen! Aber welchen?“ zu Recht und fährt fort: „Es ist wichtig, die Menschen anhand der Geschichte der Diktaturen und ihrer Verbrechen gewissermaßen ex negativo für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu sensibilisieren.“⁷

Die szenische Lesung „All das geschieht, während es alles das gibt“, die im Folgenden vorgestellt werden soll, versucht genau dies. Indem sie Zitate aus dem Briefwechsel eines Paares zwischen 1938 und 1942⁸ zu einer Lesung komponiert, gibt sie in ungewöhnlicher Form einen Einblick in das

3 Vgl. Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH (Hrsg.): Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben.“ SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1982.

4 Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Band 10, Berlin 2012. Dieser Band fasst viele Ergebnisse der Studien aus den Jahren seit 2002 zusammen.

5 Vgl. Decker, Oliver et al. (Hrsg.): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2010; Decker, Oliver et al. (Hrsg.): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2012; Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2014; Zick, Andreas et al. (Hrsg.): Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2016; Zick, Andreas et al. (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2018/19; Zick, Andreas/

Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte, Berlin 2020/21.

6 Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. (1966), in: Kadelbach, Gerd (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit – Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969, Frankfurt am Main 1971, S. 92–109, hier S. 92

7 Pampel, Bert: „Wehret den Anfängen!“ Aber welchen?, in: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 15.07.2013, URL: <https://www.stsg.de/cms/wehret-den-anfaengen> [eingesehen am 22.12.2021].

8 Die Lesung beschränkt sich ausdrücklich auf die Zeit bis zur Wende des Krieges in Stalingrad 1942, also

Alltagsleben zur Zeit des Nationalsozialismus. Spannungsfelder werden deutlich: Auf der einen Seite gibt es den Alltag, der zunehmend schwieriger wird, weil die Versorgung mit Grundlegendem, auch Nahrungsmitteln, immer aufwendiger wird. Auf der anderen Seite steht die große Zustimmung zum Führer, seinen Visionen und seiner Überzeugungskraft. Zudem werden innere Konflikte deutlich: Einerseits wirkt die nationalsozialistische Propaganda, wirkt gemeinsames Erleben. Andererseits führen die realen Erfahrungen in der allgemeinen (Kriegs-)Lage zu erheblichen Zweifeln. Darüber hinaus stoßen die Zitate und das begleitende Bildmaterial Assoziationen in Bezug auf die Gegenwart an.

Trug und Schein

Ein Liebes-, später Ehepaar schreibt sich zwischen 1938 und 1946 mehr als 4.000 Briefe (vielfach mehrere Seiten lang). Es ist ganz außergewöhnlich, dass dieser Briefwechsel komplett erhalten geblieben ist und dass die Nachkommen der Schreibenden 2011 entschieden haben, diesen Briefwechsel unter der Bedingung der Anonymisierung für ein Public History Project zur Verfügung zu stellen.⁹ Die Briefe sind handschriftlich verfasst, zum Teil in Kurrent und oftmals – vor allem zum Kriegsende hin – wegen z. B. schlechten Papiers nur schwer zu entziffern. Deshalb bestand die erste Aufgabe darin, die Briefe zunächst zu transkribieren und dann digital online verfügbar zu machen.

auf die Zeit, in der die „Visionen des Führers“ für die Schreibenden noch realisierbar zu sein schienen.

9 Eine ausführliche Information über die Briefe, die Arbeit mit den Briefen, die an dem Projekt beteiligten Personen und Institutionen findet sich auf der Website des Projektes Trug & Schein (T&S): <https://info.umkc.edu/dfam/> [eingesehen am 12.01.2022]. Dort liegt auch eine Chronik des Projekts: <https://info.umkc.edu/dfam/projektchronik/> [eingesehen am 12.01.2022].

Diese Arbeit wurde und wird von Arbeitsgruppen in Wien, Kansas City und Göttingen geleistet.¹⁰ Die Göttinger Transkriptionsgruppe ist bei der Freien Altenarbeit Göttingen (FAG) angesiedelt und arbeitet dort seit 2012¹¹. Die Mitglieder der Gruppe haben während ihrer Transkriptionsarbeit vor dem Hintergrund der Briefinhalte immer wieder auch die gegenwärtige politische Situation in Deutschland diskutiert. Daraus entstand der Wunsch, die Briefe auch unmittelbarer zu nutzen, um auf aktuelle Gefahren rechtsradikaler, rassistischer und demokratiefeindlicher Entwicklungen hinzuweisen, sodass sich die Gruppe nach längeren Diskussionen für die Erarbeitung einer szenischen Lesung entschied.

„All das geschieht, während es alles das gibt“ – eine szenische Lesung

Das Ziel der Lesung ist es, die Entwicklung der nationalsozialistischen Diktatur aus Sicht der Bevölkerung, der „einfachen Leute“ darzustellen und auf diese Art zu vermitteln, wie sich die Sichtweisen verschoben, wie die nationalsozialistische Propaganda wirkte, wie die Menschen damals Krieg und Alltag, christlichen Glauben und Realität zusammenbrachten. Sie soll keine Geschichtsstunde sein, sondern eher eine atmosphärische Komposition. Gleichzeitig ist intendiert, bei den Zuhörerinnen und Zuhörern immer wieder Assoziationen zur heutigen Zeit auszulösen. Um nicht falsch verstanden zu werden: Es geht nicht um eine Gleichsetzung von damals und heute, es geht um die Sensibilisierung für Entwicklungsprozesse. Geschichte wiederholt sich nicht, aber das Vorliegen bestimmter Ausgangssituationen

10 Details zu den Arbeitsgruppen T&S sind online nachzulesen unter: <https://info.umkc.edu/dfam/uber-uns/> [eingesehen am 12.01.2022].

11 Nähere Informationen unter: www.freialtenarbeitgoettingen.de [eingesehen am 12.01.2022]. Der Leiter der FAG, Hartmut Wolter, fördert und unterstützt ihre Arbeit und war auch an den Förderanträgen für die Arbeit dieser Gruppe wesentlich beteiligt.

macht das Eintreten bestimmter Ereignisse wahrscheinlicher.

Die Lesung „All das geschieht, während es alles das gibt“ fußt wesentlich auf der Arbeit des Projektes „Trug und Schein“ (T&S) und dessen auf der Website von T&S publizierten Materialien.¹² Sowohl die transkribierten Briefe als auch die Materialkenntnisse und Erfahrungen derer, die bereits vorher jahrelang Briefe transkribiert hatten, waren für die Erarbeitung der Lesung unverzichtbar. Die Auswahl der Zitate ebenso wie der Materialien für die PowerPoint-Präsentation wurde federführend vom Autor dieses Artikels (der auch die inhaltliche Leitung hatte) und Dr. Dr. Gudrun Schwibbe vorgenommen, die Finanzierung übernahm die Bundeszentrale für politische Bildung mit einer Co-Förderung durch die Stadt Göttingen. Für die politisch-historische Expertise konnte das Institut für Demokratieforschung an der Universität Göttingen gewonnen werden; Dr. Katharina Trittel bearbeitet dort nicht nur schwerpunktmäßig das Thema Rechtsradikalismus, sondern verfügt auch über Erfahrungen mit (Jugend-)Theater. Bei Fragen des Aufbaus und Ablaufs der Lesung unterstützte das Deutsche Theater Göttingen das Projekt; der Dramaturg Jascha Fendel hat uns kompetent beraten.

Der Titel der Lesung ist an ein Zitat des österreichischen Publizisten und Satirikers Karl Kraus angelehnt. Er veröffentlichte im Mai 1918 – also kurz vor Ende des Ersten Weltkrieges – in seiner satirischen Zeitschrift *Die Fackel* den Beitrag „Das technoromantische Abenteuer“.¹³ Dieser thematisiert technologische Entwicklungen einerseits und das gleichzeitige Fortbestehen von unter diesen Umständen eigentlich obsoleten soldatischen Traditionen und männlichen Tapferkeitsvorstellungen andererseits: „All das gibt es, während es all das gibt!“, schrieb Kraus. Wir haben das Zitat leicht abgewandelt und beziehen es auf kulturelle

und politische Ungleichzeitigkeiten in der heutigen Zeit: Wir haben (zumindest theoretisch) großes Wissen über die Entstehung und die Folgen von Rassismus und Nationalismus. Gleichzeitig sehen wir ein Erstarken genau dieser Einstellungen, national und international: All das geschieht, während es alles das gibt.

Während des langwierigen, mehrschrittigen **Auswahlprozesses der Zitate** waren verschiedene Aspekte zu beachten: Die bestehenden kulturellen und politischen Ungleichzeitigkeiten („große Politik“ versus alltägliches Leben, Führertreue versus Zweifel etc.) sollten deutlich werden. Dabei ergaben sich mehrfach Diskussionen um die Wirkung der Zitate auf das Publikum, das ja den Kontext der Textpassagen nicht kennt; so fragten wir uns mehrfach: „Tun wir den beiden Protagonisten nicht unrecht, wenn wir dieses Zitat herausgreifen?“ Um einer möglichen Entkontextualisierung zu begegnen und um die Lesung auch für Menschen verständlich zu machen, die nur oberflächlich mit dem Thema Nationalsozialismus vertraut sind, wurden zwei weitere Sprechrollen eingeführt: „Das Damals“ und „Das Heute“, die an einigen Stellen die Zitate ergänzen, historische Zusammenhänge oder Hintergründe erläutern und Bezüge zur heutigen Zeit herstellen.

Die Lesung wird begleitet durch eine parallel ablaufende PowerPoint-Präsentation. Die dafür ausgewählten **Medien** erfüllen verschiedene Funktionen: Kurze Filmausschnitte erläutern vor allem die historische Entwicklung, während Audiobeiträge, Fotos und Plakate aus der NS-Zeit die damalige Zeit entweder illustrieren oder kontrastieren. Methodisch helfen die Medien zudem, die Aufmerksamkeit des Publikums wachzuhalten. Doch auch hier war die Auswahl gelegentlich schwierig: Was will man zeigen – mit welchem Ziel? So diskutierten wir beispielsweise rege und auch kontrovers über die Auswahl des abschließenden Bildes: Zeigt man einen großen Friedhof als Beispiel für die Folgen des Krieges, bleibt damit recht allgemein, setzt sich aber der Gefahr aus, die Opfer des Krieges aufzurechnen? Oder zeigt man ein Bild von Auschwitz, um die Schoah

12 Online einsehbar unter: <https://info.umkc.edu/dfam/> [eingesehen am 25.1.2022].

13 Kraus, Karl: Das technoromantische Abenteuer, in: *Die Fackel*, Nr. 474–483, 23. Mai 1918.



Abbildung 1: Testlesung auf einer Probebühne des Deutschen Theaters Göttingen © Lutz Heinke

zu betonen, und setzt sich damit dem Vorwurf einer unzulässigen Gleichsetzung aus?

Unser Wunsch war und ist, dass die Ergebnisse unseres Projektes eine möglichst weite Verbreitung finden mögen, also möglichst oft und von verschiedenen Gruppen aufgeführt werden, denn die Lesung ist so konzipiert worden, dass sie für alle kostenlos nachnutzbar ist. Unter dieser Prämisse hat eine szenische Lesung eine Reihe von Vorteilen, die uns bewogen haben, dieses **Format** zu wählen. Zunächst: Ein Briefwechsel hat bereits Dialogform, bietet sich von daher für eine szenische Lesung an. Eine solche fokussiert sich auch nicht auf eine bestimmte Zielgruppe, weder in Bezug auf Alter noch auf Vorbildung. Und sie erfordert wenig Ressourcen: Requisiten, Kostüme oder eine schauspielerische Vorbildung sind nicht notwendig, und die Anforderungen an die technische Ausstattung sind gering.

Darüberhinausgehend war einer der wichtigsten Aspekte, dass eine szenische Lesung auch ohne die Autorinnen und Autoren aufgeführt werden kann, wenn das Material entsprechend vorberei-

tet wird. Deshalb ist die Lesung auch nach dem Ende des Projektes „lebensfähig“, kann weiter aufgeführt werden und ist mit nur minimalem Aufwand vonseiten des Projektträgers, der FAG, verwaltbar. Sie stellt das gesamte Material interessierten Gruppen zur Verfügung, welche die Lesung aufführen wollen. Dafür wird zwischen der FAG und den Interessentinnen und Interessenten eine Vereinbarung geschlossen, die unter anderem die Nutzungsrechte regelt und das Copyright der Rechteinhaberinnen und -inhaber der Materialien schützt. Darüber hinaus wird den Interessierten ein inhaltliches Handbuch zu Verfügung gestellt, das einzelne Begriffe aus der Lesung bzw. der PowerPoint-Präsentation ausführlicher erläutert und Hintergrundinformationen bereitstellt. Weiterhin liegt ein technisches Handbuch vor, das Hinweise für die Veranstalterinnen und Veranstalter bündelt (welche technischen Voraussetzungen müssen erfüllt sein, möglicher Stellplan für die Lesung, Vorbereitung etc.).¹⁴

14 Details dazu finden sich auf der Projektwebsite www.alldasgeschichte.de

Das erklärte Ziel aller Beteiligten war und ist es, einen Beitrag zur politischen Bildung und zur Stärkung demokratischer Werte zu leisten: „Wehret den Anfängen!“ Das ist eine Aufforderung an die Veranstalterinnen und Veranstalter der Lesung und an ihr Publikum. Die Lesung benennt aber auch deutlich die Verantwortung aktueller Politik. Um noch einmal mit Pampel zu sprechen: „Damit sie [die Menschen, Anm. d. Verf.] sich für die Bewahrung dieser Werte engagieren, zählt aber vor allem, dass sie in der Gegenwart erlebt und praktiziert werden. Verdienen diese Aspekte nicht mehr Beachtung, wenn es darum geht, den Anfängen zu wehren?“¹⁵

Aus der Geschichte lernen ist etwas anderes, als Geschichte lernen.

Literatur:

Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz. (1966), in: Kadelbach, Gerd (Hrsg.): Erziehung zur Mündigkeit – Vorträge und Gespräche mit Hellmut Becker 1959 bis 1969, Frankfurt am Main 1971, S. 92–109.

Bajohr, Frank/Wildt, Michael (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2012.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar: Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Berlin 2010.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Band 10, Berlin 2012.

Kraus, Karl: Das technoromantische Abenteuer, in: Die Fackel, Nr. 474–483, 23. Mai 1918.

Pampel, Bert: „Wehret den Anfängen!“ Aber welchen?, in: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 15.07.2013, URL: <https://www.stsg.de/cms/wehret-den-anfaengen> [eingesehen am 22.12.2021].

Schmiechen-Ackermann, Detlef/Buchholz, Marlies/Roitsch, Bianca/Schröder, Christiane (Hrsg.): Der Ort der „Volksgemeinschaft“ in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018.

Sinus Markt- und Sozialforschung GmbH (Hrsg.): Fünf Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben.“ SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen, Reinbek 1982.

Sternheim-Peters, Eva: Habe ich denn allein gejubelt? Eine Jugend im Nationalsozialismus, Berlin/München 2015.

Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2014.

Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.): Die geforderte Mitte, Berlin 2020/21.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2018/19.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Berlin 2016.



Lutz Heinke ist Diplom-Pädagoge (Erwachsenenbildung und außerschulische Bildungsarbeit) und war mit Unterbrechungen seit 1980 im Internationalen Haus Sonnenberg im Harz angestellt. Zunächst wirkte er als Bildungsreferent im Team der Einrichtung mit, später als Pädagogischer Leiter der Bildungsstätte. Seit Mitte 2017 ist er im Ruhestand, ist weiterhin als freier Referent und Seminarleiter tätig und ist inhaltlicher Leiter des hier vorgestellten Projektes.

¹⁵ Pampel, Bert: „Wehret den Anfängen!“ Aber welchen?, in: Stiftung Sächsische Gedenkstätten, 15.07.2013, URL: <https://www.stsg.de/cms/wehret-den-anfaengen> [eingesehen am 22.12.2021].

Bruns, Hauke (2022): „Ein ambitioniertes Vorhaben. Bericht über die Tagung ‚Rechtsextremismus als Herausforderung für die Soziologie‘ In: Demokratie-Dialog 10 (2022) S. 66–70. doi: 10.17875/gup2022-1946

Ein ambitioniertes Vorhaben

Bericht über die Tagung
„Rechtsextremismus als
Herausforderung für die
Soziologie“

Hauke Bruns

Rechtsextremismus stellt nach wie vor eine Bedrohung für die freie Gesellschaft dar. Dies zeigt sich etwa an einer Zunahme rechter Gewalt¹, der Zustimmung zu rechten Ressentiments bis hinein in die sogenannte „Mitte“ der Gesellschaft und nicht zuletzt an der Tatsache, dass mit der AfD eine zumindest in Teilen rechtsextreme Partei seit 2017 im Deutschen Bundestag

vertreten ist. Der Rechtsextremismus als *gesellschaftliches* Phänomen stellt eine Herausforderung insbesondere für die sozialwissenschaftlichen Disziplinen dar, zielt er doch ganz elementar auf eine Veränderung der sozialen und politischen Ordnung der Gesellschaft ab.

Seit dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im September 2020 beschäftigt sich der neu gegründete Arbeitskreis „Sociology of the far right“ aus soziologischer Perspektive mit dem Phänomen Rechtsextremismus. Dieser veranstaltete am 30. September 2021 einen ersten Online-Workshop mit dem Titel „Rechtsextremismus als Herausforderung für die Soziologie“². In

1 Für die Entwicklung rechter Straf- und Gewalttaten von 2010 bis 2020 siehe Statista Research Department (Hrsg.): Anzahl der politisch motivierten Straftaten und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund* in Deutschland von 2010 bis 2020, 24.01.2022, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4032/umfrage/rechtsextremismus-und-fremdenfeindlichkeit-in-deutschland/> [eingesehen am 10.02.2022].

2 Für Informationen zum Arbeitskreis und das Tagungsprogramm siehe Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): Portrait. Arbeitskreis „Sociology of the far right“

diesem sollten die Herausforderungen, vor die Rechtsextremismus die Soziologie stelle, erörtert und erste Perspektiven einer *Soziologie des Rechtsextremismus* entwickelt werden. Ein ambitioniertes Vorhaben. Daniela Schiek – Privatdozentin an der Universität Hamburg und eine der Organisator*innen des Workshops – erläuterte in ihren einführenden Bemerkungen die Motivation zur Gründung des Arbeitskreises: Dieser liege die Erkenntnis zugrunde, dass sich die Soziologie bislang nicht ausreichend mit Rechtsextremismus auseinandergesetzt habe, was das Fehlen einer soziologischen Theorie des Rechtsextremismus belege; dieser werde, wenn überhaupt, nur in die bestehenden Großtheorien der Soziologie integriert. Stattdessen, so Schiek weiter, dominiere heute vor allem eine verfassungsrechtliche und/oder innenpolitische Betrachtung von Rechtsextremismus und es mangle an empirisch und sozialtheoretisch fundierten Begriffsdefinitionen. Deshalb gelinge es der Soziologie auch deutlich schlechter als der Politikwissenschaft oder zivilgesellschaftlichen Organisationen, Wissen über Rechtsextremismus zu generieren. Dies zeige sich ganz besonders auch in der fehlenden Berücksichtigung des Phänomens Rechtsextremismus in den Curricula soziologischer Studiengänge und Forschungseinrichtungen.

Rolle der Soziologie innerhalb der Rechtsextremismusforschung

Welche Rolle kommt nun der Soziologie innerhalb der Rechtsextremismusforschung zu? Dieser Frage widmete sich Wilhelm Heitmeyer, emeritierter Professor für Sozialisation an der Universität Bielefeld sowie Gründungsdirektor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung ebendort, in seinem Vortrag „Soziologische Rechtsextremismusforschung: Rahmung

eines interdisziplinären Konzeptes“. In diesem stellte er einige „grundsätzliche Überlegungen“ zu einer Soziologie des Rechtsextremismus an. Er plädierte dafür, der Soziologie die Rolle einer „integrativen Leitwissenschaft“ zuzuweisen, da sie ein umfangreiches Instrumentarium vorhalte und den Fokus auf die „gesellschaftlichen Zustände“ lenke. Damit unterscheide sie sich insbesondere von der Politikwissenschaft, die schwerpunktmäßig das politische System und Parteien bei der Erforschung von Rechtsextremismus betrachte. Leider blieb unscharf, was genau unter diesen gesellschaftlichen Zuständen zu verstehen ist. Etwas konkreter wurde Oliver Decker vom Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung an der Universität Leipzig: Er deutete in seinem Vortrag („Vom Rand zur Mitte – Rechtsextremismusforschung und autoritäre Dynamiken“) an, dass er den ökonomischen Verhältnissen eine entscheidende Rolle bei der Herausbildung der von ihm diagnostizierten „autoritären Dynamik“ zuweist. Letztlich blieb aber auch er recht vage darin, zu erklären, wie genau die Gesellschaft und ihre (Sozial-)Struktur rechtsextreme Einstellungen und Handlungen hervorbringen. Sowohl Heitmeyer als auch Decker hoben die Bedeutung des kritischen Potenzials ihrer Forschung hervor und plädierten für eine stärkere Wahrnehmung der Soziologie in der Öffentlichkeit. Doch was genau ist darunter zu verstehen? In diesem Kontext drängt sich die Frage auf, ob das Analysieren und Problematisieren der „gesellschaftlichen Zustände“ – um in den Worten Heitmeyers zu bleiben – an sich bereits Kritik darstellen soll oder ob mit dem Plädoyer gemeint ist, dass die Forschenden mit ihren Ergebnissen stärker als Kritiker*innen dieser Zustände in der Öffentlichkeit sichtbar sein sollen. Aus meiner Sicht kommt gerade Letzteres häufig noch zu kurz: Soziolog*innen könnten durchaus häufiger und engagierter mit ihren Forschungsergebnissen an die Öffentlichkeit treten und so im Diskurs sichtbarer werden.

Im Rekurs auf diese grundsätzlichen Überlegungen wurden im Anschluss einzelne Aspekte präsentiert, die auf unterschiedliche Art versuchten, dieser Vorrede Rechnung zu tragen, indem sie das Facettenreichtum soziologischer Zugänge

in der Sektion Politische Soziologie, URL: <https://soziologie.de/sektionen/arbeitskreise-und-arbeitsgruppen/ak-sociology-of-the-far-right/portrait> [eingesehen am 10.02.2022].

zum Gegenstand aufzeigten. So stellte Alexandra Schauer, die am Institut für Soziologie in Jena tätig ist und unter anderem zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Soziologie forscht, unter dem Titel „Postnazistische Gesellschaft? Das nationalsozialistische Erbe als Herausforderung für eine Soziologie des Rechtsterrorismus“ einige Überlegungen zu einer Soziologie des Rechtsextremismus³ an. Sie interpretiert die Theorie der postnazistischen Gesellschaft im Anschluss an die Studie „Schuldgefühle“ von Peter von Haselberg⁴ als geeigneten Beitrag zur Soziologie des Rechtsterrorismus heute. Von Haselberg hatte seinerzeit drei Motive der postnazistischen Mentalität identifiziert: Erstens Aufrechnung von Schuld (deutsche vs. amerikanische vs. britische usw.), zweitens Staatsfetischismus im Sinne eines paternalistischen Staatsverständnisses, das auch der Schuldabwehr dient („Der Staat ist schuld“), und drittens bestimmte (etwa organische) Sprachbilder oder Ungeziefer-Metaphern. Inwiefern diese Motive bis heute existierten, sei eine wichtige Forschungsfrage für die Soziologie, so Schauer. Zudem sei die Theorie der postnazistischen Gesellschaft ein wichtiger Beitrag zur Erforschung des Rechtsterrorismus heute, denn sie verweise erstens auf die Gleichzeitigkeit von Kontinuität und Bruch der historischen Entwicklungen von der Nachkriegszeit bis heute, schärfte, zweitens, den Blick für die Gesellschaftlichkeit des Rechtsterrorismus, als dass dieser aus der Mitte der offenen Gesellschaft heraus entstehe (und damit kein Randphänomen sei), und erkläre, drittens, warum Rechtsterrorismus von der

Gesellschaft als auch von der Soziologie bislang so wenig beachtet worden sei. Schauer plädierte somit dafür, in der Betrachtung des heutigen Rechtsterrorismus stärker die historischen Kontinuitäten der deutschen Nachkriegsgesellschaft in den Blick zu nehmen. Unklar blieb in ihren Überlegungen, inwiefern Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus und der historische Nationalsozialismus miteinander zusammenhängen. Dazu trug nicht zuletzt ihre unpräzise Verwendung der Begriffe „Rechtsterrorismus“ und „Rechtsextremismus“ bei. Für Verwunderung sorgte zudem ihr Befund, dass Phänome der Entzivilisierung und Gewalt soziologische Leerstellen seien, existiert doch mit der Gewaltsoziologie eine eigene Forschungsrichtung, die sich diesen Phänomenen widmet.⁵ In Anschluss an Schauers theoretische Überlegungen lässt sich folglich fragen, inwiefern die von von Haselberg diagnostizierten Phänomene heute noch beobachtet werden und ob sie zu einer Erklärung des Rechtsextremismus beitragen können. Dazu müsste zunächst geklärt werden, wie ein empirisches Forschungsprogramm in Anlehnung an von Haselbergs Studie umgesetzt werden könnte.

Rechtsextremismus und Geschlecht

Gleich zwei weitere Vorträge beschäftigten sich mit dem Komplex „Rechtsextremismus und Geschlecht“. Johanna Sigl, die an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg im Bereich der Gewalt- und Geschlechterforschung sowie der Rechtsextremismusforschung tätig ist, trug ihre Überlegungen zu „Geschlecht als Erkenntniskategorie für die soziologische Rechtsextremismusforschung“ vor. Sie plädierte für eine geschlechterreflektierende Perspektive, die sich der

3 Im Laufe des Vortrages (wie auch im Vortragsitel) sprach sie allerdings meist von „Rechtsterrorismus“.

4 Vgl. Haselberg, Peter von: Schuldgefühle. Postnazistische Mentalitäten in der frühen Bundesrepublik. Eine Studie aus dem Gruppenexperiment am Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main 2020. Von Haselbergs Studie ist Teil des Gruppenexperiments, das 1950/51 am Institut für Sozialforschung in Frankfurt durchgeführt und erst 2020 erstmalig veröffentlicht wurde. Von Haselberg untersucht vor allem den Sprachgebrauch der Teilnehmer*innen der Gruppendiskussion und inwiefern dieser etwas über ihre Schuldgefühle und -abwehr aussagt.

5 Für einen Überblick zur Gewaltsoziologie siehe exemplarisch Braun, Andreas: Gewaltsoziologie im Wandel. Über Situationen, Prozesse und Ordnungen als Bestandteile zur Erforschung von Gewalt, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Jg. 45 (2020), Supplement Issue 1, S. 5–21.

Bedeutung von Geschlecht für die Hinwendung zum Rechtsextremismus bewusst sei. Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterrollen könnten ihr zufolge sowohl einen Grund als auch ein Hindernis für Frauen darstellen, sich rechtsextremen Kreisen anzuschließen. Dies ließe sich jeweils nur für den Einzelfall im Zusammenspiel mit anderen Dimensionen beurteilen. Im Anschluss daran ließe sich allerdings kritisch anmerken, ob Geschlecht dann tatsächlich ein entscheidender erklärender Faktor für Radikalisierungsprozesse sein kann oder ob es nicht doch andere Gründe, wie etwa eine rassistische Grundeinstellung, sind, die für eine Hinwendung zum Rechtsextremismus vordergründig verantwortlich sind. Dies würde auch erklären, warum es laut Sigl Frauen gebe, die sich der rechten Szene zuwendeten, obwohl sie sich nicht den dort propagierten Geschlechterrollen entsprechend verhielten. Ein weiterer wichtiger Aspekt, der von Sigl ausgeführt wurde, ist die Bedeutung des Antifeminismus als Ideologeelement des Rechtsextremismus. Dieser sei besonders deshalb gefährlich, da er eine Scharnierfunktion habe und Brücken ins konservative Lager schlage – eine These, welche die (offen gebliebenen) Fragen aufwirft, inwiefern es Rechtsextremen gelingt, mit antifeministischen Themen und Forderungen Menschen aus dem konservativen Spektrum zu erreichen. Ist es tatsächlich eine hinreichende Bedingung, gegen Feminismus zu sein, um sich rechtsextremen Parteien oder Organisationen zuzuwenden oder braucht es nicht viel mehr zusätzlich zum Beispiel eine rassistische oder nationalistische Einstellung? Und wie hängen diese verschiedenen Dimensionen zusammen?

Auch Michaela Köttig, Professorin für Grundlagen der Gesprächsführung, Kommunikation und Konfliktbewältigung an der Frankfurt University of Applied Science, ging der Frage nach, warum (junge) Frauen aus der rechten Szene eine rechtsextreme Orientierung entwickelten. Auf Basis narrativer Interviews⁶ kam sie zu dem Schluss, dass

der Familiengeschichte eine entscheidende Rolle in der Biografie rechter Frauen zukomme, denn: Diese referierten sehr stark auf die Geschichte ihrer Großeltern, vor allem ihrer Großväter, zu denen sie eine intensive emotionale Bindung hätten und die sie zu Helden stilisierten. Diese Großväter, die der „Hitlerjugend-Generation“ (Rosenthal) angehören, waren am längsten der NS-Erziehung ausgesetzt und hegten vielfach bis heute eine Faszination für den Nationalsozialismus, welche die von Köttig befragten Frauen übernommen hätten. Während diese noch persönlichen Kontakt zu den im Nationalsozialismus aufgewachsenen Großvätern gehabt hätten, muss für die heutige Generation junger Frauen in der rechten Szene geklärt werden, welche Rolle die nur noch indirekt erlebte (also auch mehrfach vermittelte) Familiengeschichte bei der Hinwendung zum Rechtsextremismus spielen könnte. Auch sollte untersucht werden, welche Unterschiede zu (jungen) rechtsextremen Männern bestehen: Spielt auch bei ihnen die Familiengeschichte eine ausschlaggebende Rolle? Und wie unterscheiden sich Männer und Frauen in ihrer Hinwendung zum Rechtsextremismus? Trotz interessanter Beobachtungen von Köttig und Sigl bleibt insgesamt weiter offen, welche Rolle Geschlecht und Geschlechtlichkeit in den Biographien rechter Akteure allgemein haben und welche Bedeutung ihnen für Radikalisierungsprozesse zukommt, vor allem in Bezug zu anderen erklärenden Faktoren für die Herausbildung einer rechtsextremen Orientierung. Hier bedarf es weiterer Forschung.

Fazit

Es klang einleitend bereits an: Der Anspruch, eine soziologische Theorie des Rechtsextremismus zu entwickeln und die Soziologie zur führenden

6 Köttig führte insgesamt 32 Interviews mit rechtsextrem orientierten Frauen im Alter von 13 bis 22 Jahren,

die sie über verschiedene Szenekontakte kennengelernt hat, siehe Köttig, Michaela: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen 2004, S. 70.

Disziplin in der Rechtsextremismusforschung zu machen, erscheint als überaus ambitioniert. So ist doch gerade die Soziologie in den letzten Jahren vor allem durch eine immer stärkere Ausdifferenzierung aufgefallen; die vielen nebeneinander stehenden Strömungen, Theorierichtungen und methodischen Ansätze sind mittlerweile kaum noch auf einen Nenner zu bringen. Insofern dürfte allenfalls mit der Ausarbeitung vieler soziologischer Theorien des Rechtsextremismus zu rechnen sein. Dafür müsste jedoch erst einmal geklärt werden, was eine solche Theorie überhaupt zu leisten hätte. Im Verlaufe des Workshops wurde lediglich gefordert, mehr zu *erklären*, statt nur zu *beschreiben*. Gleichwohl bildete er einen recht gelungenen Auftakt der Arbeit des neuen Arbeitskreises, bei dem verschiedene Ansätze der soziologischen Rechtsextremismusforschung vorgestellt sowie Forschungslücken und Anknüpfungspunkte für weitere Forschung aufgezeigt wurden. Gerade dadurch wurde allerdings auch deutlich, dass die Soziologie offensichtlich doch nicht ganz so blind für den Rechtsextremismus als gesellschaftliches Phänomen ist, wie von den Organisator*innen postuliert. Nicht zuletzt die Anwesenheit und Mitwirkung vieler in der Soziologie beheimateter Rechtsextremismusforscher*innen spricht dafür, dass eine soziologische Rechtsextremismusforschung durchaus existiert. Dennoch ist es natürlich zu begrüßen, dass sich diese Forscherinnen und Forscher nun auch innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie organisieren und sich für eine Stärkung der soziologischen Rechtsextremismusforschung einsetzen. Es bleibt abzuwarten, inwiefern die hochgesteckten Ziele eingelöst werden können.

Hauke Bruns, geb. 1999, studiert seit 2018 Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen und ist seit April 2021 studentische Hilfskraft im Fachbereich Rechtsradikalismus der Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen.

Literatur:

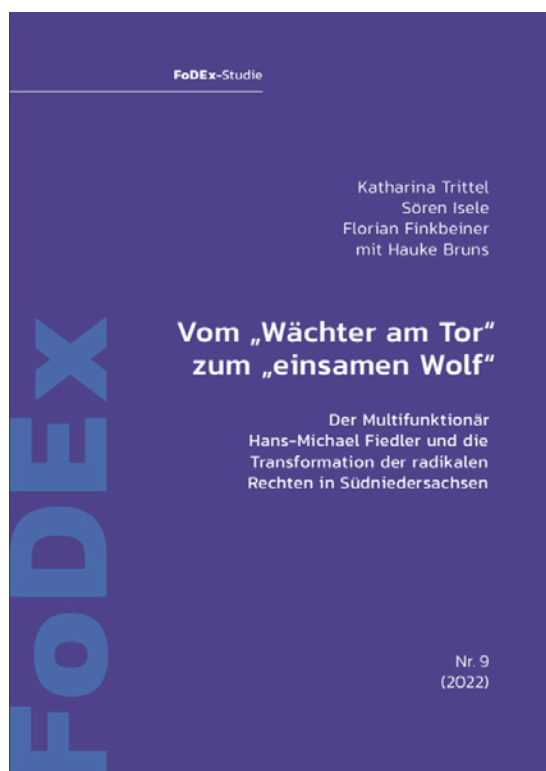
Braun, Andreas: Gewaltsoziologie im Wandel. Über Situationen, Prozesse und Ordnungen als Bestandteile zur Erforschung von Gewalt, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie 45 (2020), Supplement Issue 1, S. 5–21.

Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.): Portrait. Arbeitskreis „Sociology of the far right“ in der Sektion Politische Soziologie, URL: <https://soziologie.de/sektionen/arbeitskreise-und-arbeitsgruppen/ak-sociology-of-the-far-right/portrait> [eingesehen am 10.02.2022].

Köttig, Michaela: Lebensgeschichten rechtsextrem orientierter Mädchen und junger Frauen. Biographische Verläufe im Kontext der Familien- und Gruppendynamik, Gießen 2004.

Haselberg, Peter von: Schuldgefühle. Postnazistische Mentalitäten in der frühen Bundesrepublik. Eine Studie aus dem Gruppenexperiment am Institut für Sozialforschung, Frankfurt am Main 2020.

Statista Research Department (Hrsg.): Anzahl der politisch motivierten Straftaten und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund* in Deutschland von 2010 bis 2020, 24.01.2022, URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4032/umfrage/rechtsextremismus-und-fremdenfeindlichkeit-in-deutschland/> [eingesehen am 10.02.2022].



Vom „Wächter am Tor“ zum „einsamen Wolf“

Der Multifunktionär Hans-Michael Fiedler und die Transformation der radikalen Rechten in Südniedersachsen

Katharina Trittel / Sören Isele / Florian Finkbeiner mit Hauke Bruns

Seit 2020 verwaltet FoDEX den Nachlass des rechtsradikalen Multifunktionärs Hans-Michael Fiedler. Die Bearbeitung und Auswertung der Hinterlassenschaft ermöglicht es, bislang unerschlossene Quellen für Forschung und die (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Erschließung des Materials eröffnet neue Perspektiven auf einen zentralen Akteur der radikalen Rechten in Deutschland sowie dessen Netzwerke, um langfristig die politischen Strukturen des Rechtsradikalismus besser verstehen zu können.

Die vorliegende Studie präsentiert erste Ergebnisse, indem sie aus Perspektive der akteurszentrierten Rechtsextremismusforschung das Augenmerk zunächst auf Fiedlers politbiografische Entwicklung legt. Am Beispiel dieses rechtsradikalen Akteurs analysiert sie die Genese der radikalen Rechten in Südniedersachsen von den 1960er Jahren bis Anfang der 1990er Jahre. Sie untersucht seine Netzwerke und politischen Organisationen, um herauszufinden, wie Strukturen der radikalen Rechten agieren, um Handlungsstrategien und Erfolgsfaktoren herausstellen zu können. Die Analyse stützt sich auf die sogenannten Transformationsphasen des deutschen Rechtsradikalismus, welche als Scharnier dazu dienen, Tendenzen im politischen Werdegang Fiedlers im Abgleich mit übergeordneten Entwicklungslinien ermessen, einordnen und bewerten zu können.



Erscheinungsjahr: 1/2022

ISBN 978-3-86395-525-0

ISSN 2628-3743 FoDEX-Studie (Print)

ISSN 2628-3751 FoDEX-Studie (Online)

doi: <https://doi.org/10.17875/gup2021-1819>

Impressum

Verantw. i. S. d. nieders. Pressegesetzes:

Dr. Katharina Trittel
Institut für Demokratieforschung der
Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
Tel.: +49 551 39 1701-00
Fax: +49 551 39 1701-01

Redaktion:

Dr. Katharina Trittel / Philipp Scharf

Layout und Gestaltung:

Dr. Robert Lorenz

Satz und Bildbearbeitung:

Katja Töpfer

Lektorat:

Philipp Heimann

Die „Forschungs- und Dokumentationsstelle zur Analyse politischer und religiöser Extremismen in Niedersachsen“ wird gefördert vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport.

Schrift:

Kanit Font, Cadson Demak [<http://cadsondemak.com/>], 2015, SIL Open Font License v1.10 [http://scripts.sil.org/cms/scripts/page.php?item_id=OFL_web]

Rechte

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.



© 2022 Universitätsverlag Göttingen
<http://univerlag.uni-goettingen.de>

ISSN (Print) 2568-0641
ISSN (Online) 2748-0127

<https://doi.org/10.17875/gup2022-1937>

FoDEx

Forschungs- und Dokumentationsstelle
zur Analyse politischer und religiöser
Extremismen in Niedersachsen

www.fodex-online.de

If|Dem

Institut für | Demokratieforschung Göttingen

www.demokratie-goettingen.de